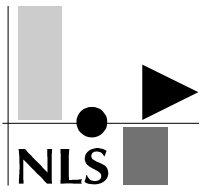


Niedersachsen-

Monitor 2003



Z 6 - j / 2003

Niedersachsen-Monitor 2003



Impressum

Herausgeber: Niedersächsisches Landesamt für Statistik (NLS)

Redaktion: Prof. Lothar Eichhorn (NLS)
E-mail: lothar.eichhorn@nls.niedersachsen.de

Autoren: Heinz-Jörn Christoff (NLS), Prof. Lothar Eichhorn (NLS),
Berthold Ernst (Nds. Städte- und Gemeindebund),
Dr. Dirk Soyka (NLS)

Zu beziehen durch: NLS - Schriftenvertrieb -,
Postfach 910764, 30427 Hannover
Dienstgebäude: Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover

Tel. (05 11) 98 98 - 31 66/- 31 64, Fax - 41 33
E-mail: vertrieb@nls.niedersachsen.de
Internet: www.nls.niedersachsen.de

Preis: 7,50 €

Erschienen im Oktober 2003

ISSN 1432-5756

Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Hannover 2003. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Inhalt

Seite

Textteil I und Schaubilder

Einführung.....	6
Bevölkerung.....	8
Erwerbstätigkeit.....	11
Wirtschaft und Einkommen.....	16
Innovation	21
Humanpotenzial	26
Finanzen	27
Soziale Probleme, Sicherheit.....	30
Fazit.....	33

Tabellenteil

Bevölkerung.....	36
Erwerbstätigkeit.....	38
Wirtschaft und Einkommen.....	40
Innovation	45
Humanpotenzial	47
Finanzen	48
Soziale Probleme, Sicherheit.....	50

Textteil II

Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für Niedersachsens Gemeinden	54
---	----

Zeichenerklärung:

- = Nichts vorhanden.
- = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ... = Angabe ist noch nicht vorhanden.



Textteil I und Schaubilder



Einführung

Seit dem Jahr 1998 legt das Niedersächsische Landesamt für Statistik (NLS) jährlich im Herbst einen umfassenden Ländervergleich, den *Niedersachsen-Monitor* vor. Die Ausgabe 2003 besteht wie die früheren Ausgaben aus zwei Teilen:

- Der erste Teil des *Monitors* stellt kurz- und mittelfristige Entwicklungen und aktuelle Strukturen im Vergleich der 16 Bundesländer dar. Die Auswahl hochverdichteter Indikatoren wird so vorgenommen, dass der Ländervergleich und damit eine Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen einerseits aktuell, andererseits umfassend möglich ist. Dargestellt werden die Bereiche Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Wirtschaft, Humanpotenzial, Innovation, Finanzen und Soziales.
- Der zweite Teil des *Monitors* besteht aus einer vertiefenden Darstellung eines bestimmten Problemgebietes. Im Laufe der Jahre hat es dabei unterschiedliche Themenschwerpunkte gegeben. In diesem Jahr wird eine Neuentwicklung des NLS vorgestellt, nämlich das Modell einer einfachen und jährlich aktualisierbaren kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Niedersachsens Gemeinden. Dieses Modell wurde auf Wunsch verschiedener Kommunen und in enger Kooperation mit dem Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund erstellt.

Grundkonzept des Ländervergleichs im *Niedersachsen-Monitor*

Der Ländervergleich ist im Kern eine Sammlung von derzeit 46 nach Sachgebieten geordneten Tabellen, die durch statistische Schaubilder (Balkendiagramme) illustriert und in einem begleitenden Text kommentiert werden. Die Tabellen sind nach einem bestimmten einheitlichen Bauplan konstruiert:

Ländervergleich: Es werden die Daten aller 16 Länder sowie natürlich das Deutschland-Ergebnis dargestellt. Die niedersächsische Entwicklung, um die es in erster Linie geht, wird überwiegend am Bundestrend gemessen. Das Landes- und das Bundesergebnis werden in den Tabellen darum optisch herausgehoben.

West- und Ostdeutschland: Auch im Jahre 13 nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands verläuft die wichtigste regionale Scheidelinie der Nation immer noch zwischen Ost und West. Als „Ostdeutsch-

land“ werden die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zusammengefasst. Die 10 Länder der „alten Bundesrepublik“ werden unter „Westdeutschland“ subsumiert.

Kurz- und mittelfristiger Zeitvergleich, Aktualität: Alle Tabellen enthalten den aktuellsten zur Verfügung stehenden Jahres- bzw. Stichtagswert sowie im Vergleich dazu a) das Vorjahresergebnis und b) den Datenstand fünf Jahre zuvor. Auf einen Blick wird so im Zeit- und Regionalvergleich die kurz- und mittelfristige Entwicklung der Länder sichtbar. Am aktuellen Rand beziehen sich die Nachweisungen meist auf das Jahr 2002. Aus dem Bemühen um Aktualität einerseits, Vollständigkeit andererseits resultiert der Erscheinungstermin des *Monitors* im Herbst, weil erst dann die Masse der benötigten Daten sicher vorliegt. Wenn für 2002 noch keine Daten vorhanden waren, wird ersatzweise 2001 dargestellt. In einigen Fällen werden auch schon Daten für das laufende Jahr 2003 herangezogen. Alle Daten des *Monitors* stammen aus jedermann zugänglichen öffentlichen Quellen, zumeist aus amtlichen Veröffentlichungen. Soweit möglich, handelt es sich um endgültige Ergebnisse.

Verwendung von Beziehungszahlen, Quoten und Veränderungsraten: Die absoluten Zahlen sind meist für eine Analyse nicht geeignet. Oft sind sie viel zu groß, um sie im Kopf behalten zu können, und sowieso erhalten Zahlen erst im Vergleich mit anderen Zahlen – anderer Länder, anderer Zeiten – einen Aussagewert. Dabei müssen sie oft standardisiert werden: So ist z.B. die Aussage, dass es in Nordrhein-Westfalen mehr Arbeitslose gibt als im Saarland, völlig trivial, denn dies ergibt sich schon aus der unterschiedlichen Größe der Länder. Durch Verwendung von *Quoten* (z.B. der Arbeitslosenquote), *Beziehungszahlen* (z.B. Ehescheidungen je 10 000 Einwohner) und prozentuellen *Veränderungsraten* (z.B. Wirtschaftswachstum) gegenüber dem Vorjahr und dem Stand vor fünf Jahren wird die regionale Vergleichbarkeit hergestellt.

Laufende Anpassung des Tabellenprogramms

Gegenüber der letzten Ausgabe 2002 des *Niedersachsen-Monitors* ist das Tabellenprogramm fast unverändert geblieben. Im Laufe der Zeit hat sich – immer in Reaktion auf Wünsche von Kunden, die ihren Datenbedarf äußerten – das Tabellenprogramm von 35 auf jetzt 46 Tabellen erweitert. Auch die ursprüngliche Auswahl der 35 Tabellen im Jahre 1998 erfolgte nach einer intensiven Befra-

gung von Nutzern aus Politik, Verwaltung, öffentlichem Leben und Wissenschaftlern. Ein wichtiger Entwicklungsschritt vollzog sich im Jahr 2000, als eine Publikation des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums komplett in den *Monitor* integriert wurde.

In diesem Jahr wurde nur eine wichtige Änderung vollzogen: Erstmals wurden die Arbeitnehmerverdienste und nicht mehr nur die Angestelltenverdienste (Tabellen 25 und 26) dargestellt. Dadurch gehen auch die Arbeiterlöhne mit in die Analyse ein, die so ein Stück vollständiger wird.



Bevölkerung

Weiterhin überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum

Die Einwohnerzahl Niedersachsens wuchs im Jahr 2002 um + 0,3 % auf 7,98 Mio. Einwohner (vgl. Tab. 1). Verglichen mit dem Stand von 1997 ergab sich ein Zuwachs von + 1,7 %. Dieser Bevölkerungszuwachs liegt mittel- und kurzfristig klar über dem Wachstum der gesamten Bundesrepublik (+ 0,6 bzw. + 0,1 %). Bundesweit auffällig ist der Ost-West-Bruch: Während mittelfristig, im Fünf-Jahres-Vergleich, die Bevölkerung in den 10 westdeutschen Ländern um 1,5 % anstieg, schrumpfte sie zugleich in den sechs ostdeutschen Ländern um - 2,9 %.

Bemerkenswert ist, dass in allen drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg die Bevölkerung wieder wächst. Die Stadt-Umland-Wanderung scheint zumindest im Umkreis der Stadtstaaten gebremst zu sein. Das größte Bevölkerungswachstum hatten im Jahr 2002 die wirtschaftlich erfolgreichen „Südstaaten“ Baden-Württemberg und Bayern. Niedersachsens Jahreswachstumsrate von + 0,3 % liegt exakt im Schnitt von Westdeutschland.

Geburtenhäufigkeit weiterhin absinkend, aber immer noch überdurchschnittlich

2002 kamen in Niedersachsen noch 9,2 Lebendgeborene auf 1 000 Einwohner. Die Geburtenhäufigkeit hat damit im Vergleich zu den vorausgegangenen Jahren weiterhin abgenommen (vgl. Tab. 2). Nur noch 73 194 Kinder kamen im letzten Jahr in Niedersachsen zur Welt, der niedrigste Wert, den es je gab. Damit stieg auch der Sterbeüberschuss (Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung) auf 10 318 (vgl. Tab. 3).

Im Regionalvergleich sind diese ungünstigen Werte noch relativ gut. Niedersachsens Geburtenhäufigkeit von 9,2 liegt weiterhin klar über dem Bundesdurchschnitt von 8,7 je 1 000 und wird nur von Baden-Württemberg (9,4) übertroffen. Bayern liegt mit ebenfalls 9,2 gleichauf. Auch hier ist die Ost-West-Diskrepanz auffällig: Die ostdeutschen Länder weisen eine Häufigkeit von nur 7,3 auf, die westdeutschen von 9,1.

Nur Baden-Württemberg wies 2002 einen wenn auch nur noch geringen Geburtenüberschuss auf (Tab. 3). Alle anderen Länder haben Sterbeüberschüsse. Da die Mortalität regional nicht stark differiert, haben die Länder mit der

geringsten Geburtenhäufigkeit die größten Sterbeüberschüsse.

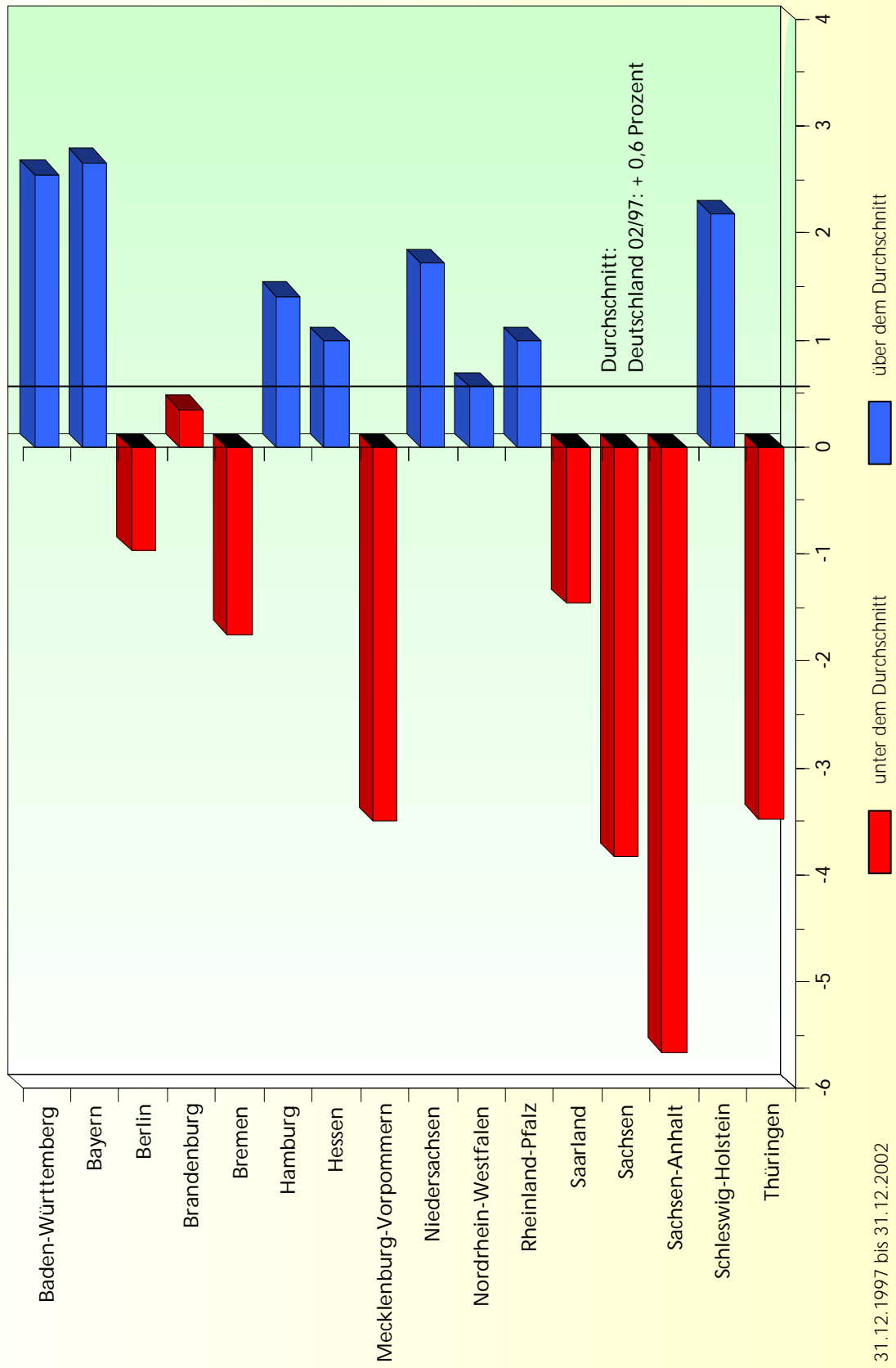
Bevölkerungswachstum ausschließlich durch Zuwanderung verursacht

Bei einem bundesweiten Geburtendefizit von ca. 122 000 und einem gleichzeitigen Bevölkerungswachstum von ca. 97 000 Menschen ist klar, dass dieses Wachstum nur durch Zuwanderung von bundesweit knapp 220 000 Menschen im Saldo entstanden sein kann (Tab. 4). Niedersachsen hat – wie in den Vorjahren – einen positiven Wanderungssaldo von 34 376 Personen, ebenso wie alle anderen westdeutschen Länder und auch Berlin. Alle ostdeutschen Länder – auch Brandenburg, das lange Zeit durch Zuzüge aus Berlin im Plus war – weisen Wanderungsdefizite auf. Der absoluten Höhe nach liegt der Wanderungsgewinn des Landes auf Platz 4 der Länder; Bayern und Baden-Württemberg liegen auch hier vorn. Bezogen auf die Einwohnerzahl liegt Niedersachsen auf Platz 5. Hier liegt erstaunlicherweise Bremen, das lange Zeit Wanderungsverluste hinnehmen musste, auf Platz 1 der Bundesländer. Bemerkenswert sind überhaupt die positiven Wanderungssalden aller drei Stadtstaaten. Eine Rolle spielt hierbei vor allem die Sogwirkung der Stadtstaaten für junge Erwachsene, insbesondere für Studienzwecke.

Wieder mehr Eheschließungen – Ein Hoch im Norden

2002 gab es in Niedersachsen 42 391 Eheschließungen, ein Zuwachs von + 1,5 % im Vorjahresvergleich. Der Trend ist mittelfristig aber immer noch eher rückläufig (- 8,8 % gegenüber 1997). Ähnlich wie bei der Geburtenhäufigkeit liegt Niedersachsen auch hier über dem Bundesdurchschnitt von 47,5 Eheschließungen je 10 000 Einwohner (Tab. 5). Nur in Schleswig-Holstein wurde mit 60,6 ein höherer Wert erreicht. Obwohl in den beiden norddeutschen Flächenländern ohnehin schon seit langem überdurchschnittlich viele Ehen geschlossen werden, weisen Schleswig-Holstein und Niedersachsen auch noch die höchsten Zuwachsraten für 2002 auf. Auch hier wird, wie in allen demographischen Indikatoren, der Strukturbruch zwischen Ost und West deutlich. Die Eheschließungshäufigkeit des Westens ist um mehr als ein Drittel (35 %) höher als die des Ostens. Das geht einerseits auf unterschiedliche Lebensentwürfe zurück, genauso aber

Prozentuale Zu- und Abnahme der Bevölkerung 1997 bis 2002



auch auf die Abwanderung gerade der Jüngeren aus Ostdeutschland.

Starker Anstieg der Ehescheidungen – Scheidungshäufigkeit überdurchschnittlich hoch

Im Jahr 2002 wurden in Niedersachsen 21 044 Ehen geschieden (Tab. 6), mehr als je zuvor und + 8,0 % mehr als im Vorjahr. Gegenüber dem Stand von 1997 bedeutet dies sogar eine Zunahme um + 21,6 %, die zweithöchste aller Länder. Bei Redaktionsschluss lag noch kein Bundesergebnis vor, da die Daten eines Landes ausstanden. Dennoch kann man bereits jetzt sagen, dass die Scheidungshäufigkeit (pro 10 000 Einwohner gerechnet) in 9 von 16 Ländern niedriger ist als in Niedersachsen. Die Scheidungshäufigkeit, lange Jahre in Niedersachsen unterdurchschnittlich, wird also wie bereits erstmalig im Jahr 2001 über dem Bundesdurchschnitt liegen.



Erwerbstätigkeit

Zahl der Erwerbstätigen leicht gesunken, aber höhere Selbstständigenquote

Die Zahl der in Niedersachsen lebenden Erwerbstätigen ist von 2001 auf 2002 um 15 000 Personen bzw. - 0,4 % gesunken (Tab. 7). Mit dieser Abnahmerate steht Niedersachsen im Vergleich der Länder sogar noch gut da. Nur ein einziges Land, Baden-Württemberg, konnte im kurzfristigen Vergleich noch einen Zuwachs verbuchen. Bundesweit sank die Zahl der Erwerbstätigen um - 0,8 %. Im mittelfristigen Vergleich zu 1997 ist allerdings immer noch ein Wachstum der Erwerbstätigkeit feststellbar: Mit + 1,5 % liegt Niedersachsen knapp unter dem Bundesdurchschnitt (+ 2,0 %) und klar unter dem Schnitt der westdeutschen Länder (+ 3,6 %).

Erfreulich ist, dass die Zahl der Selbstständigen und auch deren Quote (der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen) wieder steigt: Wenn die Chancen für abhängige Arbeit sinken, kann der Weg in die Selbstständigkeit eine realistische und volkswirtschaftlich sinnvolle Alternative sein. 332 000 Selbstständige bedeuten gegenüber 2001 einen Zuwachs von 6 000 bzw. + 1,8 %. Die Quote lag 2002 bei 9,7 % und bleibt damit zwar bundesweit (Deutschland: 10,0) immer noch leicht unterdurchschnittlich, aber klar höher als im Vorjahr (9,5 %).

Frauenerwerbstätigkeit entwickelt sich trotz leichtem Rückgang weiter relativ günstig

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ging 2002 gegenüber dem Vorjahr um - 0,1 % zurück (Tab. 8). Mittelfristig im Vergleich zu 1997 gibt es aber ein Wachstum von 5,3 %. Beide Werte sind zwar etwas schwächer als der jeweilige Bundesdurchschnitt, liegen aber deutlich besser als die Veränderungsraten der männlichen Erwerbstätigen. Dem mittelfristigen Wachstum der Frauenerwerbstätigkeit von + 5,3 % steht eine Abnahme der Zahl der männlichen Erwerbstätigen von - 1,2 % gegenüber. Dies geht auf fundamentale Änderungen der Geschlechterrollen sowie auf den Trend zur Dienstleistungsgesellschaft zurück. 36 von 100 Frauen gehen derzeit einer Erwerbstätigkeit nach.

Hoher Anteil von Teilzeitarbeit im Norden

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) nahm kurzfristig um - 0,4 % ab, mittelfristig ist aber immer noch ein Plus von 3,1 % zu ver-

zeichnen (Tab. 9). Beide Entwicklungslinien liegen klar günstiger als der Bundesdurchschnitt und in etwa im Trend der westdeutschen Länder.

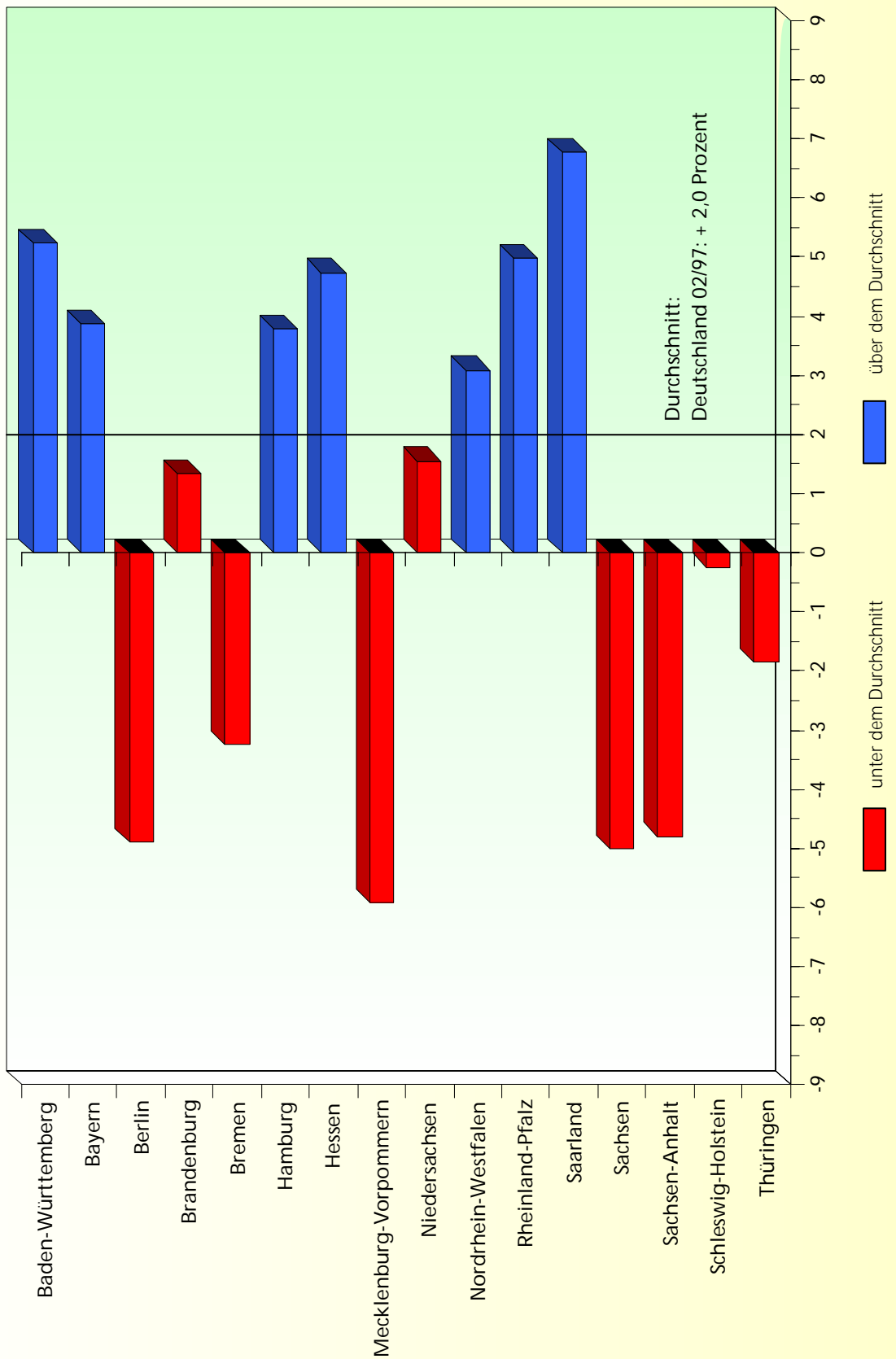
Bemerkenswert ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigung. Von den gut 2,4 Mio. Beschäftigten im Lande waren am 30. Juni des vergangenen Jahres 410 800 teilzeitbeschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von + 3,7 % bzw. 14 500 Personen. In Niedersachsen lag die Teilzeitquote (der Anteil der Teilzeitkräfte an allen Beschäftigten) Mitte 2002 bei 17,0 % (2001: 16,4 %). Dies ist überdurchschnittlich hoch (Deutschland: 15,4 %, Westen: 15,7 %), wie auch in den anderen norddeutschen Ländern bis auf Mecklenburg-Vorpommern. Auch Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein weisen 2002 wie auch schon im Vorjahr klar überdurchschnittliche Teilzeitquoten auf. Hier scheint es sich um eine Struktureigentümlichkeit des Nordens zu handeln, von der übrigens vor allem die Frauen profitieren – denn diese sind in erster Linie die Nachfragerinnen nach Teilzeitjobs.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit, aber im Ländervergleich relativ gering

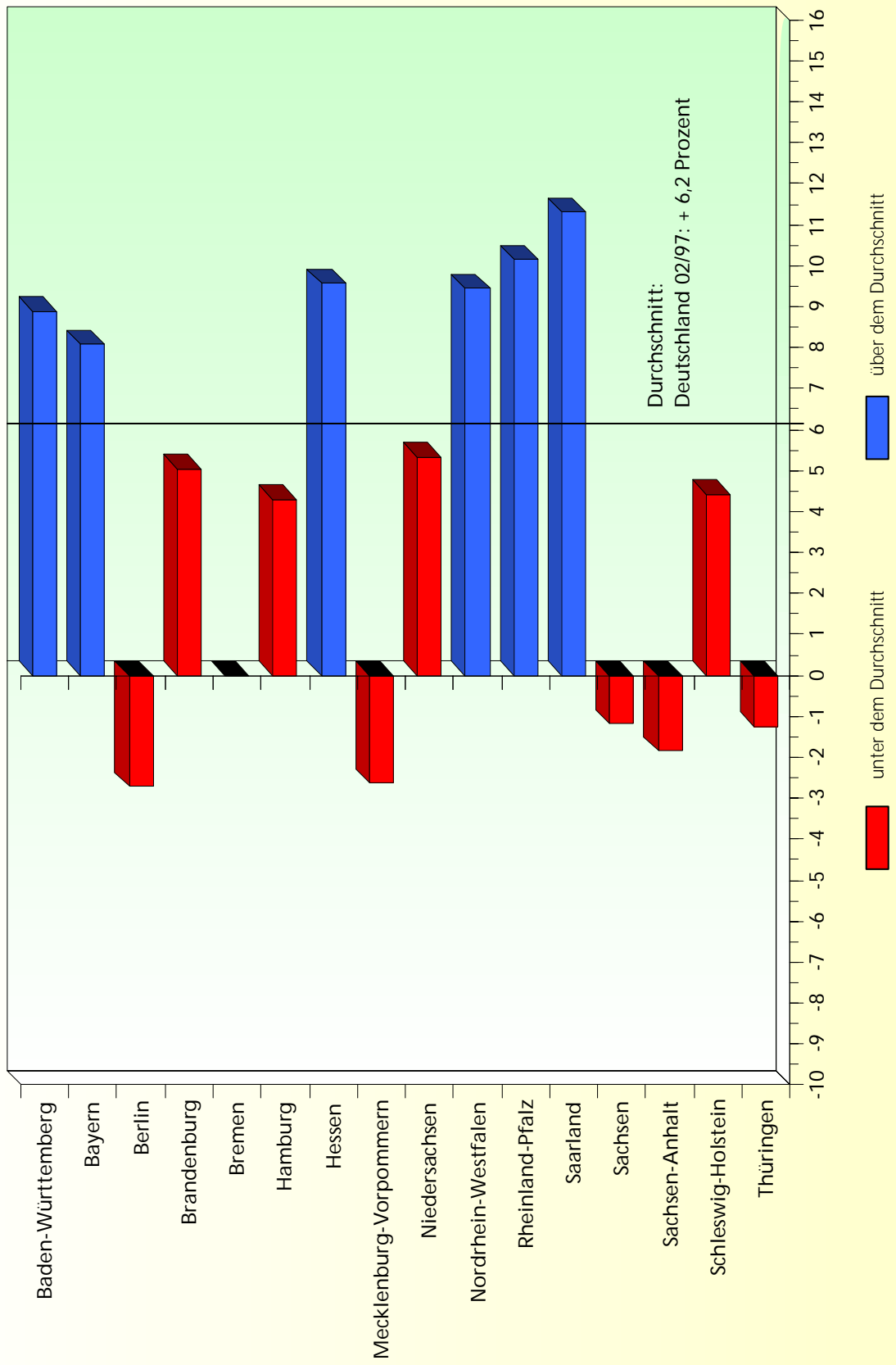
Ist es schon ein Erfolg, wenn sich die Dinge verschlechtern, aber nicht so stark wie anderswo? Darüber lohnt es sich nachzudenken, wenn man die Länderdaten über die Arbeitslosigkeit vergleicht. Diese Daten sind, das ist bei der Interpretation zu berücksichtigen, ein Jahr aktueller (Mitte 2003) als die meisten anderen Daten des *Monitors*. Wie schon im Vorjahr stieg die Zahl der Arbeitslosen in Niedersachsen, und zwar um 2,5 %. 364 097 Menschen waren ohne Arbeit, eine Quote von 10,2 % (Vorjahr: 10,0). Wie schon im Vorjahr lag der *Zuwachs* der Arbeitslosigkeit niedriger als der Bundesdurchschnitt (+ 7,7 %) und der Schnitt Westdeutschlands (+ 10,6 %). Immerhin also konnte Niedersachsen seine *relative* Position damit leicht verbessern, aber nur darum, weil anderswo die Erwerbslosigkeit noch viel stärker anstieg.

Erfreulicherweise zeigt der mittelfristige Vergleich zum Jahr 1998 einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um - 3,2 %. Die Ost-West-Disparität muss man als krass bezeichnen, und, was das Schlimme ist: sie wächst auch noch. 1998 lag die Arbeitslosenquote der „neuen Länder“ bei 18,4 %, die der „alten Länder“ bei 10,0 %. 2003 liegt die Quote bei den „alten Ländern“ bei 9,0 %, die der „neuen Länder“ bei 19,8. Die Schere zwischen Ost und West ist weiter auseinandergegangen.

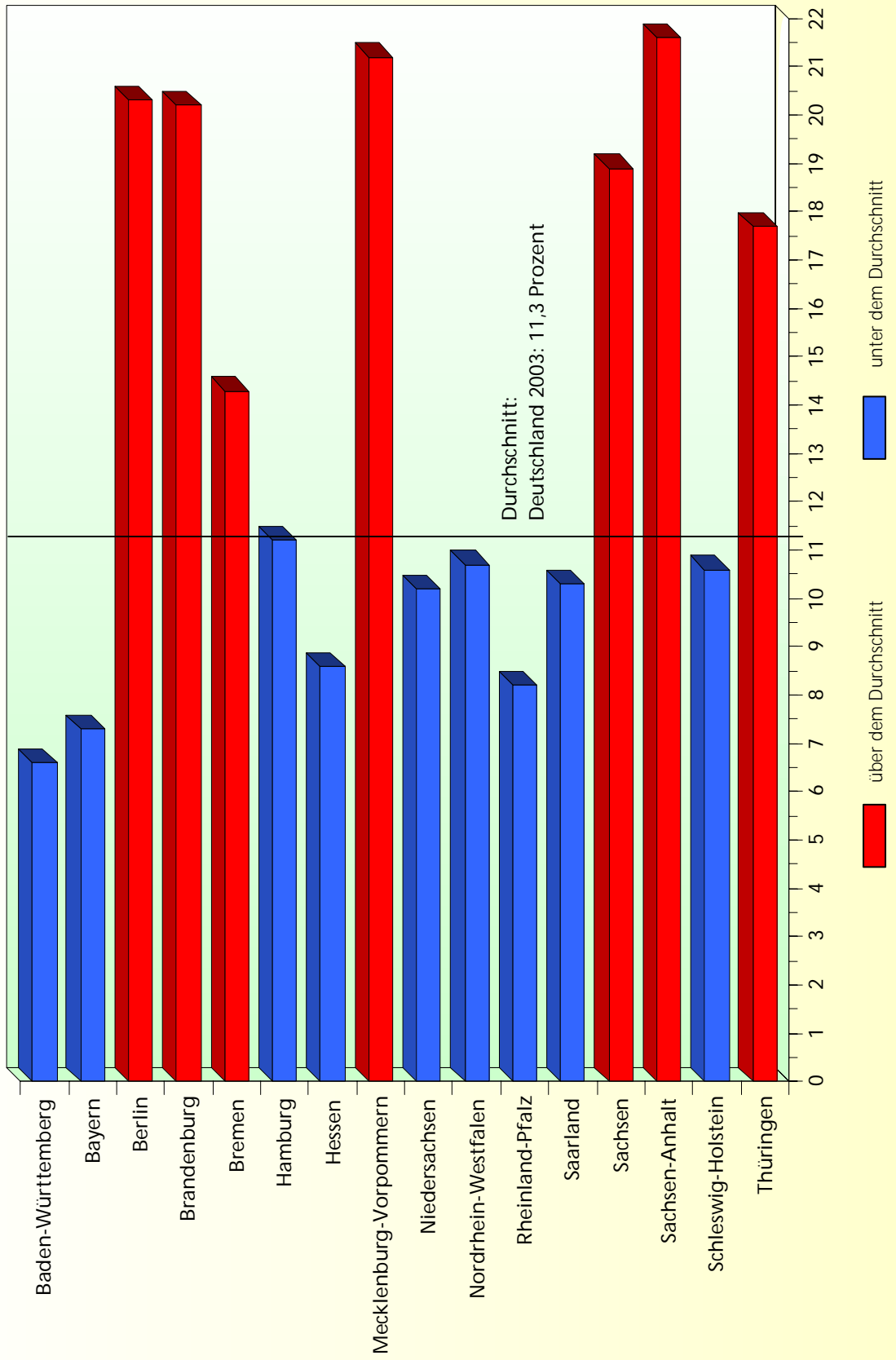
Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 1997 bis 2002



Veränderung der Zahl der erwerbstätigen Frauen 1997 bis 2002



Arbeitslosenquote am 30. 6. 2003



Langzeitarbeitslosigkeit steigt wieder an

Am 30. Juni 2003 gab es in Niedersachsen 124 753 Langzeitarbeitslose (Tab. 11), das sind diejenigen Arbeitslosen, die seit einem Jahr oder länger ohne Beschäftigung sind. Mehr als ein Drittel der Erwerbslosen, 34,3 %, sind langzeitarbeitslos. Dieser Wert liegt in der Nähe des Bundesdurchschnitts von 35,1 %, ist aber ungünstiger als der Durchschnittswert der westdeutschen Länder von 31,1 %. Unter den westlichen Ländern haben nur Nordrhein-Westfalen und das Saarland einen höheren Anteil an Langzeitarbeitslosen.

Die zeitliche Entwicklung ist bemerkenswert. Die Langzeitarbeitslosigkeit sank in Niedersachsen wie auch bundesweit bis zum Jahr 2002. Erst nach dem September 2002 steigt sie wieder an. So erklärt es sich, dass die Langzeitarbeitslosigkeit in Niedersachsen mittelfristig stark abnahm (- 18,5 %), im Vergleich zum Vorjahr aber mit + 8,3 % wieder zunimmt. Hier wirkt sich die veränderte Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit aus: Sie setzt inzwischen mehr auf Kurzfristmaßnahmen und konzentriert diese stärker auf die Empfänger von Arbeitslosengeld. Umfang und Dauer von Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen wurden deutlich gekürzt, was vor allem Langzeitarbeitslose trifft. Bundesweit und im Schnitt der westdeutschen Länder ist die zeitliche Entwicklung strukturell ähnlich, Niedersachsens Entwicklungsverlauf ist aber mittel- und kurzfristig günstiger als der Bundesdurchschnitt wie auch der Durchschnitt der westdeutschen Länder.

Krass auch hier die Ost-West-Differenz: Im Schnitt der westdeutschen Länder ist knapp jeder dritte Arbeitslose (31,1 %) seit länger als einem Jahr ohne Job. Im Schnitt der ostdeutschen Länder liegt der Anteil bei 41,8 % bei konstant steigender Tendenz.

Frauenarbeitslosigkeit rückläufig

Die Arbeitsmarktsituation hat sich für Frauen deutlich besser als für die Männer entwickelt (Tab. 12). In Niedersachsen lag die Arbeitslosenquote der Frauen Mitte 2003 bei 9,2 % und damit einen vollen Prozentpunkt unter der Quote aller Erwerbspersonen. Mittelfristig (- 9,7 % im Vergleich zu 1998) wie auch kurzfristig (- 1,4 % im Vergleich zum 30.6.2002) nimmt die Zahl der arbeitslosen Frauen ab. Besonders der Rückgang im Jahresvergleich trotz ungünstiger Konjunktur ist auffällig.

Im Regionalvergleich wird noch deutlicher, wie bemerkenswert dieser Abbau der Frauenarbeitslosigkeit ist. In nur vier Ländern (Bremen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen) lag die Frauenarbeitslosigkeit Mitte 2003 niedriger als im Vorjahr. Bundesweit stieg sie um 5,9 % (Westen + 1,8 %, Osten + 12,5 %).

Und noch ein weiteres ist bemerkenswert: In allen westdeutschen Ländern liegt die Arbeitslosenquote der Frauen unter der Gesamt-Quote. Besonders hoch aber ist die Differenz der beiden Quoten in den vier norddeutschen Ländern – eben die Länder, in denen – siehe oben – besonders viele Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Wirtschaft und Einkommen

Nur noch geringes Wirtschaftswachstum – Klares Süd-Nord- und West-Ostgefälle in Deutschland

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), der umfassendste Ausdruck der wirtschaftlichen Leistung eines Landes, wuchs in Niedersachsen im vergangenen Jahr real nur noch um + 0,3 % (Tab. 13). Das war etwas weniger als im Vorjahr (+ 0,4 %) und etwas mehr als im Bundesdurchschnitt (+ 0,2 %). Man sieht aber immer nur marginale Veränderungsraten mit einer Null vor dem Komma. In fünf Bundesländern war die Null vor dem Komma noch nicht einmal mehr schwarz, sondern rot.

Im mittelfristigen Vergleich der Länder werden großflächige Strukturen deutlich, die von der derzeitigen schwachen Konjunktorentwicklung unabhängig sind. Man sieht im Fünfjahresvergleich grob drei Ländergruppen: An der Spitze liegen mit zweistelligen Wachstumsraten die süddeutschen Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Hinten liegt Ostdeutschland mit einem geringen Wachstum von im Schnitt nur + 2,7 %. Dieses schwache Wachstum geht dabei bereits von einem niedrigen Niveau aus. Dazwischen liegen die anderen Länder Westdeutschlands mit Wachstumsraten zwischen + 5,0 und + 7,9 %.

Damit kristallisieren sich, von Jahr zu Jahr klarer, die wichtigsten Scheidelinien regionaler Entwicklung in Deutschland: Starker Süden, schwacher Osten, durchschnittlicher Norden. Das Süd-Nord-Gefälle sieht man übrigens sogar noch in der Binnendifferenzierung der ostdeutschen Länder: Thüringen und Sachsen schneiden langfristig noch deutlich besser ab als der Durchschnitt Ostdeutschlands.

Leichtes Plus bei den Arbeitsplätzen reicht zu Platz 1 im Ländervergleich

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Niedersachsen stieg von 2001 auf 2002 ganz gering an (+ 1 900 bzw. + 0,1 %). Damit ist Niedersachsen das einzige Land, in dem ein wenn auch nur minimales Arbeitsplatzwachstum stattfand. In allen anderen 15 Ländern gab es rote Zahlen mit Rückgängen bis - 2,1 %. Bundesweit sank die Zahl der Erwerbstätigen um - 0,6 %.

An dieser Stelle muss ein methodisch-begrifflicher Einschub vorgenommen werden, denn es gibt zwei verschiedene Begriffe von „Erwerbstätigen“, die unterschiedliche Sachverhalte widerspiegeln. Die Zahlen der Tabelle 14 stammen aus der *Erwerbstätigenrechnung*

des Bundes und der Länder. Diese Zahlen gehen z.B. auch in die Produktivitätsberechnungen (BIP bzw. BWS je Erwerbstätigen) der Tabellen 13, 15, 16 und 17 ein. Die Erwerbstätigenrechnung ist eng mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verzahnt und berechnet unter Zugrundelegung sehr vieler erwerbsstatistischer Datenquellen (Mikrozensus, Beschäftigtenstatistik, verschiedene Bereichsstatistiken) Daten über Erwerbstätige am *Arbeitsort* und im *Jahresdurchschnitt*.

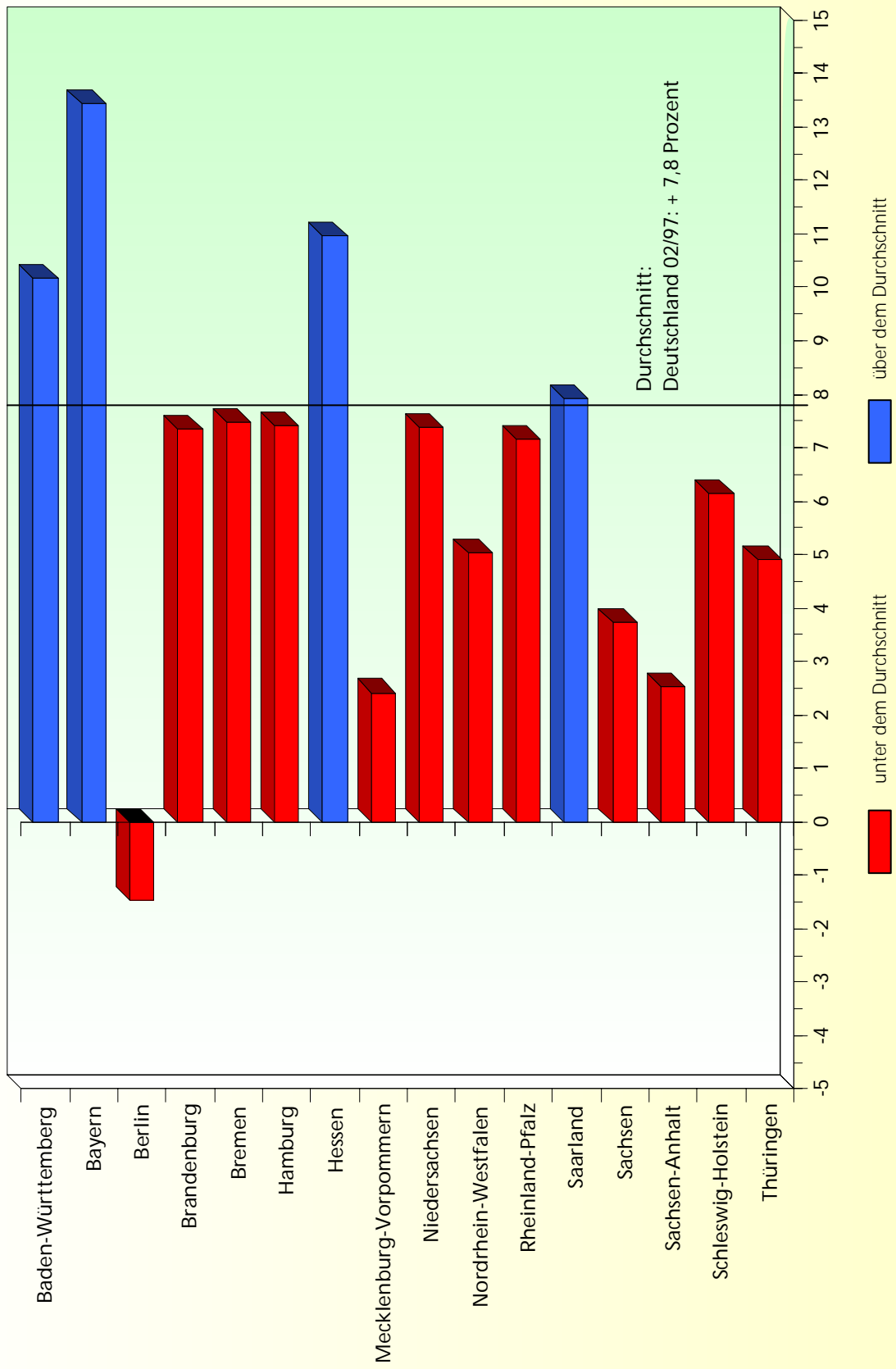
Demgegenüber stammen die Daten der Tabellen 7 und 8 aus dem *Mikrozensus*, einer jährlich durchgeführten Repräsentativbefragung von 1 % der Bevölkerung. Die Mikrozensus-Daten beziehen sich auf die Erwerbstätigen *am Wohnort im April* des betreffenden Jahres. Sie unterscheiden sich also von den Daten der Erwerbstätigenrechnung u.a. durch den Pendler-saldo. So kann z.B. die Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnort in Niedersachsen dadurch sinken, dass diese ihren Arbeitsplatz in Hamburg verloren haben.

Da es sich um zwei verschiedene Begriffe mit etwas unterschiedenem Inhalt handelt, weichen die Ergebnisse beider Erhebungen leicht voneinander ab, wenn sie auch im Trend natürlich in die selbe Richtung weisen. In diesem Jahr weist der Mikrozensus ein leichtes Minus und die Erwerbstätigenrechnung ein minimales Plus auf. Der Trend aber – Stagnation der Zahlen – wird von beiden Erhebungen gleichermaßen widergegeben.

Niedersachsens Landwirtschaft führend in Leistung, Produktivität und Wachstum

Die hochproduktive und hochintensive Landwirtschaft Niedersachsens ist bundesweit führend (Tab. 15). Niedersachsen ist das Landwirtschaftsland Nr. 1 in Deutschland in jeder Beziehung: 18,3 % der wirtschaftlichen Leistung der Landwirtschaft ganz Deutschlands wird in Niedersachsen erbracht. Das bedeutet Platz 1 vor Bayern (18,1 %). Pro Erwerbstätigen wird eine Leistung von 35 535 € erbracht. Das sind 40 % mehr als deutschlandweit, und bedeutet Platz 1 vor Mecklenburg-Vorpommern. Im mittelfristigen Vergleich zu 1997 nahm die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft Niedersachsens um + 18,3 % zu (bundesweit: + 5,6 %), und das bedeutet Platz 1 vor Brandenburg. Die Landwirtschaft ist übrigens der einzige Sektor der Volkswirtschaft, in dem die Produktivität in Ostdeutschland die westdeutsche überholt hat.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 1997 bis 2002 in Prozent



Oft denkt man, dass die Landwirtschaft ein mittlerweile irrelevanter Wirtschaftszweig ist, weil er bundesweit nur noch 1,3 % zur gesamten Wertschöpfung beiträgt und nur noch 2,5 % der Erwerbstätigen hier arbeiten. Dabei wird aber vergessen, dass die Landwirtschaft die Basis für vor- und nachgelagerte Bereiche, z.B. die Ernährungsindustrie, ist. Gerade in Zeiten eher krisenhafter wirtschaftlicher Entwicklungen ist dies von unschätzbarem Vorteil, denn alle Branchen, die mit Ernährung zu tun haben, unterliegen geringeren Schwankungen als z.B. die Kfz-Industrie oder der Maschinenbau. Gegessen und getrunken wird immer. Außerdem ist es für den Verbraucher ein entscheidender Vorteil, wenn er auf heimische Produkte, die hiesigen Qualitätsstandards und Kontrollen unterliegen, zurückgreifen kann.

Bundesweit Rückgänge im Produzierenden Gewerbe – Mittelfristig überdurchschnittliche Entwicklung in Niedersachsen

Die Bruttowertschöpfung (grob definiert: Umsatz minus Vorleistungen) im Produzierenden Gewerbe – ein Oberbegriff für Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau – sank in Niedersachsen im vergangenen Jahr um - 1,2 % gegenüber 2001. Das ist exakt die selbe Abnahmerate wie bundesweit (Tab. 16). Nur vier Länder, an der Spitze Bremen mit + 2,1 %, konnten 2002 hier Zuwächse erzielen. Mittelfristig schneidet der industrielle Sektor Niedersachsens deutlich besser ab: Im Vergleich zu 1997 ist die Bruttowertschöpfung real um + 6,4 % gestiegen. Das liegt deutlich über dem nationalen Durchschnitt von + 0,1 % und bedeutet im Ländervergleich Platz 3.

Eine nähere Aufschlüsselung bringen die Tabellen 21 (Verarbeitendes Gewerbe) und 22 (Bauhauptgewerbe). Das Verarbeitende Gewerbe des Landes erzielte im Jahr 2002 einen Umsatz von 135,4 Mrd. €. Das waren - 3,0 % weniger als im Vorjahr (Deutschland: - 1,3 %), aber + 27,9 % mehr als fünf Jahre zuvor. Diese mittelfristige Wachstumsrate liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von + 18,6 %. Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung des Auslandsumsatzes der niedersächsischen Industrie: Dieser wuchs mittelfristig um + 51,4 % und trug somit stark zum Wachstum bei. U.a. wegen des steigenden Euro-Kurses verteuerten sich aber Niedersachsens Produkte im letzten Jahr auf ihren Absatzmärkten im Dollarraum. Folge war ein Rückgang um - 3,1 %. Erfreulich ist übrigens, dass die ostdeutschen Länder im industriellen Sektor Aufholenden zeigen. Kurz- und mittelfristig übertrifft das dortige Umsatzwachstum das der westlichen Länder deutlich.

Das Bauhauptgewerbe Niedersachsens konnte im Jahr 2002 nach langjährigen Rückgängen erstmals wieder ein Umsatzplus von + 1,3 % verbuchen. Dies ist sehr bemerkenswert, denn bundesweit gingen die Umsätze um - 5,9 % zurück. Niedersachsens Bauwirtschaft weist damit im kurzfristigen Vergleich die günstigste Entwicklung aller Länder auf; in allen Ländern bis auf Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern (+ 0,3 %) gingen 2002 die Umsätze zurück.

Strukturelle Schwäche des Landes im Dienstleistungssektor

Der Dienstleistungssektor (Tab. 17) ist der am stärksten wachsende Sektor der Volkswirtschaft. Bundesweit stieg die Bruttowertschöpfung dieses Sektors seit 1997 real um + 14,8 %, während die der Landwirtschaft mit + 5,6 % deutlich schwächer anstieg und die des industriellen Sektors mit + 0,1 % stagnierte. In diesem Sektor ist bundesweit die Arbeitsproduktivität (BWS je Erwerbstätigen) am höchsten (vgl. Tab. 15, 16 und 17).

Auch wenn dieser Wirtschaftszweig in Niedersachsen kurzfristig von 2001 auf 2002 geringfügig stärker wuchs als bundesweit (+ 1,7 % gegenüber + 1,4 %), so liegt hier doch die entscheidende wirtschaftsstrukturelle Schwäche des Landes im Vergleich zu anderen Ländern: Die Arbeitsproduktivität dieses Sektors liegt in Niedersachsen mit 46 450 € um 7,8 % unter der Deutschlands. Das Land hält am dynamischsten Sektor einen Anteil von nur 8,3 % des Deutschlandergebnisses (Landwirtschaft: 18,3 %; Produzierendes Gewerbe: 8,9 %). Mittelfristig wuchs dieser Sektor in Niedersachsen um + 10,8 %, bundesweit waren es + 14,8 %.

Innerhalb des sehr vielgestaltigen Dienstleistungssektors sind es vor allem die Unternehmen der „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“, die mit hohen Wachstumsraten aufwarten, während z.B. der staatliche Sektor eher stagniert. Und hier ist es wiederum so: Die niedersächsischen Unternehmen halten an diesem Wirtschaftszweig einen Anteil von nur 7,7 % der bundesweiten Wertschöpfung, und die Wertschöpfung dieses Wirtschaftszweiges stieg seit 1991 in Niedersachsen real um + 31,1 % – bundesweit waren es + 47,5 %.

1 Prozent aller Unternehmen ging 2002 in Konkurs

Aufgrund verschiedener Änderungen des Insolvenzrechts ist der zeitliche Vergleich bei den Unternehmensinsolvenzen stark beeinträchtigt (Tab. 18), zumal wenn man die

Veränderungsraten auf Länderebene vergleicht. Zahlreiche Insolvenzen, die im Jahr 2002 als Insolvenz „ehemals selbstständig Tätiger“ – eine neue Kategorie im Insolvenzrecht – gezählt wurde, wurde noch im Vorjahr als Unternehmensinsolvenz registriert. Der für Niedersachsen registrierte Rückgang um - 6,6 % hat unter anderem hier seinen Ursprung.

Für 2002 lässt sich aber im Regionalvergleich dennoch eine Aussage treffen. Von je 10 000 bestehenden umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen (vgl. Tab. 18) gingen in Niedersachsen im vergangenen Jahr 107,8 in Konkurs, also etwa jedes Hundertste Unternehmen. Dieser Indikator lag bundesweit bei 128,7, also deutlich höher. Vor allem in Ostdeutschland (213,1) gab es ein erheblich höheres Insolvenzrisiko, in Westdeutschland lag der Wert bei 110,6. Niedersachsens Unternehmen bewiesen also in der Konjunkturflaute des vergangenen Jahres eine überdurchschnittlich hohe Stabilität.

Überdurchschnittliches, aber schrumpfendes Gewicht der Klein- und Mittelunternehmen

99,7 aller Unternehmen im Lande wie auch bundesweit sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit einem Jahresumsatz von weniger als 50 Mio. €. Dies geht aus den aktuellsten Daten der Umsatzsteuerstatistik für das Jahr 2001 hervor (Tab. 19 und 20); Daten für 2002 gibt es noch nicht. Verglichen mit dem Jahr 1997 nahm die Zahl aller Unternehmen in Niedersachsen mit + 4,6 % überdurchschnittlich zu (Deutschland + 4,4 %; Westdeutschland + 4,1 %). Unter den westdeutschen Ländern gab es nur in Bayern und Schleswig-Holstein höhere Zuwachsraten. Auch die Lieferungen und Leistungen dieser Unternehmen wuchsen in Niedersachsen mit + 22,2 % gegenüber 1997 überdurchschnittlich (Deutschland: 17,5 %, Westdeutschland + 19,1 %).

Die KMU-Unternehmen haben in Niedersachsen weiterhin eine vergleichsweise starke Stellung. Zwar erzielen auch in Niedersachsen 99,7 % aller Unternehmen nur 44,0 % der Umsätze – umgekehrt: 0,3 % Großunternehmen halten einen Anteil von 56,0 %. Auch ist der KMU-Anteil auf Grund weiterhin anhaltender Konzentrationsprozesse gegenüber 1997 (51,6 %) zurückgegangen. Trotzdem bleibt der KMU-Anteil des Landes deutlich über dem Bundesschnitt von 42,1 %. Noch deutlicher wird das Bild, wenn man die ostdeutschen Länder, wo mangels Großunternehmen die kleinen und mittleren noch viel höhere Anteile haben (68,1 %), aus der Betrachtung herausnimmt und nur den Westen der Republik betrachtet. Dort ist der Konzentrationsprozess weiter

vorangeschritten, und der KMU-Anteil liegt nur noch bei 39,7 %.

KMU-Unternehmen gelten als flexibler als oft bürokratisch strukturierte und entsprechend unflexible Großunternehmen. Der hohe KMU-Anteil des Landes kann insofern ein Standortvorteil sein, auch wenn der allgemeine Trend zur Konzentration an den Landesgrenzen nicht Halt macht.

Bundesweit Einbußen im Tourismus – Sinkender Anteil von Auslandsgästen

Niedersachsen liegt auf der Beliebtheitsskala der Bundesländer, gemessen am Übernachtungsaufkommen (Tab. 23) in Beherbergungsbetrieben, seit Jahren unangefochten auf Platz 4. Mehr als die knapp 33 Mio. Übernachtungen Niedersachsens konnten nur Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen melden. Im Vergleich zum Jahr 2001 gingen bundesweit die Übernachtungszahlen um - 2,8 % zurück. Niedersachsen lag mit - 2,7 % im Trend. Nur Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern konnten im schwachen wirtschaftlichen Umfeld des vergangenen Jahres noch zulegen.

Eine Schwäche des hiesigen Tourismus ist der nach wie vor geringe Anteil ausländischer Gäste. Dieser lag im Jahr 2002 bundesweit bei 11,9 %, in Niedersachsen mit 5,6 % nur halb so hoch. Fünf Jahre zuvor lag der Anteil mit 5,7 % sogar geringfügig höher. Man muss also klar erkennen, dass der Versuch, mit der Weltausstellung EXPO 2000 das Land im internationalen Tourismusgeschäft besser zu positionieren, misslungen ist. Die EXPO hat zumindest insoweit keine nachhaltigen und messbaren Wirkungen hinterlassen.

Starker Exportrückgang

Der Wert der von niedersächsischen Exporteuren ins Ausland verbrachten Waren (Tab. 24) nahm im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um - 7,4 % ab. Wie schon im Vorjahr musste Niedersachsens Exportwirtschaft überdurchschnittlich hohe Rückgänge hinnehmen. Dabei ist der Rückgang von - 7,4 % nicht unmittelbar mit dem Bundesergebnis von + 1,7 % vergleichbar, da es immer Exportgüter gibt, deren Herkunft regional nicht aufteilbar ist. Vergleichbar ist aber der Durchschnitt der westdeutschen Länder, der bei - 1,1 % liegt. Mittelfristig weist Niedersachsen ein, verglichen mit dem Durchschnitt der westdeutschen Länder, leicht überdurchschnittliches Exportwachstum von + 28,9 % auf.

Unterdurchschnittliches Verdienstniveau

Die Tabellen 25 und 26 sind etwas anders gestaltet als in den Vorjahren. Erstens werden ab sofort die Verdienste der Arbeitnehmer und nicht mehr nur die der Angestellten zu Grunde gelegt, was die Darstellung etwas umfassender macht. Zweitens kann auch hier (endlich) von der Gliederung „früheres Bundesgebiet – Beitrittsgebiet“ abgegangen werden und, wie in den anderen Tabellen auch, ein stringenter Ostdeutschland-Westdeutschland-Vergleich angestellt werden. Drittens wurde die Aktualität erhöht, indem am aktuellen Rand Daten aus dem Januar 2003 nachgewiesen werden; Datenquelle bleibt die vierteljährliche Verdiensterhebung. Ein leider nicht behebbares Problem beider Tabellen ist, dass sie notwendigerweise lückenhaft sind, weil immer wieder die Werte einzelner Länder fehlen. Das Deutschland-Ergebnis ist somit stets mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten, da immer wieder andere Länder am Gesamtergebnis fehlen.

Die Bruttomonatsverdienste in Niedersachsen (Tab. 25) lagen im Januar 2003 bei 2 755 € (Deutschland: 2 855 €) und damit um 3,5 % unter dem Bundesdurchschnitt. Auch die Zuwachsraten (+ 2,5 % gegenüber 2002, + 10,6 % gegenüber 1998) sind unterdurchschnittlich, so dass sich der Abstand zum Bundesdurchschnitt von 1,5 auf 3,5 % mehr als verdoppelt hat. Nur im Saarland und in Schleswig-Holstein wird, betrachtet man nur die westdeutschen Länder, weniger verdient.

Die Verdienste der Frauen stiegen etwas stärker als die allgemeine Verdienstentwicklung und die der Männer (Tab. 26), und zwar im kurzfristigen Vergleich um + 3,2 % (insgesamt + 2,5 %). Dennoch liegen die Frauenverdienste um - 17,2 % unter dem Gesamtdurchschnitt aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. 1998 waren es noch 19,8 %. Extrapoliert man den Angleichungsprozess in die Zukunft, so wäre in gut 33 Jahren, also (schon? erst?) a.D. 2036, eine gleiche Entlohnung von Männern und Frauen erreicht.



Innovation

Weiter nachlassende Gründungsdynamik

Die Zahl der Gewerbeanmeldungen (Tab. 27) sank im Jahr 2002 kurzfristig auf 62 032 und damit um - 0,3 % und im Vergleich zu 1997 um - 0,5 %. Beide Abnahmeraten sind erfreulicherweise niedriger als die entsprechenden Raten im Bundesdurchschnitt, wo im mittelfristigen Vergleich sogar ein Rückgang um - 9,9 % festgestellt wurde. Nur die Stadtstaaten Berlin und Hamburg konnten im Jahresvergleich ein deutliches Plus bei den Gewerbeanmeldungen verbuchen. Dennoch ist das Gründungsgeschehen in Niedersachsen immer noch unterdurchschnittlich: Die Zahl der Neuerrichtungen von Betrieben, eine Teilmenge aller Gewerbeanzeigen, betrug im Jahr 2002 49 155. Pro 1 000 Einwohner ergibt das eine Beziehungszahl von 6,2. Bundesweit liegt diese Zahl bei 7,1. Nur Sachsen-Anhalt und das Saarland haben einen niedrigeren Wert.

Gleichwohl bleibt der Existenzgründungssaldo, also die Differenz zwischen Gewerbe- und -abmeldungen, deutlich positiv. Da auch die Zahl der Gewerbeabmeldungen in Niedersachsen im Jahresvergleich zurückging (Tab. 28), erhöhte sich der Saldo sogar von + 7 316 auf + 7 575.

2001 nachlassende und unterdurchschnittliche Investitionstätigkeit

Daten über Investitionen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (Tab. 29) basieren auf den Jahresabschlüssen der Unternehmen und liegen daher nie sehr zeitnah vor, zuletzt für 2001. Die Investitionssumme der niedersächsischen Unternehmen ging im Jahr 2001 um - 4,6 % zurück, und zwar im Gegensatz zum Bundestrend (+ 6,3 %). Damit setzte sich ein Abwärtstrend fort, der bereits 1998 und 1999 zu beobachten war und nur im Jahr 2000 gewendet schien. Im mittelfristigen Vergleich 2001 zu 1996 steht der bundesweiten Zunahme von + 20,7 % in Niedersachsen eine Abnahme von - 1,0 % gegenüber. Mittelfristig sinkende Investitionen waren sonst nur in Sachsen-Anhalt aufgetreten.

Pro Beschäftigten wurde 2001 eine Summe von 7 807 € aufgewendet. Bundesweit waren es 8 727 €, wobei in Ostdeutschland die Investitionssumme pro Beschäftigten erheblich höher liegt als im Westen.

Niedersachsen als Zielregion ausländischer Direktinvestitionen stark unterrepräsentiert

Die Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland (Tab. 30) konzentrieren sich stark auf vier Länder: in erster Linie Hessen mit Frankfurt als Sitz der wichtigsten Unternehmen des Finanzsektors; Nordrhein-Westfalen, danach Bayern und Baden-Württemberg als diejenigen Länder, die Sitz der größten Kapitalgesellschaften Deutschlands sind. Die Tabelle 30 weist den jeweiligen Bestand an Direktinvestitionen (Quelle: Deutsche Bundesbank) am Jahresende nach; die aktuellsten Daten haben den Stand vom 31.12.2001.

Ausländische Unternehmen hatten am 31.12.2001 in Niedersachsen 11,6 Mrd. € investiert. Kurzfristig ging die Höhe der Auslandsinvestitionen um - 0,1 % zurück, bundesweit waren es sogar - 7,3 %. Die Deutsche Bundesbank führt dies nicht auf ein Nachlassen des Globalisierungstempos zurück, sondern auf Abschreibungen im Zusammenhang mit den UMTS-Lizenzen und unternehmenssteuerrechtliche Änderungen: Vormals höher besteuerte Gewinnrücklagen konnten nur bis Jahresende 2001 steuermindernd aufgelöst werden, wovon in großem Umfang Gebrauch gemacht wurde.

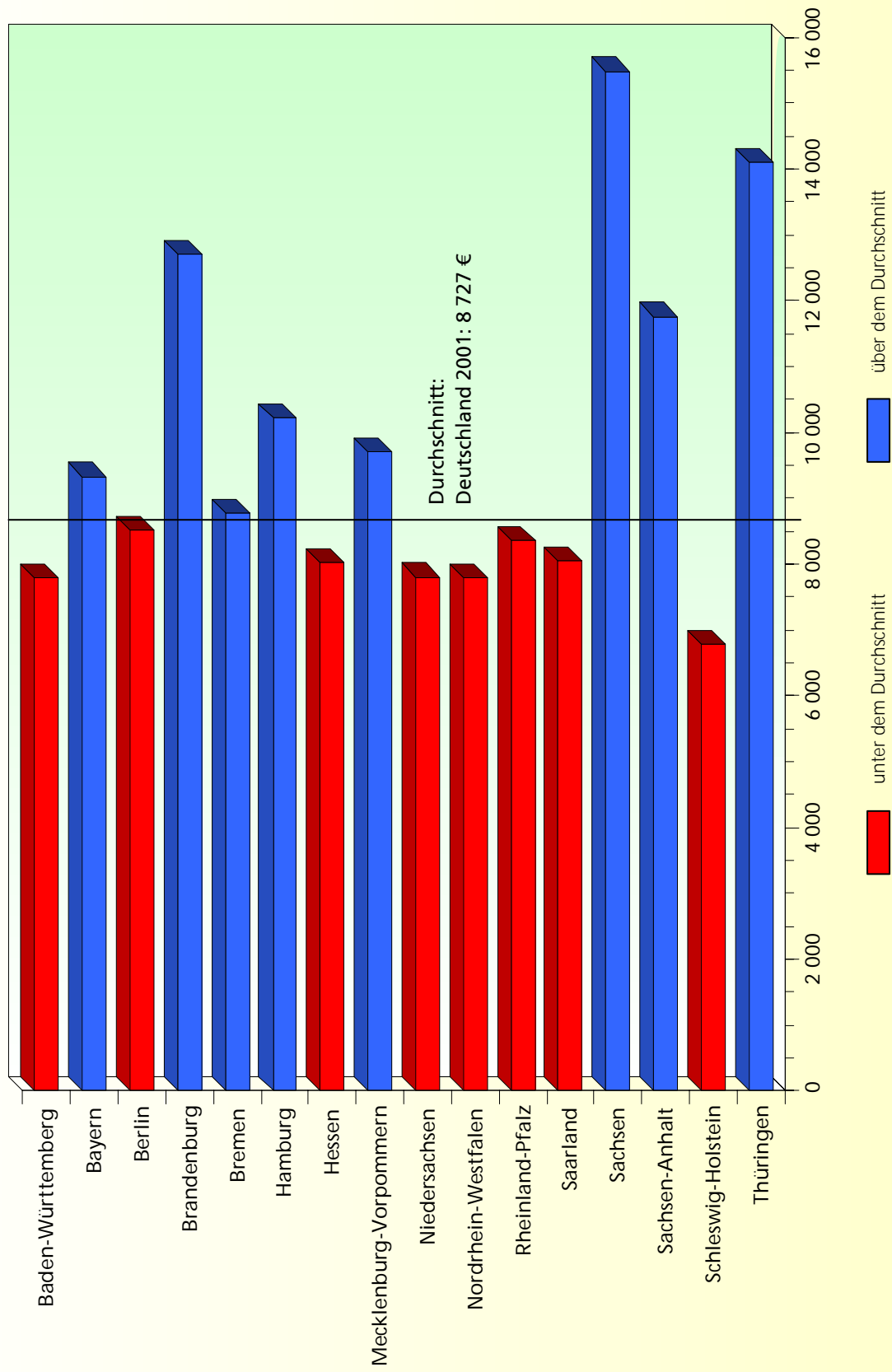
Als Ziel ausländischer Direktinvestitionen – die nicht nur in einer physischen Investitionstätigkeit, sondern genauso auch in einer mehr oder weniger freundlichen Unternehmensübernahme bestehen können – ist Niedersachsen nach wie vor stark unterrepräsentiert. Während das Land normalerweise in Wirtschaft und Bevölkerung immer den Platz 4 der Länder innehat (davor Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg) und als Faustregel meist gilt, dass knapp 10 % von Deutschland auf Niedersachsen entfallen, sind hier die Verhältnisse anders: Platz 7 für Niedersachsen und ein Anteil an Deutschland von nur 2,5 %. Die Globalisierung macht natürlich auch an der Landesgrenze nicht halt: Gegenüber 1996 stieg die Investitionssumme im Lande um + 45,9 %.

Rückgang bei den Patentanmeldungen – starkes Süd-Nord-Gefälle

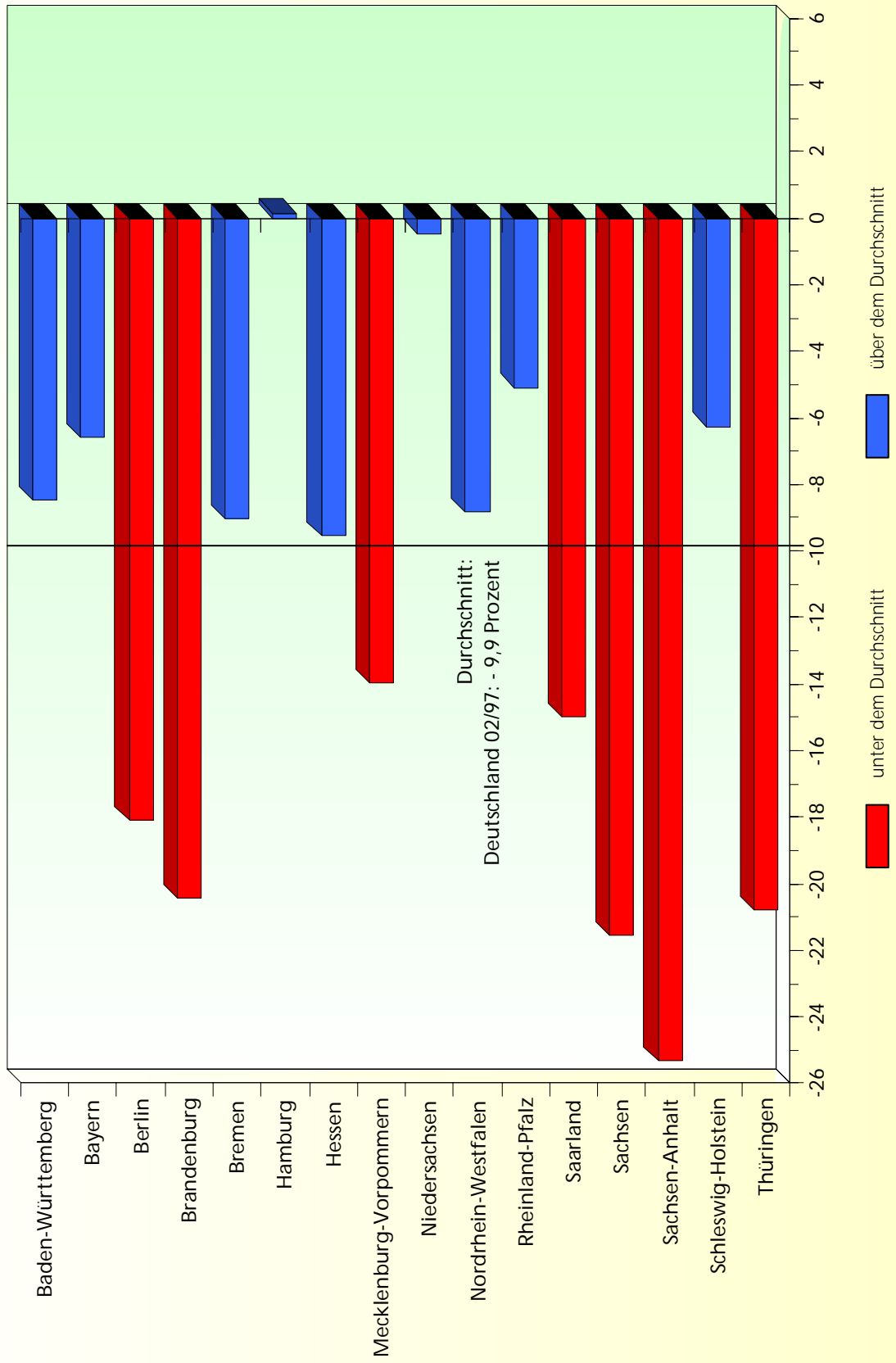
Die Patentanmeldungen (Tab. 31) gelten als ein wichtiger Indikator für die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit – wobei natürlich stets zu beachten ist, dass eine Patentanmeldung am *Ende* eines Forschungsprozesses steht und diesen zunächst abschließt, und dass es durchaus

Investitionen in Euro je Beschäftigten 2001

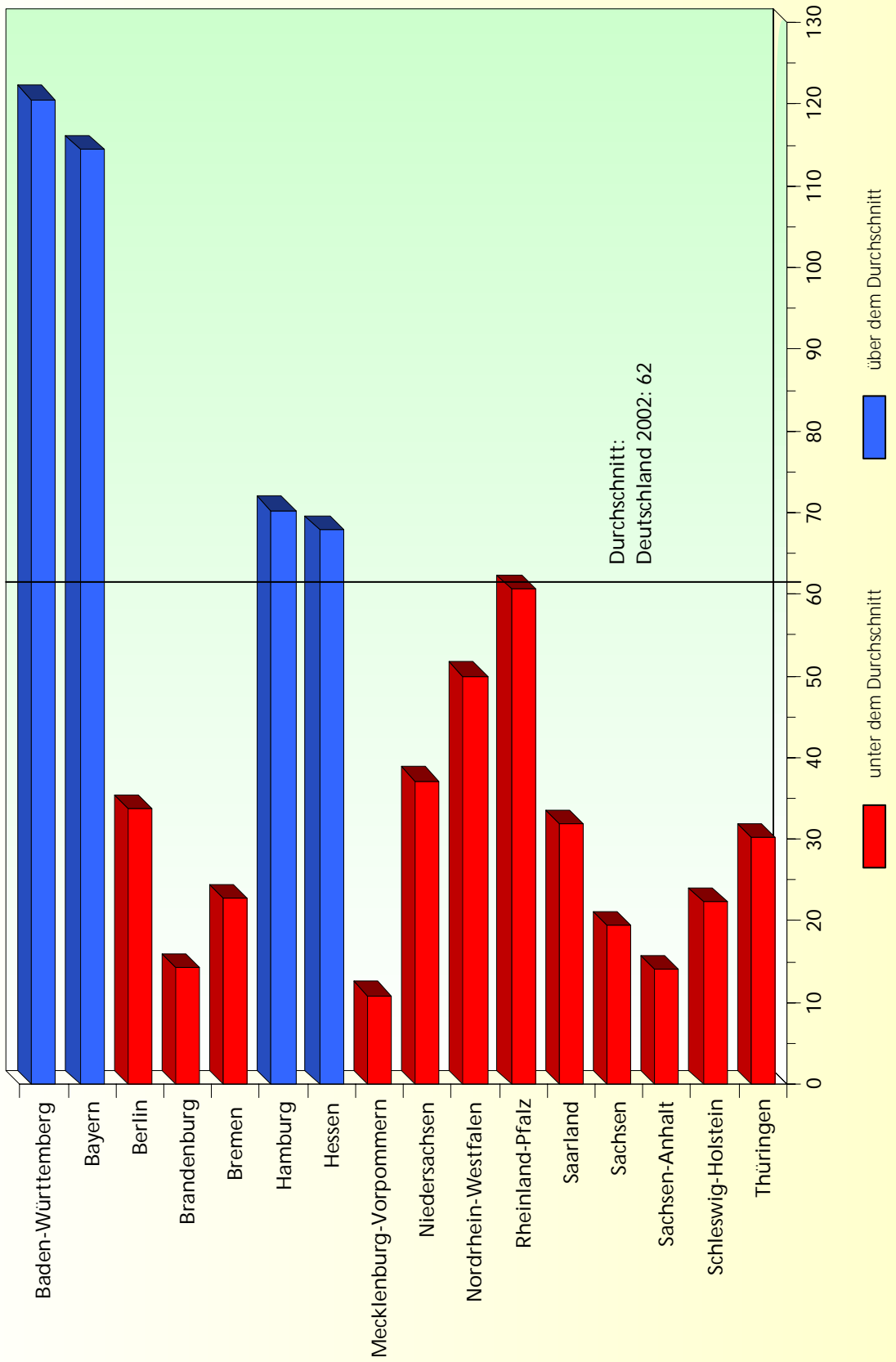
- Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden -



Veränderung der Zahl der Gewerbeanmeldungen 1997 bis 2002



Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner 2002



nicht sicher ist, ob aus der Patentanmeldung (die ja auch noch keine Patenterteilung ist) tatsächlich eine Innovation im Produktionsprozess wird.

Im Jahr 2002 wurden in Niedersachsen 2 959 Patente angemeldet. Das waren - 8,5 % weniger als 2001 und damit im 2. Jahr in Folge ein Rückgang. Bundesweit ging die Zahl der Patentanmeldungen ebenfalls zurück, aber mit - 2,2 % nicht so stark. Auch in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein, also im gesamten Norden, sank die Zahl der Patentanmeldungen überdurchschnittlich.

Pro 100 000 Einwohner wurden 2002 in Niedersachsen 37 Patentanmeldungen gezählt. Damit ist die Patentanmeldungsintensität wieder auf dem Stand von 1997 angelangt. Das Innovationsgefälle vor allem zu Baden-Württemberg und Bayern, das es bereits 1997 gab, hat sich damit weiter ausgeprägt.



Humanpotenzial

8 675 Schulabgänger ohne Abschluss – Quote leicht gesunken

Ein guter Schulabschluss ist zwar keine Garantie für späteren beruflichen Erfolg, aber doch zumindest eine wichtige Startvoraussetzung für die weitere berufliche oder universitäre Ausbildung und die späteren Lebens- und Karrierechancen. Die jungen Frauen und Männer, die ohne jeglichen Abschluss das allgemein bildende Schulsystem verlassen, haben dementsprechend ungünstige Startchancen in Ausbildung und Beruf. Im Jahr 2002 verließen 8 675 Jugendliche die allgemein bildenden Schulen des Landes ohne jeglichen Schulabschluss. Deren Zahl ist kurz- und mittelfristig zwar leicht gestiegen (Tab. 32), dies liegt aber daran, dass quantitativ stärker besetzte Jahrgänge die Schulen verließen.

Für den Zeit- und Regionalvergleich sind die Quoten (der Anteil der Entlassenen ohne Abschluss an allen Schulentlassenen) besser geeignet. Diese Quote lag in Niedersachsen 2002 bei 9,7 % und damit erfreulicherweise um 0,4 Prozentpunkte niedriger als 2001 und 1997. Verglichen mit den anderen Ländern ist diese Quote aber immer noch relativ hoch, wenngleich der Abstand zum Bundesdurchschnitt geringer geworden ist. Bundesweit lag die Quote 2002 bei 9,1 % (Westdeutschland: 8,5 %).

Ein Viertel macht das Abitur - Abiturientenquote aber immer noch unterdurchschnittlich

21 568 Schülerinnen und Schüler erwarben im vergangenen Jahr an Niedersachsens allgemein- und berufsbildenden Schulen die Hochschulreife. Die Abiturientenquote – der Anteil der Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung – stieg damit im Vorjahresvergleich um 0,3 Prozentpunkte auf 24,6 %. Im Bundesvergleich ist das immer noch relativ niedrig: Die entsprechende Quote für ganz Deutschland liegt bei

26,7 %, wobei die Spannweite von ca. 20 % (Bayern, Saarland) bis gut 30 % (Stadtstaaten) reicht. Die Unterschiedlichkeit dieser Quoten liegt zum Teil an unterschiedlichen schulpolitischen Grundsatzpositionen (Stichwort: „bayerisches Abitur“). Zum anderen zeigt aber allein die Tatsache, dass die drei Stadtstaaten bundesweit die höchsten Quoten aufweisen, dass Begabungsreserven unterschiedlich erschlossen werden: Die Stadtstaaten haben es dabei viel leichter als Flächenländer, die auch in peripheren Regionen weiterführende Schulen anbieten müssen.

Starke Zunahme bei den hochqualifizierten Arbeitnehmern

Die Zahl der hochqualifizierten Arbeitnehmer (Arbeitnehmer mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss) stieg von 2001 auf 2002 stark an. Die landesweite Zunahme von + 4,6 % auf 158 768 Personen bedeutet die bundesweit höchste Zuwachsrate aller Länder (Deutschland: + 1,9 %). Dieser erfreuliche Zuwachs – bei gleichzeitig ansonsten stagnierenden Beschäftigten- und Erwerbstätigenzahlen – geht allerdings von einem vergleichsweise niedrigen Ausgangsniveau aus: Am 30. Juni 2002 waren 6,6 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort in Niedersachsen hochqualifiziert. Diese Quote ist immer noch im Bundesvergleich (Deutschland: 8,9 %) unterdurchschnittlich. Das hat verschiedene Ursachen: In der ehemaligen DDR gab es ein anderes Ausbildungssystem mit Abschlüssen, die denen im Westen nicht immer kompatibel waren. In allen ostdeutschen Ländern gibt es daher höhere Hochqualifiziertenquoten als in Niedersachsen. Außerdem finden sich Arbeitsplätze für Hochqualifizierte eher in den Städten, z.B. Berlin, Hamburg und Bremen, seltener auf dem „flachen Lande“. Aber auch verglichen mit anderen westdeutschen Flächenländern hat Niedersachsen nach wie vor trotz der Aufholenden einen relativ geringen Anteil hochqualifizierter Arbeitsplätze.

Höhere, aber unterdurchschnittliche Gesamtausgaben

Im Jahr 2002 gaben das Land und die Kommunen in Niedersachsen insgesamt 3 968 Euro je Einwohner aus. Damit wurde der Durchschnittswert auf Bundesebene in Höhe von 4 269 Euro nur zu etwa 93 % erreicht (Tab. 35). Außer Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz wies kein anderes Land solch einen niedrigen Wert auf. Allerdings weitete Niedersachsen seine Gesamtausgaben beträchtlich aus, wenn auch gegenüber einem niedrigen Vergleichsniveau. Im mittelfristigen Vergleich von 2002 zu 1997 erreichte die Steigerungsrate immerhin + 11,4 %, während die Ausgaben aller Bundesländer im selben Zeitraum um lediglich + 5,5 % zunahmen. Auch im Vorjahresvergleich lag die Ausgabensteigerung Niedersachsens mit + 0,7 % über der des Bundesgebietes mit + 0,2 %.

Personalausgaben wieder gestiegen

Wichtigste Ausgabeposition der öffentlichen Hand blieben weiterhin die Personalausgaben (Tab. 36). Mit 1 554 Euro je Einwohner blieb Niedersachsen auch hier deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 1 661 Euro. Im kurzfristigen Vergleich gegenüber dem Vorjahr erhöhte Niedersachsen (+ 3,0 %) seine Personalausgaben in stärkerem Maß als auf Bundesebene (+ 2,3 %). Diese stärkere Steigerung beruhte darauf, dass das Land (+ 4,0 %) deutlich mehr Geld für Personal ausgab, was vor allem auf erhöhte Beihilfen (+ 7,4 %) und Versorgungsbezüge (+ 5,6 %) zurückzuführen war. Die Kommunen meldeten dagegen mit einem Plus von + 2,2 % eine wesentlich niedrigere Steigerungsrate. Der ab dem Jahr 2001 infolge der Ausgliederungen von Hochschulen reduzierte Personalaufwand des Landes wirkte sich auf den mittelfristigen Vergleich zu 1997 aus. Hier wies Niedersachsen mit + 3,2 % eine erheblich niedrigere Zuwachsrate auf als das gesamte Bundesgebiet, wo die Personalausgaben im selben Zeitraum um + 5,7 % stiegen.

Sachinvestitionen mittelfristig gesunken, aber nicht so stark wie auf Bundesebene

Die im Jahr 2002 von Land und Kommunen getätigten Sachinvestitionen waren sowohl im kurz- als auch im mittelfristigen Vergleich deutlich rückläufig (Tab. 37). Gegenüber 1997 lag die Abnahmerate in Niedersachsen bei - 3,6 %. Auf Bundesebene wurde die Investitionstätigkeit mit - 6,8 % sogar noch stärker reduziert. Größere Einbu-

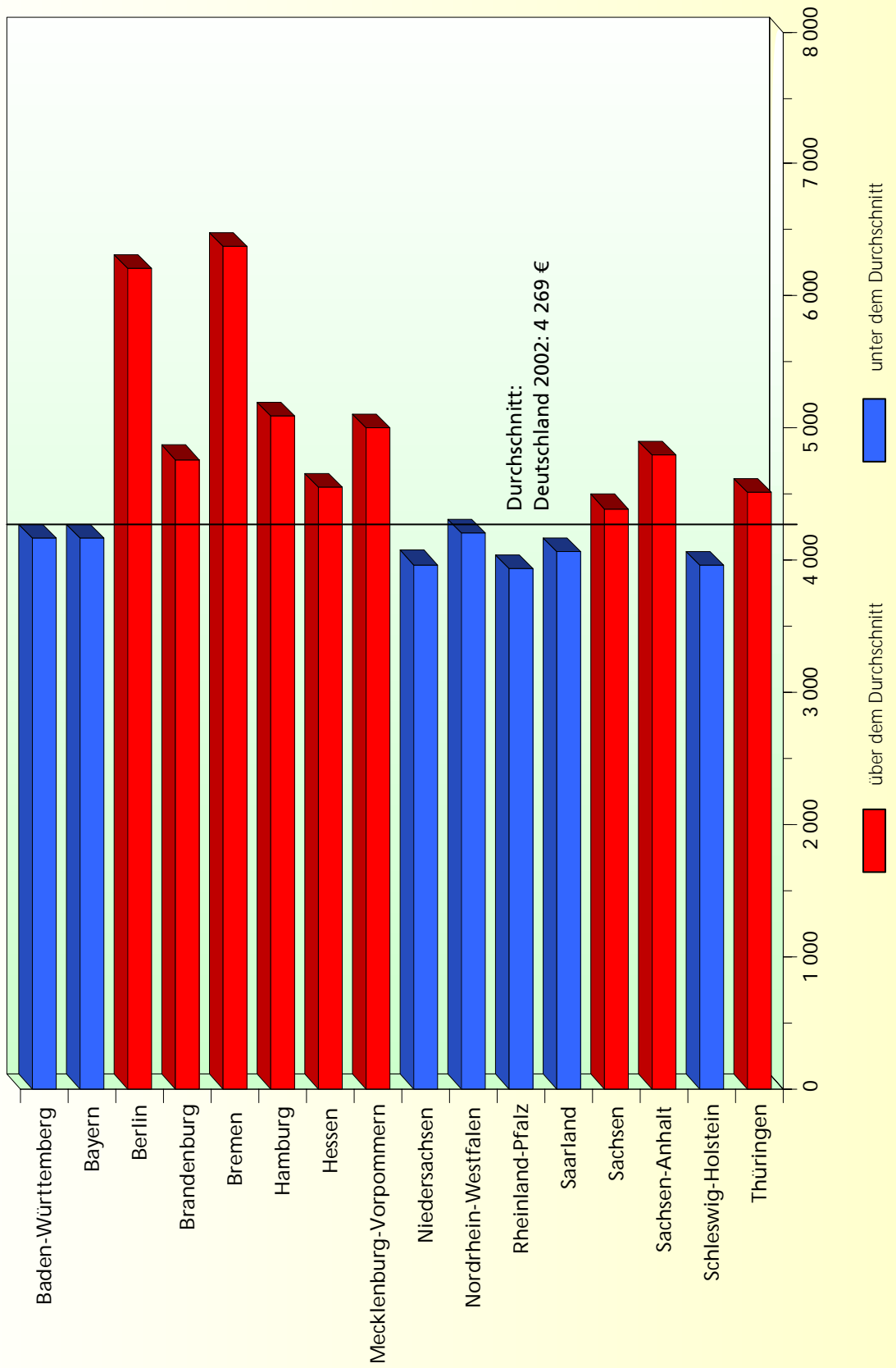
ßen gab es ebenfalls im kurzfristigen Vergleich zum Vorjahr. Hier verringerte Niedersachsen seine Investitionen um - 6,9 %, während im gesamten Bundesgebiet um - 4,4 % weniger investiert wurde. Die in Niedersachsen eingeschränkte Investitionstätigkeit beruhte vor allem darauf, dass sich die Kommunen (- 7,8 %) in starkem Maße zurückhielten. Hier dürften sich Finanzierungspässe widerspiegeln. Auf Landesebene (- 1,8 %) gab es dagegen keine größeren Kürzungen, wie z.B. durch Verlagerungen zu ausgegliederten Einrichtungen. Dieser Sachverhalt hatte im Vorjahr das Ergebnis bestimmt.

Steuereinnahmen weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt

Im Jahr 2002 verbuchte Niedersachsen kassenmäßige Steuereinnahmen in Höhe von 2 274 Euro je Einwohner (Tab. 39). Dieser Betrag machte nicht einmal 90 % des Bundesdurchschnitts aus, der bei 2 544 Euro lag. Die Stadtstaaten – außer Berlin – besaßen ergiebigere Steuerquellen, während sich alle ostdeutschen Flächenländer mit niedrigeren Pro-Kopf-Steuereinnahmen zufrieden geben mussten. Im Vergleich der acht Flächenländer Westdeutschlands wiesen nur Rheinland-Pfalz und das Saarland eine niedrigere Steuerkraft auf. Im mittelfristigen Vergleich von 2002 zu 1997 verlief die Entwicklung in Niedersachsen nicht so günstig wie im Bundesgebiet. Einer Zuwachsrate Niedersachsens von + 1,7 % standen um 5,2 % erhöhte Steuereinnahmen aller Länder gegenüber. Noch größer war der Rückstand gegenüber dem Durchschnitt der acht Flächenländer Westdeutschlands, die ihre Steuereinnahmen im selben Zeitraum um + 6,6 % erhöhen konnten.

Im kurzfristigen Vergleich zum Vorjahr mussten fast alle Länder Verluste bei den Steuereinnahmen hinnehmen. Hier waren die Einbußen Niedersachsens mit - 4,3 % größer als im Bundesgebiet (- 2,4 %). Die Steuerausfälle in Niedersachsen beruhten darauf, dass dem Land (- 6,8 %) weniger Steuergelder zuflossen, während die Steuerquellen der Kommunen (+ 3,6 %) ergiebiger waren. Das Land hatte vor allem gesunkene Landesanteile an den Gemeinschaftsteuern zu beklagen, die allein bereits über 800 Mio. Euro ausmachten. Im Wesentlichen war diese negative Entwicklung auf Mindereinnahmen aus der Körperschaftsteuer (- 38,2 %) und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (- 25,6 %) zurückzuführen. Auch der Landesanteil an den Umsatzsteuern (- 9,1 %) verlor als Einnahmequelle an Bedeutung, worin die konjunkturelle Entwicklung zum Ausdruck kam.

Gesamtausgaben der Länder und Kommunen (Euro je Einwohner) 2002



Finanzierungssaldo leicht gestiegen

Durch Gegenüberstellung der bereinigten Gesamteinnahmen (Tab. 38) mit den bereits erwähnten Gesamtausgaben (Tab. 35) wird der „Finanzierungssaldo“ ermittelt. Dieser – in der Vergangenheit meist negative – Saldo gibt an, in welcher Höhe Beträge über sog. „besondere Finanzierungsvorgänge“, insbesondere durch Schuldenaufnahme am Kreditmarkt, in Anspruch genommen werden müssen, um zu einem Ausgleich der öffentlichen Haushalte zu kommen.

In der Zusammenfassung von Land und Kommunen errechnete sich für Niedersachsen im Jahr 2002 ein Finanzierungsdefizit von 505 Euro je Einwohner. Der entsprechende Wert für die Länder insgesamt lag mit 435 Euro deutlich darunter. Gegenüber dem Vorjahr gab es auf Landesebene (532 Euro) einen leichten Rückgang, während es im Gegensatz dazu auf Bundesebene (374 Euro) zu einem starken Anstieg kam. Da Niedersachsen (+ 1,6 %) seine Einnahmen im Gegensatz zum Bundesgebiet (- 1,3 %) steigern konnte, verbesserte sich die finanzielle Situation des Landes, trotz eines Anstiegs der Ausgaben um 0,7 %. Der im Vorjahr festgestellte große Abstand der Salden von Bund und Land nahm daher merklich ab.

Wachstum der Schulden mittelfristig geringfügig über dem Bundesdurchschnitt

Ende 2002 wiesen das Land und die Kommunen in Niedersachsen einen Schuldenstand von zusammen 6 005 Euro je Einwohner auf. Damit lag Niedersachsen deutlich

über dem Bundesdurchschnitt, der 5 668 Euro betrug (Tab. 40). Im Ländervergleich erreichte die Pro-Kopf-Verschuldung Niedersachsens Ende 2002 bei weitem nicht den Verschuldungsgrad der drei Stadtstaaten. Auch die ostdeutschen Flächenländer übertrafen im Durchschnitt mit ihrem Schuldenstand zum 31.12.2002 den niedersächsischen Wert. Unter den acht Flächenländern Westdeutschlands nahm Niedersachsen etwa eine Mittelposition ein: Vier Länder wiesen höhere Kreditmarktschulden je Einwohner auf, drei Länder verschuldeten sich in geringerem Ausmaß. Insgesamt wurde – wie im Vorjahr – bei nur vier Ländern eine niedrigere Pro-Kopf-Verschuldung festgestellt, 11 Länder meldeten jedoch höhere Schuldenstände.

Von 1997 bis 2002 stieg die Verschuldung Niedersachsens um 17,3 %. Auf Bundesebene nahmen die Schulden der Länder und Kommunen im selben Zeitraum weitaus stärker zu, nämlich um 21,3 %. Dies hatte seine Ursache vor allem darin, dass sich die ostdeutschen Länder mit einer Steigerung von 40,2 % wesentlich stärker verschuldeten als Westdeutschland (+ 15,8 %). Auch im kurzfristigen Vergleich von 2002 zu 2001 stieg der Schuldenstand merklich an. Dabei lag die Wachstumsrate Niedersachsens über der des Bundesgebiets. Während die Pro-Kopf-Verschuldung in Niedersachsen um + 7,2 % zunahm, erhöhte sich die Verschuldung auf Bundesebene im selben Zeitraum um 6,2 %. Entscheidend für die Entwicklung war, dass die westdeutschen Länder (+ 5,2 %), vor allem Baden-Württemberg (+ 2,1 %), ihre Verschuldung nur mäßig ausweiteten, während die ostdeutschen Bundesländer (+ 9,0 %) erheblich mehr Schulden als im Vorjahr aufnahmen.

Soziale Probleme, Sicherheit

Zahl der Sozialhilfeempfänger wieder leicht gestiegen

Am Jahresende 2002 gab es in Niedersachsen 312 782 Sozialhilfeempfänger (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, vgl. Tab. 42). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von + 2,0 % (Deutschland + 2,2 %). 39 von 1 000 Niedersachsen sind auf Sozialhilfe angewiesen, eine im Ländervergleich überdurchschnittliche Quote (Deutschland 33, Westdeutschland 32). Die Sozialhilfequote ist besonders hoch in den Stadtstaaten; außerdem gibt es auch hier ein klares Süd-Nord-Gefälle: Dieses zeigt sich im Westen (relativ niedrige Werte für Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz) genauso wie im Osten (relativ niedrige Werte in Thüringen und Sachsen).

Die mittelfristige Entwicklung ist erfreulicher. Gegenüber 1997 ging in Niedersachsen die Zahl der Sozialhilfebezieher um - 7,3 % zurück; bundesweit waren es - 4,7 %. Diese bundesweite Abnahmerate setzt sich aus zwei heterogenen Entwicklungen zusammen: In den ostdeutschen Flächenländern (Ausnahme: Thüringen) stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger im Fünf-Jahresvergleich erheblich mit überwiegend zweistelligen Wachstumsraten. In Westdeutschland (- 9,2 %) und in Berlin (- 6,2 %) ging deren Zahl deutlich zurück.

Wie bereits im Vorjahr, waren auch 2002 die Frauen öfter als die Männer auf den Sozialhilfebezug angewiesen: 56 % der Sozialhilfeempfänger sind weiblichen Geschlechts (Tab. 43), eine gegenüber 2001 unveränderte Quote. Auf den ersten Blick mag dies erstaunen, wo doch die Arbeitslosenquote der Männer höher ist als die der Frauen. Die Ursachen für den Sozialhilfebezug liegen aber nicht nur im Bereich der derzeit schlechten Arbeitsmarktlage, sondern eher noch stärker im Bereich schwieriger familiärer Lebenslagen: So sind Kinder und Alleinerziehende überdurchschnittlich oft auf Sozialhilfeleistungen angewiesen.

287 € pro Kopf für Sozialhilfe

Die „reinen Ausgaben“ der Sozialhilfe (Tab. 41) lagen bei Redaktionsschluss erst bis zum Jahr 2001 vor. Bei den „reinen Ausgaben“ sind die Einnahmen der Sozialhilfe, z.B. Erstattungen von Sozialleistungsträgern, von den Ausgaben bereits abgezogen, so dass sich ein recht gutes Bild der Belastung der öffentlichen Hand durch die Kosten der Sozialhilfe ergibt. Die Sozialhilfeausgaben entwickelten sich in Niedersachsen kurz- und mittelfristig in

etwa im Gleichschritt mit den anderen Ländern: Im Vergleich zum Jahr 2000 stiegen sie um + 2,1 % (Deutschland: + 1,7 %), im Vergleich zu 1997 um + 6,4 % (Deutschland: + 7,3 %).

Die Ausgaben je Einwohner machen deutlich, dass nach wie vor in Ostdeutschland vorgelagerte Sicherungssysteme wirksam sind, die trotz starker Zuwächse für niedrigere Pro-Kopf-Ausgaben als im Westen sorgen. Nicht überraschend sind auch die hohen Pro-Kopf-Ausgaben der drei Stadtstaaten, die etwa doppelt so hoch liegen wie der Bundesdurchschnitt. Niedersachsens Pro-Kopf-Ausgaben von 287 € liegen im Mittelfeld der westdeutschen Flächenländer.

259 000 allein erziehende Mütter und Väter – in Niedersachsen geringster Anteil Alleinerziehender an der Bevölkerung

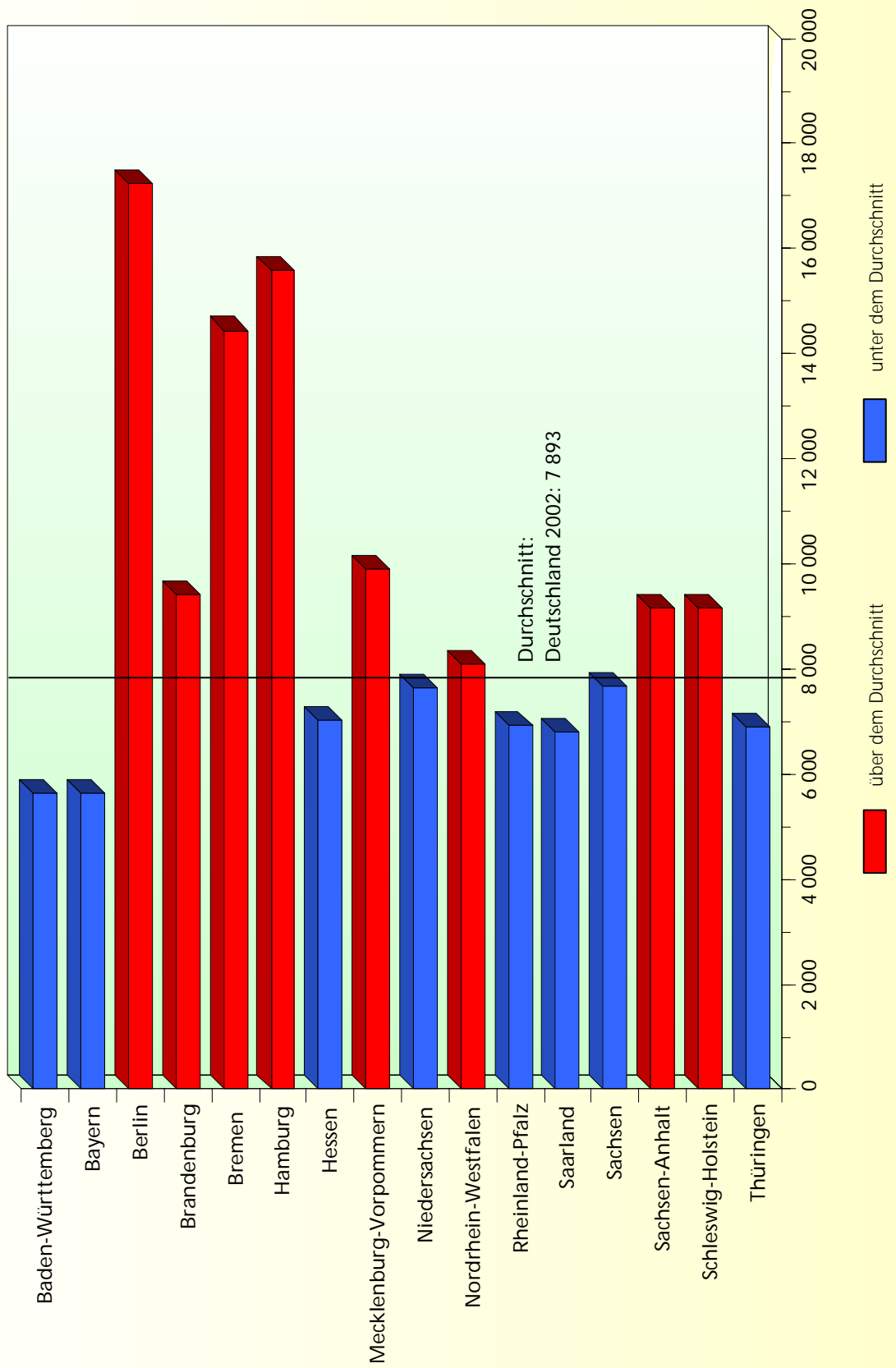
Nach den Ergebnissen des Mikrozensus gab es in Niedersachsen im April 2002 259 000 Alleinerziehende (Tab. 44). Die Zahl derjenigen, die ein oder mehrere Kinder ohne festen Partner betreuen, versorgen und erziehen müssen, wächst von Jahr zu Jahr. Gegenüber 2001 gab es eine Zunahme von + 3,2 %, gegenüber 1997 von + 11,6 %. Beide Zuwachsraten liegen leicht unter dem Trend des Bundesgebietes und deutlich unter den Wachstumsraten Westdeutschlands (+ 3,9 bzw. + 13,2 %).

Im Osten liegt die Zahl der Alleinerziehenden deutlich höher, aber mit niedrigeren Zuwachsraten. Auf 1 000 Einwohner kamen in Deutschland im Schnitt 38 Alleinerziehende, im Osten 55 und im Westen 34. Niedersachsens Wert von 32 ist mit dem von Nordrhein-Westfalen (ebenfalls 32) der geringste unter den Ländern. Länder wie Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und das Saarland haben geringfügig höhere Quoten.

Kriminalitätsbelastung steigend, aber immer noch unterdurchschnittlich

Die Kriminalitätshäufigkeit (Zahl der von der Polizei registrierten Straftaten pro 100 000 Einwohner, Tab. 45) stieg 2002 gegenüber dem Vorjahr um + 6,9 %. Der Anstieg der Kriminalität auf 608 467 Straftaten im vergangenen Jahr vollzieht sich damit schneller als im Bundesgebiet (+ 2,0 %). Erfreulicherweise stieg die Aufklärungsquote im Lande von 52,7 auf 53,3 % im Gegensatz zum Bundestrend, wo sie leicht sank. Vor allem Diebstahlsdelikte waren für die Steigerung ursächlich.

Straftaten je 100 000 Einwohner 2002



Dennoch liegt die Kriminalitätshäufigkeit – also die Zahl der Straftaten bezogen auf die Einwohnerzahl – um - 3,1 % unter dem Bundesdurchschnitt. Die Häufigkeitszahl von 7 648 Straftaten je 100 000 Einwohner bewegt sich im Schnitt der westdeutschen Flächenländer. In den Stadtstaaten und den meisten ostdeutschen Ländern liegen die Häufigkeitszahlen höher.

Weniger Verunglückte im Straßenverkehr

Im vergangenen Jahr ging die Zahl der Verunglückten (= Verletzte und Getötete) im Straßenverkehr in fast allen Ländern zurück. Niedersachsens Abnahmerate von - 2,3 % im Vorjahresvergleich liegt etwa im Trend der westdeut-

schen Länder. Der mittelfristige Rückgang um - 4,1 % im Fünfjahresvergleich ist deutlich günstiger als die entsprechende Entwicklung in Westdeutschland. In Ostdeutschland, wo noch 1997 überdurchschnittlich viele Menschen verunglückten, kam es erfreulicherweise zu erheblich höheren Abnahmeraten (- 18,6 % im Vergleich zu 1997).

646 von 100 000 Einwohnern verunglückten im letzten Jahr. Dieser Wert ist nach wie vor überdurchschnittlich groß, nur Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein haben höhere Häufigkeitszahlen. Niedersachsen ist ein Transitland, durch das die großen Nord-Süd- und Ost-West-Achsen des europäischen Verkehrs laufen. Das schafft manchen logistischen Vorteil, erhöht aber auch die Unfallhäufigkeit.



Fazit

Die Entwicklungen des Jahres 2002 sind für Deutschland genauso wie für Niedersachsen alles in allem nicht günstig verlaufen: Rückgänge gab es bei den Geburten, den Erwerbstätigen, den Existenzgründungen, den Patentanmeldungen. Wachstum gab es bei den Konkursen, den Arbeitslosen, den Ehescheidungen, der Staatsverschuldung und bei den Straftaten. Die Wirtschaft stagnierte. Für Niedersachsen muss schon die Feststellung als Erfolg gelten, dass sich hierzulande die Dinge meist weniger schlecht als anderswo entwickelten. So kann es geschehen, dass eine marginale Wachstumsrate bei den Arbeitsplätzen von + 0,1 % – de facto also Stagnation – zum Platz 1 unter 16 Ländern reicht.

Bundesweit haben sich die dominierenden Regionalstrukturen weiter verfestigt:

- Zwischen Ost und West ist zwar die Mauer abgebaut, aber in nahezu allen Strukturdaten wird die Diskrepanz zwischen den Ländern der ehemaligen DDR und der „alten“ westlichen Bundesrepublik durchaus nicht geringer. Im Gegenteil.
- Das Gefälle zwischen Süd und Nord wird ebenfalls nicht schwächer, sondern immer deutlicher. In nahezu allen wirtschaftlichen und demographischen Funda-

mentaldaten stehen insbesondere Baden-Württemberg und Bayern besser da als der Rest der Republik.

Einige Entwicklungen und Strukturen sind für Niedersachsen besonders bemerkenswert. Zunächst das Negative: Die **Innovationsschwäche des Landes** hat sich 2002 noch stärker ausgeprägt. Alle hier verwendeten Indikatoren wiesen 2002 nach unten. Der Abstand zu den anderen Ländern, insbesondere den führenden, ist gewachsen. Außerdem schwinden manche Faktoren, die zur relativ hohen sozialen Stabilität des Landes beitragen: Beleg dafür sind die steigenden Zahlen bei den Ehescheidungen und den Alleinerziehenden.

Das Positive: **Die relative soziale, regionale und wirtschaftliche Ausgeglichenheit, Stabilität und Vieltätigkeit des Landes** hat manche bundesweite Negativentwicklung in Wirtschaft und Arbeitsmarkt hier weniger stark durchschlagen lassen. Die führende Rolle des Landes in der Landwirtschaft und auch in den nachgelagerten Bereichen, z.B. der Ernährungsindustrie, spielt eine positive Rolle. Und offenbar gibt es Fortschritte in der Erschließung von Reserven im „Humanpotenzial“. Das zeigen sowohl die Daten über Schulabschlüsse und die Qualifikation der Arbeitnehmer, als auch die Daten über die Teilzeitarbeit, die ja besonders für Frauen mit Kindern eine Teilhabe am Erwerbsleben erst ermöglicht.

Tabellenteil

Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte

Land	Einwohner am					Einwohner je qkm	Veränderung der Einwohnerzahl	
	in 1 000			Länderanteil			31.12.02/97	31.12.02/01
	31.12.97	31.12.01	31.12.02	1997	2002	Anzahl		
	Anzahl (1 000)			%				
Baden-Württemberg	10 397	10 601	10 661	12,7	12,9	298	+ 2,5	+ 0,6
Bayern	12 066	12 330	12 387	14,7	15,0	176	+ 2,7	+ 0,5
Berlin	3 426	3 388	3 392	4,2	4,1	3 803	- 1,0	+ 0,1
Brandenburg	2 573	2 593	2 582	3,1	3,1	88	+ 0,4	- 0,4
Bremen	674	660	662	0,8	0,8	1 639	- 1,7	+ 0,4
Hamburg	1 705	1 726	1 729	2,1	2,1	2 290	+ 1,4	+ 0,1
Hessen	6 032	6 078	6 092	7,4	7,4	289	+ 1,0	+ 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 808	1 760	1 745	2,2	2,1	75	- 3,5	- 0,9
Niedersachsen	7 845	7 956	7 980	9,6	9,7	168	+ 1,7	+ 0,3
Nordrhein-Westfalen	17 974	18 052	18 076	21,9	21,9	530	+ 0,6	+ 0,1
Rheinland-Pfalz	4 018	4 049	4 058	4,9	4,9	204	+ 1,0	+ 0,2
Saarland	1 081	1 066	1 065	1,3	1,3	415	- 1,5	- 0,1
Sachsen	4 522	4 384	4 349	5,5	5,3	236	- 3,8	- 0,8
Sachsen-Anhalt	2 702	2 581	2 549	3,3	3,1	125	- 5,7	- 1,2
Schleswig-Holstein	2 756	2 804	2 817	3,4	3,4	179	+ 2,2	+ 0,4
Thüringen	2 478	2 411	2 392	3,0	2,9	148	- 3,5	- 0,8
Deutschland	82 057	82 440	82 537	100,0	100,0	231	+ 0,6	+ 0,1
Westdeutschland	64 548	65 323	65 527	78,7	79,4	264	+ 1,5	+ 0,3
Ostdeutschland	17 509	17 118	17 009	21,3	20,6	157	- 2,9	- 0,6

2. Lebendgeborene

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner am (30.06)			Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	1997	2001	2002 ¹⁾	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	116 419	101 366	99 603	11	9,6	9,4	- 14,4	- 1,7
Bayern	130 517	115 964	113 818	11	9,4	9,2	- 12,8	- 1,9
Berlin	30 369	28 624	28 802	9	8,5	8,5	- 5,2	+ 0,6
Brandenburg	16 370	17 692	17 705	6	6,8	6,8	+ 8,2	+ 0,1
Bremen	6 644	5 831	5 484	10	8,8	8,3	- 17,5	- 6,0
Hamburg	16 970	15 786	15 706	10	9,2	9,1	- 7,4	- 0,5
Hessen	63 124	56 228	55 324	10	9,3	9,1	- 12,4	- 1,6
Mecklenburg-Vorpommern	12 046	12 968	12 504	7	7,3	7,1	+ 3,8	- 3,6
Niedersachsen	85 907	75 239	73 194	11	9,5	9,2	- 14,8	- 2,7
Nordrhein-Westfalen	190 386	167 752	163 434	11	9,3	9,0	- 14,2	- 2,6
Rheinland-Pfalz	41 677	35 781	34 741	10	8,9	8,6	- 16,6	- 2,9
Saarland	9 987	8 196	7 879	9	7,7	7,4	- 21,1	- 3,9
Sachsen	29 008	31 943	31 518	6	7,2	7,2	+ 8,7	- 1,3
Sachsen-Anhalt	17 194	18 073	17 617	6	7,0	6,9	+ 2,5	- 2,5
Schleswig-Holstein	29 080	25 681	24 914	11	9,2	8,9	- 14,3	- 3,0
Thüringen	16 475	17 351	17 007	7	7,2	7,1	+ 3,2	- 2,0
Deutschland	812 173	734 475	719 250	10	8,9	8,7	- 11,4	- 2,1
Westdeutschland	690 711	607 824	594 097	11	9,3	9,1	- 14,0	- 2,3
Ostdeutschland	121 462	126 651	125 153	7	7,4	7,3	+ 3,0	- 1,2

3. Geburten-/Sterbesaldo

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung des Saldos	
	1997	2001	2002 ¹⁾	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Anzahl						absolut	
Baden-Württemberg	19 252	7 270	4 491	1,9	0,7	0,4	- 14 761	- 2 779
Bayern	9 076	- 1 966	- 5 938	0,8	- 0,2	- 0,5	- 15 014	- 3 972
Berlin	- 6 078	- 4 202	- 4 691	- 1,8	- 1,2	- 1,4	+ 1 387	- 489
Brandenburg	- 10 386	- 8 197	- 8 789	- 4,1	- 3,2	- 3,4	+ 1 597	- 592
Bremen	- 1 392	- 1 642	- 2 184	- 2,1	- 2,5	- 3,3	- 792	- 542
Hamburg	- 2 358	- 2 083	- 2 702	- 1,4	- 1,2	- 1,6	- 344	- 619
Hessen	1 763	- 3 142	- 5 043	0,3	- 0,5	- 0,8	- 6 806	- 1 901
Mecklenburg-Vorpommern	- 5 894	- 4 211	- 4 829	- 3,2	- 2,4	- 2,8	+ 1 065	- 618
Niedersachsen	1 949	- 7 277	- 10 318	0,2	- 0,9	- 1,3	- 12 267	- 3 041
Nordrhein-Westfalen	440	- 17 072	- 24 899	0,0	- 0,9	- 1,4	- 25 339	- 7 827
Rheinland-Pfalz	- 1 534	- 6 441	- 7 928	- 0,4	- 1,6	- 2,0	- 6 394	- 1 487
Saarland	- 2 468	- 4 120	- 4 492	- 2,3	- 3,9	- 4,2	- 2 024	- 372
Sachsen	- 24 475	- 17 301	- 18 578	- 5,4	- 3,9	- 4,3	+ 5 897	- 1 277
Sachsen-Anhalt	- 13 698	- 11 548	- 12 542	- 5,0	- 4,4	- 4,9	+ 1 156	- 994
Schleswig-Holstein	- 1 194	- 3 986	- 4 988	- 0,4	- 1,4	- 1,8	- 3 794	- 1 002
Thüringen	- 11 219	- 8 148	- 8 993	- 4,5	- 3,4	- 3,7	+ 2 226	- 845
Deutschland	- 48 216	- 94 066	- 122 423	- 0,6	- 1,1	- 1,5	- 74 207	- 28 357
Westdeutschland	23 534	- 40 459	- 64 001	0,4	- 0,6	- 1,0	- 87 535	- 23 542
Ostdeutschland	- 71 750	- 53 607	- 58 422	- 4,1	- 3,1	- 3,4	+ 13 328	- 4 815

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis

4. Wanderungssaldo

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung des Saldos	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Anzahl						absolut	
Baden-Württemberg	2 853	69 222	56 117	0,3	6,6	5,3	+ 53 264	- 13 105
Bayern	13 430	101 425	63 574	1,1	8,3	5,1	+ 50 144	- 37 851
Berlin	- 26 926	10 467	8 685	-7,8	3,1	2,6	+ 35 611	- 1 782
Brandenburg	29 236	- 673	- 1 871	11,4	-0,3	-0,7	- 31 107	- 1 198
Bremen	- 2 495	1 068	4 631	-3,7	1,6	7,0	+ 7 126	+ 3 563
Hamburg	- 897	13 436	5 414	-0,5	7,8	3,1	+ 6 311	- 8 022
Hessen	2 658	12 839	18 844	0,4	2,1	3,1	+ 16 186	+ 6 005
Mecklenburg-Vorpommern	- 3 503	- 11 446	- 10 477	-1,9	-6,5	-6,0	- 6 974	+ 969
Niedersachsen	28 301	37 499	34 376	3,6	4,7	4,3	+ 6 075	- 3 123
Nordrhein-Westfalen	26 332	59 299	49 162	1,5	3,3	2,7	+ 22 830	- 10 137
Rheinland-Pfalz	18 795	20 950	16 589	4,7	5,2	4,1	- 2 206	- 4 361
Saarland	- 608	1 887	3 010	-0,6	1,8	2,8	+ 3 618	+ 1 123
Sachsen	1 097	-23 764	- 16 505	0,2	-5,4	-3,8	- 17 602	+ 7 259
Sachsen-Anhalt	- 8 232	-23 201	- 19 173	-3,0	-8,9	-7,5	- 10 941	+ 4 028
Schleswig-Holstein	15 374	18 469	17 248	5,6	6,6	6,1	+ 1 874	- 1 221
Thüringen	- 1 750	- 11 719	- 10 280	-0,7	-4,8	-4,3	- 8 530	+ 1 439
Deutschland	93 665	275 758	219 344	1,1	3,3	2,7	+ 125 679	- 56 414
Westdeutschland	103 743	336 094	268 965	1,6	5,2	4,1	+ 165 222	- 67 129
Ostdeutschland	- 10 078	- 60 336	- 49 621	-0,6	-3,5	-2,9	- 39 543	+ 10 715

5. Eheschließungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	1997	2001	2002 ¹⁾	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	57 094	51 382	51 946	54,9	48,7	48,9	- 9,0	+ 1,1
Bayern	65 419	60 226	60 686	54,3	49,1	49,1	- 7,2	+ 0,8
Berlin	15 399	12 903	12 803	44,7	38,1	37,8	- 16,9	- 0,8
Brandenburg	8 709	9 744	9 650	34,0	37,5	37,3	+ 10,8	- 1,0
Bremen	3 553	3 153	3 130	52,5	47,7	47,4	- 11,9	- 0,7
Hamburg	7 800	7 020	6 999	45,7	40,8	40,6	- 10,3	- 0,3
Hessen	32 877	29 832	30 472	54,5	49,1	50,1	- 7,3	+ 2,1
Mecklenburg-Vorpommern	6 299	7 869	7 902	34,7	44,5	45,1	+ 25,4	+ 0,4
Niedersachsen	46 490	41 780	42 391	59,4	52,6	53,2	- 8,8	+ 1,5
Nordrhein-Westfalen	99 779	89 529	89 803	55,5	49,7	49,7	- 10,0	+ 0,3
Rheinland-Pfalz	22 509	20 608	20 800	56,1	51,0	51,4	- 7,6	+ 0,9
Saarland	5 829	5 417	5 289	53,8	50,8	49,7	- 9,3	- 2,4
Sachsen	15 287	15 421	15 188	33,7	35,0	34,8	- 0,6	- 1,5
Sachsen-Anhalt	9 285	9 359	9 274	34,2	36,0	36,2	- 0,1	- 0,9
Schleswig-Holstein	17 828	16 773	17 037	64,8	60,0	60,6	- 4,4	+ 1,6
Thüringen	8 619	8 575	8 597	34,7	35,4	35,8	- 0,3	+ 0,3
Deutschland	422 776	389 591	391 967	51,5	47,3	47,5	- 7,3	+ 0,6
Westdeutschland	359 178	325 720	328 553	55,7	50,0	50,2	- 8,5	+ 0,9
Ostdeutschland	63 598	63 871	63 414	36,2	37,2	37,2	- 0,3	- 0,7

6. Ehescheidungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	1997	2001	2002 ¹⁾	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	21 572	22 736	23 700	20,8	21,5	22,3	+ 9,9	+ 4,2
Bayern	26 046	28 347	29 503	21,6	23,1	23,9	+ 13,3	+ 4,1
Berlin	9 782	8 731	9 322	28,4	25,8	27,5	- 4,7	+ 6,8
Brandenburg	5 231	6 043	5 829	20,4	23,3	22,5	+ 11,4	- 3,5
Bremen	2 000	1 804	1 742	29,6	27,3	26,4	- 12,9	- 3,4
Hamburg	5 092	4 328	.	29,8	25,2	.	.	.
Hessen	14 830	15 078	15 785	24,6	24,8	25,9	+ 6,4	+ 4,7
Mecklenburg-Vorpommern	3 815	4 021	3 505	21,0	22,7	20,0	- 8,1	- 12,8
Niedersachsen	17 310	19 485	21 044	22,1	24,5	26,4	+ 21,6	+ 8,0
Nordrhein-Westfalen	44 580	46 913	47 208	24,8	26,0	26,1	+ 5,9	+ 0,6
Rheinland-Pfalz	10 015	10 301	11 187	25,0	25,5	27,6	+ 11,7	+ 8,6
Saarland	3 123	3 100	2 981	28,8	29,1	28,0	- 4,5	- 3,8
Sachsen	8 470	8 430	8 515	18,7	19,1	19,5	+ 0,5	+ 1,0
Sachsen-Anhalt	4 494	5 829	5 838	16,6	22,4	22,8	+ 29,9	+ 0,2
Schleswig-Holstein	6 915	7 604	8 194	25,1	27,2	29,2	+ 18,5	+ 7,8
Thüringen	4 527	4 748	5 301	18,2	19,6	22,1	+ 17,1	+ 11,6
Deutschland	187 802	197 498	.	22,9	24,0	.	.	.
Westdeutschland	151 483	159 696	.	23,5	24,5	.	.	.
Ostdeutschland	36 319	37 802	38 310	20,7	22,0	22,5	+ 5,5	+ 1,3

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis

Erwerbstätigkeit

7. Erwerbstätige (Mikrozensus)

Land	Insgesamt (April)			Darunter Selbstständige			Selbstständigengquote 2002	Veränderung insgesamt	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002		02/97	02/01
	Anzahl (1 000)						%		
Baden-Württemberg	4 769	4 977	5 019	485	482	496	9,9	+ 5,2	+ 0,8
Bayern	5 701	5 967	5 921	670	675	685	11,6	+ 3,9	- 0,8
Berlin	1 530	1 472	1 455	176	172	172	11,8	- 4,9	- 1,2
Brandenburg	1 115	1 143	1 130	86	106	103	9,1	+ 1,3	- 1,1
Bremen	277	276	268	25	26	23	8,6	- 3,2	- 2,9
Hamburg	766	813	795	89	99	102	12,8	+ 3,8	- 2,2
Hessen	2 658	2 807	2 784	286	301	294	10,6	+ 4,7	- 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	777	747	731	56	58	60	8,2	- 5,9	- 2,1
Niedersachsen	3 358	3 425	3 410	331	326	332	9,7	+ 1,5	- 0,4
Nordrhein-Westfalen	7 392	7 686	7 620	677	700	698	9,2	+ 3,1	- 0,9
Rheinland-Pfalz	1 710	1 803	1 795	166	176	186	10,4	+ 5,0	- 0,4
Saarland	414	443	442	39	37	37	8,4	+ 6,8	- 0,2
Sachsen	1 921	1 873	1 825	155	171	166	9,1	- 5,0	- 2,6
Sachsen-Anhalt	1 105	1 060	1 052	78	74	74	7,0	- 4,8	- 0,8
Schleswig-Holstein	1 230	1 245	1 227	128	138	137	11,2	- 0,2	- 1,4
Thüringen	1 082	1 079	1 062	83	92	88	8,3	- 1,8	- 1,6
Deutschland	35 805	36 816	36 536	3 528	3 632	3 654	10,0	+ 2,0	- 0,8
Westdeutschland	28 275	29 442	29 281	2 896	2 960	2 960	10,1	+ 3,6	- 0,5
Ostdeutschland	7 530	7 374	7 255	634	673	673	9,3	- 3,7	- 1,6

8. Erwerbstätige Frauen (Mikrozensus)

Land	Insgesamt (April)			Erwerbstätigenquote der weiblichen Gesamtbevölkerung			Veränderung insgesamt	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Anzahl (1 000)			%				
Baden-Württemberg	2 046	2 190	2 228	38,6	40,7	41,1	+ 8,9	+ 1,7
Bayern	2 437	2 642	2 634	39,5	42,1	41,7	+ 8,1	- 0,3
Berlin	701	684	682	39,4	39,3	39,2	- 2,7	- 0,3
Brandenburg	495	522	520	38,1	39,7	39,7	+ 5,1	- 0,4
Bremen	121	124	121	34,5	36,3	35,4	+ 0,0	- 2,4
Hamburg	349	366	364	39,5	41,3	41,0	+ 4,3	- 0,5
Hessen	1 128	1 229	1 236	36,6	39,7	39,8	+ 9,6	+ 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	343	338	334	37,3	37,8	37,7	- 2,6	- 1,2
Niedersachsen	1 405	1 482	1 480	35,1	36,6	36,4	+ 5,3	- 0,1
Nordrhein-Westfalen	3 007	3 290	3 291	32,6	35,5	35,5	+ 9,4	+ 0,0
Rheinland-Pfalz	700	766	771	34,2	37,2	37,4	+ 10,1	+ 0,7
Saarland	168	184	187	30,1	33,5	34,1	+ 11,3	+ 1,6
Sachsen	853	864	843	36,4	38,1	37,5	- 1,2	- 2,4
Sachsen-Anhalt	494	477	485	35,4	35,7	36,8	- 1,8	+ 1,7
Schleswig-Holstein	520	550	543	37,0	38,5	37,8	+ 4,4	- 1,3
Thüringen	486	480	480	38,1	38,9	39,2	- 1,2	+ 0,0
Deutschland	15 256	16 187	16 200	36,3	38,4	38,4	+ 6,2	+ 0,1
Westdeutschland	11 881	12 823	12 855	36,0	38,5	38,3	+ 8,2	+ 0,2
Ostdeutschland	3 372	3 365	3 344	37,4	38,3	38,6	- 0,8	- 0,6

9. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Insgesamt (30.6.)			Darunter Teilzeitkräfte			Insgesamt je 1 000 Einw.	Veränderung insgesamt	
	1997	2001	2002	2001	2002	2002		02/97	02/01
	Anzahl (1 000)			%			Anzahl	%	
Baden-Württemberg	3 661,0	3 850,9	3 851,4	559,1	582,1	15,1	362,3	+ 5,2	+ 0,0
Bayern	4 169,0	4 431,0	4 420,6	652,7	679,4	15,4	357,8	+ 6,0	- 0,2
Berlin	1 159,0	1 125,7	1 103,8	189,8	194,1	17,6	325,7	- 4,8	- 1,9
Brandenburg	855,0	778,8	759,8	97,5	99,9	13,1	293,7	- 11,1	- 2,4
Bremen	283,0	286,5	284,7	47,9	49,2	17,3	430,8	+ 0,6	- 0,6
Hamburg	732,0	774,9	768,7	121,9	124,4	16,2	445,4	+ 5,0	- 0,8
Hessen	2 097,0	2 203,3	2 192,6	337,9	350,7	16,0	360,4	+ 4,6	- 0,5
Mecklenburg-Vorpommern	616,0	565,8	548,8	72,3	72,5	13,2	313,1	- 10,9	- 3,0
Niedersachsen	2 340,0	2 420,1	2 411,6	396,3	410,8	17,0	302,6	+ 3,1	- 0,4
Nordrhein-Westfalen	5 741,0	5 929,6	5 889,8	844,9	882,6	15,0	326,1	+ 2,6	- 0,7
Rheinland-Pfalz	1 158,0	1 194,2	1 195,7	193,4	201,2	16,8	295,3	+ 3,3	+ 0,1
Saarland	339,0	357,3	353,5	47,6	49,7	14,1	331,9	+ 4,3	- 1,1
Sachsen	1 589,0	1 476,8	1 421,2	209,2	203,6	14,3	325,5	- 10,6	- 3,8
Sachsen-Anhalt	903,0	808,4	784,2	99,7	102,4	13,1	305,7	- 13,2	- 3,0
Schleswig-Holstein	801,0	819,1	814,0	141,3	144,8	17,8	289,7	+ 1,6	- 0,6
Thüringen	838,0	794,7	770,8	108,0	107,7	14,0	320,9	- 8,0	- 3,0
Deutschland	27 280,0	27 817,1	27 571,1	4 119,5	4 255,0	15,4	334,3	+ 1,1	- 0,9
Westdeutschland	21 321,0	22 266,9	22 182,5	3 343,0	3 474,9	15,7	339,1	+ 4,0	- 0,4
Ostdeutschland	5 960,0	5 550,2	5 388,6	776,5	780,1	14,5	315,8	- 9,6	- 2,9

10. Arbeitslose und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen)			Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	1998	2002	2003	30.06.98	30.06.02	30.06.03	03/98	03/02
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	331 410	279 801	326 093	7,5	5,7	6,6	- 1,6	+ 16,5
Bayern	373 948	353 637	415 368	7,3	6,3	7,3	+ 11,1	+ 17,5
Berlin	266 959	284 613	306 947	17,5	18,7	20,3	+ 15,0	+ 7,8
Brandenburg	209 558	231 750	249 775	17,8	18,5	20,2	+ 19,2	+ 7,8
Bremen	45 129	40 414	42 116	16,2	13,6	14,3	- 6,7	+ 4,2
Hamburg	88 539	77 242	86 221	12,4	10,1	11,2	- 2,6	+ 11,6
Hessen	243 461	209 772	237 433	9,6	7,6	8,6	- 2,5	+ 13,2
Mecklenburg-Vorpommern	160 953	161 133	176 247	19,2	19,0	21,2	+ 9,5	+ 9,4
Niedersachsen	376 321	355 109	364 097	11,6	10,0	10,2	- 3,2	+ 2,5
Nordrhein-Westfalen	844 937	793 162	863 108	11,5	9,9	10,7	+ 2,2	+ 8,8
Rheinland-Pfalz	147 684	139 082	149 113	9,1	7,7	8,2	+ 1,0	+ 7,2
Saarland	51 386	45 292	47 667	12,2	9,8	10,3	- 7,2	+ 5,2
Sachsen	360 991	405 681	392 425	17,8	19,4	18,9	+ 8,7	- 3,3
Sachsen-Anhalt	258 818	262 373	263 673	20,6	21,1	21,6	+ 1,9	+ 0,5
Schleswig-Holstein	120 155	114 893	131 817	10,4	9,2	10,6	+ 9,7	+ 14,7
Thüringen	194 805	200 407	205 325	17	17,1	17,7	+ 5,4	+ 2,5
Deutschland	4 075 054	3 954 361	4 257 425	11,7	10,5	11,3	+ 4,5	+ 7,7
Westdeutschland	2 622 970	2 408 404	2 663 033	10,0	8,4	9,0	+ 1,5	+ 10,6
Ostdeutschland	1 452 084	1 545 957	1 594 392	18,4	19,3	19,8	+ 9,8	+ 3,1

11. Langzeitarbeitslose und Anteil an der Zahl der Arbeitslosen

Land	Langzeitarbeitslose			Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen			Veränderung der Zahl der Langzeitarbeitslosen	
	1998	2002	30.06.03	1998	2002	30.06.03	03/98	03/02
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	124 386	73 588	84 231	35,4	25,0	25,8	- 32,3	+ 14,5
Bayern	128 257	86 113	104 893	30,9	22,3	25,3	- 18,2	+ 21,8
Berlin	90 653	96 019	114 682	33,2	33,3	37,4	+ 26,5	+ 19,4
Brandenburg	74 734	91 599	107 646	33,9	38,5	43,1	+ 44,0	+ 17,5
Bremen	18 168	14 575	15 752	39,2	36,0	37,4	- 13,3	+ 8,1
Hamburg	33 443	20 911	24 514	37,0	27,0	28,4	- 26,7	+ 17,2
Hessen	91 116	59 313	67 863	35,9	27,8	28,6	- 25,5	+ 14,4
Mecklenburg-Vorpommern	54 108	57 769	72 631	31,6	34,0	41,2	+ 34,2	+ 25,7
Niedersachsen	153 023	115 146	124 753	38,3	31,8	34,3	- 18,5	+ 8,3
Nordrhein-Westfalen	346 778	279 453	308 413	40,5	34,4	35,7	- 11,1	+ 10,4
Rheinland-Pfalz	54 460	40 693	42 588	34,8	28,3	28,6	- 21,8	+ 4,7
Saarland	23 038	15 736	16 754	43,6	34,6	35,1	- 27,3	+ 6,5
Sachsen	128 250	159 126	174 671	33,5	39,3	44,5	+ 36,2	+ 9,8
Sachsen-Anhalt	95 092	101 244	116 333	34,9	38,9	44,1	+ 22,3	+ 14,9
Schleswig-Holstein	41 968	34 352	39 055	32,7	28,3	29,6	- 6,9	+ 13,7
Thüringen	66 070	67 447	80 845	31,6	33,5	39,4	+ 22,4	+ 19,9
Deutschland	1 523 544	1 313 083	1 495 624	35,6	32,3	35,1	- 1,8	+ 13,9
Westdeutschland	1 014 637	739 880	828 816	36,9	29,6	31,1	- 18,3	+ 12,0
Ostdeutschland	508 907	573 203	666 808	33,3	36,7	41,8	+ 31,0	+ 16,3

12. Arbeitslose Frauen und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen)			Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	1998	2002	2003	30.06.98	30.06.02	30.06.03	03/98	03/02
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	153 275	128 455	146 713	7,7	5,6	6,3	- 4,3	+ 14,2
Bayern	178 230	164 432	191 065	7,7	6,1	7,0	+ 7,2	+ 16,2
Berlin	117 516	117 935	126 733	15,9	15,9	17,2	+ 7,8	+ 7,5
Brandenburg	114 193	112 602	120 503	20,1	18,4	19,9	+ 5,5	+ 7,0
Bremen	17 994	16 181	15 936	14,4	11,7	11,5	- 11,4	- 1,5
Hamburg	35 329	30 499	34 015	10,4	8,2	9,1	- 3,7	+ 11,5
Hessen	105 517	90 359	100 016	9,3	7,0	7,7	- 5,2	+ 10,7
Mecklenburg-Vorpommern	86 227	76 652	82 509	21,4	18,6	20,4	- 4,3	+ 7,6
Niedersachsen	169 890	155 538	153 367	11,9	9,4	9,2	- 9,7	- 1,4
Nordrhein-Westfalen	361 694	329 120	347 194	11,5	8,8	9,3	- 4,0	+ 5,5
Rheinland-Pfalz	65 313	61 836	64 037	9,4	7,4	7,6	- 2,0	+ 3,6
Saarland	20 068	18 678	19 282	11,6	9,0	9,2	- 3,9	+ 3,2
Sachsen	203 952	201 662	199 169	20,7	19,8	19,7	- 2,3	- 1,2
Sachsen-Anhalt	141 837	132 742	132 195	23,3	21,9	22,1	- 6,8	- 0,4
Schleswig-Holstein	50 155	46 463	53 194	9,6	7,8	8,9	+ 6,1	+ 14,5
Thüringen	109 382	102 843	104 956	19,8	18,1	18,7	- 4,0	+ 2,1
Deutschland	1 930 572	1 785 997	1 890 884	12,3	10,0	10,6	- 2,1	+ 5,9
Westdeutschland	1 157 465	1 041 561	1 124 819	9,9	7,8	8,1	- 2,8	+ 8,0
Ostdeutschland	773 107	744 436	766 065	20,7	19,3	19,5	- 0,9	+ 2,9

¹⁾ Die Arbeitslosenquoten beziehen sich auf das Bundesgebiet West (= früheres Bundesgebiet) bzw. Ost (= Beitrittsgebiet). Sie sind mit der sonstigen Aufteilung (Ostdeutschland = 5 ostdeutsche Länder plus Berlin) nicht kompatibel, da von der BA für Arbeit Westberlin zum Bundesgebiet West gerechnet wird.

Wirtschaft und Einkommen

13. Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1995)

Land	Insgesamt			Je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	260 837	287 019	287 362	51 909	53 475	53 621	+ 10,2	+ 0,1
Bayern	306 655	345 694	347 816	51 807	54 914	55 383	+ 13,4	+ 0,6
Berlin	73 640	73 074	72 555	47 471	46 958	47 328	- 1,5	- 0,7
Brandenburg	38 960	42 055	41 826	36 522	40 246	40 875	+ 7,4	- 0,5
Bremen	20 058	21 383	21 556	52 152	54 692	55 337	+ 7,5	+ 0,8
Hamburg	65 392	69 953	70 243	65 110	66 455	67 175	+ 7,4	+ 0,4
Hessen	165 891	183 423	184 073	57 881	60 680	61 169	+ 11,0	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	27 246	27 950	27 904	35 820	38 049	38 552	+ 2,4	- 0,2
Niedersachsen	159 226	170 502	170 958	47 785	48 940	49 044	+ 7,4	+ 0,3
Nordrhein-Westfalen	414 747	436 613	435 658	52 870	51 996	52 212	+ 5,0	- 0,2
Rheinland-Pfalz	82 207	87 257	88 089	49 333	49 526	50 001	+ 7,2	+ 1,0
Saarland	22 519	24 092	24 301	47 210	47 097	48 067	+ 7,9	+ 0,9
Sachsen	68 854	71 385	71 430	34 929	36 668	37 104	+ 3,7	+ 0,1
Sachsen-Anhalt	39 455	40 424	40 451	36 102	38 941	39 619	+ 2,5	+ 0,1
Schleswig-Holstein	58 532	61 778	62 125	48 698	49 662	50 350	+ 6,1	+ 0,6
Thüringen	36 181	38 198	37 953	34 654	35 725	36 249	+ 4,9	- 0,6
Deutschland	1 840 400	1 980 800	1 984 300	49 462	50 898	51 290	+ 7,8	+ 0,2
Westdeutschland	1 556 064	1 687 714	1 692 181	52 355	53 532	53 866	+ 8,7	+ 0,3
Ostdeutschland	284 336	293 086	292 119	37 978	39 661	40 164	+ 2,7	- 0,3

14. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Land	Insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
	1997	2001	2002	Landwirtschaft	Prod. Gew.	Dienstleistungen	02/97	02/01
	1 000			2002			%	
Baden-Württemberg	5 024,9	5 367,4	5 359,1	2,2	35,0	62,8	+ 6,7	- 0,2
Bayern	5 919,2	6 295,2	6 280,2	3,7	30,7	65,6	+ 6,1	- 0,2
Berlin	1 551,3	1 556,2	1 533,0	0,5	16,5	83,0	- 1,2	- 1,5
Brandenburg	1 066,8	1 044,9	1 023,3	4,1	26,0	69,8	- 4,1	- 2,1
Bremen	384,6	391,0	389,5	0,4	23,5	76,1	+ 1,3	- 0,4
Hamburg	1 004,3	1 052,6	1 045,7	0,5	16,6	82,9	+ 4,1	- 0,7
Hessen	2 866,1	3 022,8	3 009,2	1,6	25,1	73,3	+ 5,0	- 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	760,6	734,6	723,8	4,7	21,9	73,4	- 4,8	- 1,5
Niedersachsen	3 332,1	3 483,9	3 485,8	3,6	26,4	70,0	+ 4,6	+ 0,1
Nordrhein-Westfalen	7 844,7	8 397,0	8 344,1	1,5	27,3	71,2	+ 6,4	- 0,6
Rheinland-Pfalz	1 666,4	1 761,8	1 761,7	3,1	28,2	68,8	+ 5,7	- 0,0
Saarland	477,0	511,5	505,6	0,8	30,2	69,0	+ 6,0	- 1,2
Sachsen	1 971,3	1 946,8	1 925,1	2,6	29,5	67,9	- 2,3	- 1,1
Sachsen-Anhalt	1 092,9	1 038,1	1 021,0	3,5	26,4	70,0	- 6,6	- 1,6
Schleswig-Holstein	1 201,9	1 244,0	1 233,9	3,6	21,5	74,9	+ 2,7	- 0,8
Thüringen	1 044,1	1 069,2	1 047,0	3,2	30,9	65,9	+ 0,3	- 2,1
Deutschland	37 208,0	38 917,0	38 688,0	2,5	27,9	69,7	+ 4,0	- 0,6
Westdeutschland	29 721,1	31 527,2	31 414,8	2,4	28,5	69,1	+ 5,7	- 0,4
Ostdeutschland	7 486,9	7 389,8	7 273,2	2,8	25,3	71,9	- 2,9	- 1,6

15. Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei in Preisen von 1995

Land	Landwirtschaft			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS	
	1997	2001	2002	1997	2002			02/97	02/01
	Mio. €			%		€		%	
Baden-Württemberg	2 759	2 600	2 565	1,1	0,9	10,6	22 030	- 7,0	- 1,4
Bayern	3 984	4 316	4 381	1,4	1,3	18,1	19 079	+ 10,0	+ 1,5
Berlin	172	90	89	0,2	0,1	0,4	12 601	- 48,1	- 1,5
Brandenburg	942	1 146	1 092	2,6	2,7	4,5	25 930	+ 15,9	- 4,7
Bremen	62	35	33	0,3	0,2	0,1	22 445	- 46,6	- 5,3
Hamburg	166	135	133	0,3	0,2	0,5	24 359	- 19,6	- 1,5
Hessen	1 049	1 051	1 005	0,7	0,6	4,1	20 817	- 4,2	- 4,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 048	1 209	1 151	4,1	4,3	4,8	33 537	+ 9,9	- 4,8
Niedersachsen	3 750	4 550	4 435	2,5	2,7	18,3	35 535	+ 18,3	- 2,5
Nordrhein-Westfalen	3 298	3 630	3 667	0,8	0,9	15,1	29 567	+ 11,2	+ 1,0
Rheinland-Pfalz	1 488	1 181	1 277	1,9	1,5	5,3	23 593	- 14,1	+ 8,2
Saarland	77	70	75	0,4	0,3	0,3	17 644	- 2,7	+ 6,4
Sachsen	1 024	1 116	1 075	1,6	1,6	4,4	21 654	+ 5,0	- 3,6
Sachsen-Anhalt	1 021	1 137	1 043	2,7	2,7	4,3	29 054	+ 2,2	- 8,3
Schleswig-Holstein	1 346	1 424	1 398	2,4	2,3	5,8	31 764	+ 3,8	- 1,8
Thüringen	756	858	811	2,2	2,2	3,3	24 221	+ 7,2	- 5,6
Deutschland	22 940	24 550	24 230	1,3	1,3	100,0	25 372	+ 5,6	- 1,3
Westdeutschland	17 978	18 992	18 969	1,2	1,2	78,3	25 209	+ 5,5	- 0,1
Ostdeutschland	4 962	5 558	5 261	1,8	1,9	21,7	25 977	+ 6,0	- 5,3

16. Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in Preisen von 1995

Land	Produzierendes Gewerbe			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS	
	1997	2001	2002	1997	2002			02/97	02/01
	Mio. €			%		€	%		
Baden-Württemberg	93 512	102 091	100 565	37,9	36,2	18,7	53 622	+ 7,5	- 1,5
Bayern	92 173	99 012	98 509	31,8	29,3	18,3	51 059	+ 6,9	- 0,5
Berlin	15 624	13 160	12 316	22,4	17,6	2,3	48 699	- 21,2	- 6,4
Brandenburg	11 790	10 875	10 766	32,0	26,6	2,0	40 401	- 8,7	- 1,0
Bremen	5 419	5 668	5 787	28,5	27,8	1,1	63 213	+ 6,8	+ 2,1
Hamburg	11 560	11 872	11 643	18,7	17,1	2,2	67 055	+ 0,7	- 1,9
Hessen	40 329	41 541	41 227	25,7	23,2	7,7	54 676	+ 2,2	- 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	6 725	5 711	5 685	26,1	21,1	1,1	35 941	- 15,5	- 0,5
Niedersachsen	44 744	48 159	47 599	29,7	28,8	8,9	51 634	+ 6,4	- 1,2
Nordrhein-Westfalen	123 710	116 331	113 891	31,5	27,0	21,2	49 930	- 7,9	- 2,1
Rheinland-Pfalz	25 944	26 135	26 411	33,3	31,0	4,9	53 243	+ 1,8	+ 1,1
Saarland	6 851	6 826	6 848	32,1	29,1	1,3	44 925	- 0,0	+ 0,3
Sachsen	21 321	20 886	20 646	32,7	29,9	3,8	36 336	- 3,2	- 1,1
Sachsen-Anhalt	12 095	10 626	10 741	32,4	27,5	2,0	39 797	- 11,2	+ 1,1
Schleswig-Holstein	13 720	13 542	13 439	24,8	22,4	2,5	50 633	- 2,1	- 0,8
Thüringen	10 933	10 845	10 767	31,9	29,3	2,0	33 270	- 1,5	- 0,7
Deutschland	536 450	543 280	536 840	30,8	28,0	100,0	49 800	+ 0,1	- 1,2
Westdeutschland	457 963	471 177	465 918	31,1	28,5	86,8	52 112	+ 1,7	- 1,1
Ostdeutschland	78 487	72 103	70 922	29,2	25,1	13,2	38 559	- 9,6	- 1,6

17. Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in Preisen von 1995

Land	Dienstleistende Wirtschaftsbereiche			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS	
	1997	2001	2002	1997	2002			02/97	02/01
	Mio. €			%		€	%		
Baden-Württemberg	150 633	171 557	174 779	61,0	62,9	12,9	51 905	+ 16,0	+ 1,9
Bayern	194 117	229 392	233 484	66,9	69,4	17,2	56 654	+ 20,3	+ 1,8
Berlin	53 911	57 081	57 762	77,3	82,3	4,3	45 373	+ 7,1	+ 1,2
Brandenburg	24 147	28 455	28 592	65,5	70,7	2,1	40 007	+ 18,4	+ 0,5
Bremen	13 506	14 877	15 027	71,1	72,1	1,1	50 677	+ 11,3	+ 1,0
Hamburg	50 174	55 321	56 156	81,1	82,7	4,1	64 802	+ 11,9	+ 1,5
Hessen	115 651	133 947	135 785	73,6	76,3	10,0	61 527	+ 17,4	+ 1,4
Mecklenburg-Vorpommern	18 019	19 980	20 150	69,9	74,7	1,5	37 925	+ 11,8	+ 0,8
Niedersachsen	102 226	111 394	113 300	67,8	68,5	8,3	46 450	+ 10,8	+ 1,7
Nordrhein-Westfalen	265 584	300 265	303 768	67,6	72,1	22,4	51 148	+ 14,4	+ 1,2
Rheinland-Pfalz	50 384	56 667	57 503	64,7	67,5	4,2	47 462	+ 14,1	+ 1,5
Saarland	14 388	16 291	16 579	67,5	70,5	1,2	47 517	+ 15,2	+ 1,8
Sachsen	42 832	46 704	47 359	65,7	68,6	3,5	36 227	+ 10,6	+ 1,4
Sachsen-Anhalt	24 232	27 143	27 336	64,9	69,9	2,0	38 222	+ 12,8	+ 0,7
Schleswig-Holstein	40 338	44 493	45 245	72,8	75,3	3,3	48 943	+ 12,2	+ 1,7
Thüringen	22 559	25 061	25 127	65,9	68,5	1,9	36 420	+ 11,4	+ 0,3
Deutschland	1 182 700	1 338 630	1 357 950	67,9	70,8	100,0	50 382	+ 14,8	+ 1,4
Westdeutschland	997 001	1 134 204	1 151 625	67,7	70,4	84,8	53 017	+ 15,5	+ 1,5
Ostdeutschland	185 699	204 426	206 325	69,0	73,0	15,2	39 440	+ 11,1	+ 0,9

18. Unternehmensinsolvenzen

Land	Insolvenzen			Je 10 000 Unternehmen		Veränderung der Zahl der Insolvenzen	
	1997	2001	2002	1997	2002	02/97	02/01
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	2 452	2 723	3 366	61,7	82,2	+ 37,3	+ 23,6
Bayern	3 397	3 943	4 687	70,5	91,8	+ 38,0	+ 18,9
Berlin	1 901	2 108	2 094	185,2	188,7	+ 10,2	- 0,7
Brandenburg	1 319	1 522	1 592	182,0	205,5	+ 20,7	+ 4,6
Bremen	201	184	313	94,1	145,2	+ 55,7	+ 70,1
Hamburg	579	728	809	77,8	104,3	+ 39,7	+ 11,1
Hessen	2 001	2 001	2 231	90,3	96,4	+ 11,5	+ 11,5
Mecklenburg-Vorpommern	741	1 303	1 146	157,2	226,9	+ 54,7	- 12,0
Niedersachsen	1 992	2 869	2 680	83,8	107,8	+ 34,5	- 6,6
Nordrhein-Westfalen	5 369	6 573	9 369	88,7	150,0	+ 74,5	+ 42,5
Rheinland-Pfalz	990	1 281	1 497	68,1	99,9	+ 51,2	+ 16,9
Saarland	354	290	298	105,4	87,6	- 15,8	+ 2,8
Sachsen	2 630	2 682	2 727	206,9	202,1	+ 3,7	+ 1,7
Sachsen-Anhalt	1 327	1 674	2 012	205,2	303,1	+ 51,6	+ 20,2
Schleswig-Holstein	783	1 072	1 388	82,1	139,1	+ 77,3	+ 29,5
Thüringen	1 438	1 325	1 370	204,3	187,3	- 4,7	+ 3,4
Deutschland	27 474	32 278	37 579	98,2	128,7	+ 36,8	+ 16,4
Westdeutschland	18 118	21 664	26 638	78,3	110,6	+ 47,0	+ 23,0
Ostdeutschland	9 356	10 614	10 941	193,1	213,1	+ 16,9	+ 3,1

19. Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen

Land	Anzahl der Unternehmen			Darunter Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz ¹⁾			Veränderung der Zahl der Unternehmen insgesamt	
	1997	2000	2001	1997	2000	2001	01/97	01/00
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	397 126	407 807	409 625	396 110	406 542	408 278	+ 3,1	+ 0,4
Bayern	481 951	505 068	510 432	480 907	503 760	509 102	+ 5,9	+ 1,1
Berlin	102 658	110 806	110 942	102 456	110 604	110 749	+ 8,1	+ 0,1
Brandenburg	72 485	77 379	77 459	72 423	77 314	77 398	+ 6,9	+ 0,1
Bremen	21 362	21 463	21 552	21 263	21 345	21 425	+ 0,9	+ 0,4
Hamburg	74 399	77 007	77 539	74 057	76 610	77 132	+ 4,2	+ 0,7
Hessen	221 533	229 419	231 315	220 930	228 690	230 549	+ 4,4	+ 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	47 126	50 524	50 513	47 081	50 481	50 470	+ 7,2	- 0,0
Niedersachsen	237 660	248 340	248 648	237 118	247 691	247 968	+ 4,6	+ 0,1
Nordrhein-Westfalen	605 079	622 428	624 775	603 270	620 326	622 580	+ 3,3	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	145 295	149 039	149 914	145 041	148 735	149 606	+ 3,2	+ 0,6
Saarland	33 572	34 042	34 029	33 487	33 943	33 939	+ 1,4	- 0,0
Sachsen	127 117	135 869	134 908	127 032	135 784	134 806	+ 6,1	- 0,7
Sachsen-Anhalt	64 670	66 962	66 374	64 611	66 906	66 322	+ 2,6	- 0,9
Schleswig-Holstein	95 356	99 467	99 798	95 141	99 221	99 536	+ 4,7	+ 0,3
Thüringen	70 370	73 530	73 160	70 333	73 487	73 107	+ 4,0	- 0,5
Deutschland	2 797 759	2 909 150	2 920 983	2 791 260	2 901 439	2 912 967	+ 4,4	+ 0,4
Westdeutschland	2 313 333	2 394 080	2 407 627	2 307 324	2 386 863	2 400 115	+ 4,1	+ 0,6
Ostdeutschland	484 426	515 070	513 356	483 936	514 576	512 852	+ 6,0	- 0,3

20. Lieferungen und Leistungen der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen

Land	Lieferungen und Leistungen insgesamt			Darunter Lieferungen und Leistungen von Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € ¹⁾			Veränderung der Lieferungen und Leistungen insgesamt		Anteile d. KMU a.d. Lieferungen u. Leistungen 2001
	1997	2000	2001	1997	2000	2001	01/97	01/00	
	Mio. €						%		
Baden-Württemberg	549 182	661 039	680 407	253 991	274 553	275 425	+ 23,9	+ 2,9	40,5
Bayern	568 669	671 956	701 373	279 608	301 909	304 266	+ 23,3	+ 4,4	43,4
Berlin	102 460	103 275	107 590	51 890	49 812	49 670	+ 5,0	+ 4,2	46,2
Brandenburg	49 435	49 953	50 261	37 248	35 733	35 767	+ 1,7	+ 0,6	71,2
Bremen	42 913	49 363	51 789	18 580	19 711	19 759	+ 20,7	+ 4,9	38,2
Hamburg	208 363	245 417	245 993	55 552	57 765	57 771	+ 18,1	+ 0,2	23,5
Hessen	338 190	381 419	386 040	133 790	143 179	144 127	+ 14,1	+ 1,2	37,3
Mecklenburg-Vorpommern	31 825	32 252	32 981	25 989	26 168	25 994	+ 3,6	+ 2,3	78,8
Niedersachsen	304 299	356 301	371 713	157 141	164 214	163 674	+ 22,2	+ 4,3	44,0
Nordrhein-Westfalen	1 002 878	1 144 553	1 180 224	407 628	429 032	429 043	+ 17,7	+ 3,1	36,4
Rheinland-Pfalz	136 337	147 765	147 691	75 554	80 614	80 811	+ 8,3	- 0,1	54,7
Saarland	36 929	39 086	40 413	18 940	19 166	19 347	+ 9,4	+ 3,4	47,9
Sachsen	80 605	79 184	81 000	66 104	63 518	62 225	+ 0,5	+ 2,3	76,8
Sachsen-Anhalt	45 224	41 569	41 860	35 786	33 867	33 805	- 7,4	+ 0,7	80,8
Schleswig-Holstein	98 796	106 027	108 939	57 186	59 210	59 094	+ 10,3	+ 2,7	54,2
Thüringen	41 834	43 770	44 611	36 492	37 218	36 452	+ 6,6	+ 1,9	81,7
Deutschland	3 637 939	4 152 927	4 272 885	1 711 479	1 795 667	1 797 230	+ 17,5	+ 2,9	42,1
Westdeutschland	3 286 556	3 802 926	3 914 581	1 457 970	1 549 352	1 553 317	+ 19,1	+ 2,9	39,7
Ostdeutschland	351 383	350 003	358 304	253 509	246 316	243 913	+ 2,0	+ 2,4	68,1

¹⁾ bis 1999 weniger als 100 Mio. DM

21. Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz						Veränderung des Gesamtumsatzes	
	insgesamt			darunter Ausland			02/97	02/01
	1997	2001	2002	1997	2001	2002		
Mio. €						%		
Baden-Württemberg	191 574	242 640	237 063	69 110	103 618	102 845	+23,7	-2,3
Bayern	200 294	252 843	256 086	72 961	104 961	112 322	+27,9	+1,3
Berlin	30 474	30 631	29 986	5 424	7 539	7 533	-1,6	-2,1
Brandenburg	13 228	16 503	16 614	1 658	3 096	2 996	+25,6	+0,7
Bremen	16 423	20 800	21 109	7 855	11 090	11 338	+28,5	+1,5
Hamburg	60 620	68 423	66 053	8 281	10 995	10 715	+9,0	-3,5
Hessen	78 144	83 230	82 609	25 498	31 298	32 670	+5,7	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	6 103	8 152	8 030	799	1 701	1 447	+31,6	-1,5
Niedersachsen	105 834	139 612	135 390	36 183	56 527	54 784	+ 27,9	- 3,0
Nordrhein-Westfalen	266 556	296 621	286 895	83 652	105 055	102 382	+7,6	-3,3
Rheinland-Pfalz	56 629	61 848	62 263	23 827	26 068	27 165	+9,9	+0,7
Saarland	15 829	19 975	19 875	5 908	8 632	8 840	+25,6	-0,5
Sachsen	23 095	34 387	34 937	3 431	9 656	10 178	+51,3	+1,6
Sachsen-Anhalt	14 207	20 544	21 185	1 820	3 787	4 157	+49,1	+3,1
Schleswig-Holstein	25 430	27 874	28 077	7 604	8 897	9 627	+10,4	+0,7
Thüringen	13 345	19 731	19 972	2 563	4 619	5 001	+49,7	+1,2
Deutschland	1 117 788	1 343 813	1 326 147	356 575	497 537	504 000	+ 18,6	- 1,3
Westdeutschland	1 017 336	1 213 865	1 195 422	340 880	467 140	472 689	+17,5	-1,5
Ostdeutschland	100 453	129 947	130 725	15 695	30 396	31 312	+30,1	+0,6

22. Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Umsatz			Anteil am Bundesgebiet			Veränderung	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Mio. €			%				
Baden-Württemberg	11 036	11 116	10 825	10,1	12,0	12,4	-1,9	-2,6
Bayern	17 408	17 506	16 447	15,9	18,9	18,9	-5,5	-6,0
Berlin	5 622	3 018	2 519	5,1	3,3	2,9	-55,2	-16,5
Brandenburg	5 767	4 031	3 843	5,3	4,3	4,4	-33,4	-4,7
Bremen	807	760	732	0,7	0,8	0,8	-9,4	-3,7
Hamburg	2 257	2 145	1 788	2,1	2,3	2,1	-20,8	-16,7
Hessen	6 681	6 280	5 868	6,1	6,8	6,7	-12,2	-6,6
Mecklenburg-Vorpommern	3 628	2 268	2 276	3,3	2,4	2,6	-37,3	+0,3
Niedersachsen	9 777	8 473	8 580	9,0	9,1	9,8	-12,2	+1,3
Nordrhein-Westfalen	17 467	15 067	14 043	16,0	16,3	16,1	-19,6	-6,8
Rheinland-Pfalz	4 202	4 276	4 187	3,8	4,6	4,8	-0,4	-2,1
Saarland	1 138	1 084	1 059	1,0	1,2	1,2	-6,9	-2,4
Sachsen	9 535	6 857	6 021	8,7	7,4	6,9	-36,9	-12,2
Sachsen-Anhalt	6 029	3 725	3 547	5,5	4,0	4,1	-41,2	-4,8
Schleswig-Holstein	3 308	2 702	2 461	3,0	2,9	2,8	-25,6	-8,9
Thüringen	4 511	3 375	2 975	4,1	3,6	3,4	-34,0	-11,8
Deutschland	109 170	92 684	87 171	100,0	100,0	100,0	-20,2	-5,9
Westdeutschland	74 080	69 410	65 990	67,9	74,9	75,7	-10,9	-4,9
Ostdeutschland	35 090	23 274	21 181	32,1	25,1	24,3	-39,6	-9,0

23. Gästeübernachtungen

Land	Übernachtungen						Veränderung der Übernachtungen insgesamt	
	insgesamt			darunter von Auslandsgästen			02/97	02/01
	1997	2001	2002	1997	2001	2002		
	Anzahl (1 000)						%	
Baden-Württemberg	34 958	39 290	38 187	4 530	4 960	5 051	+9,2	-2,8
Bayern	66 753	74 508	70 756	7 551	9 109	8 735	+6,0	-5,0
Berlin	7 989	11 345	11 016	2 191	3 030	3 220	+37,9	-2,9
Brandenburg	7 313	8 829	8 501	502	513	488	+16,3	-3,7
Bremen	1 094	1 288	1 261	257	270	259	+15,2	-2,1
Hamburg	4 347	4 770	5 079	952	1 077	1 081	+16,8	+6,5
Hessen	22 825	25 626	24 616	4 215	4 656	4 554	+7,8	-3,9
Mecklenburg-Vorpommern	11 579	19 760	21 006	265	414	469	+81,4	+6,3
Niedersachsen	31 960	33 881	32 968	1 813	1 900	1 837	+3,2	-2,7
Nordrhein-Westfalen	34 277	36 987	36 336	5 421	5 802	5 873	+6,0	-1,8
Rheinland-Pfalz	16 402	18 421	17 992	3 190	3 593	3 590	+9,7	-2,3
Saarland	1 948	2 161	2 092	182	206	204	+7,4	-3,2
Sachsen	12 559	14 538	13 514	843	858	823	+7,6	-7,0
Sachsen-Anhalt	5 063	5 553	5 365	456	302	295	+6,0	-3,4
Schleswig-Holstein	20 776	20 893	20 535	685	829	864	-1,2	-1,7
Thüringen	7 328	8 785	8 286	334	415	398	+13,1	-5,7
Deutschland	287 170	326 633	317 510	33 387	37 933	37 740	+10,6	-2,8
Westdeutschland	235 339	257 823	249 823	28 796	32 402	32 047	+6,2	-3,1
Ostdeutschland	51 831	68 810	67 687	4 591	5 531	5 693	+30,6	-1,6

24. Ausfuhr

Land	Ausfuhr insgesamt			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2002	Veränderung der Ausfuhr insgesamt	
	1997	2001	2002		02/97	02/01
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	77 602	101 343	99 855	15,4	+28,7	-1,5
Bayern	70 718	95 111	97 962	15,1	+38,5	+3,0
Berlin	7 161	8 862	8 846	1,4	+23,5	-0,2
Brandenburg	2 923	4 536	4 487	0,7	+53,5	-1,1
Bremen	8 578	10 096	10 098	1,6	+17,7	+0,0
Hamburg	12 800	23 441	21 452	3,3	+67,6	-8,5
Hessen	26 619	31 630	31 671	4,9	+19,0	+0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 331	2 408	2 091	0,3	+57,1	-13,2
Niedersachsen	33 407	46 518	43 078	6,6	+28,9	-7,4
Nordrhein-Westfalen	95 899	116 562	113 700	17,5	+18,6	-2,5
Rheinland-Pfalz	21 413	24 936	25 539	3,9	+19,3	+2,4
Saarland	6 666	6 303	7 498	1,2	+12,5	+19,0
Sachsen	5 376	12 807	12 642	2,0	+135,2	-1,3
Sachsen-Anhalt	2 481	4 439	5 267	0,8	+112,3	+18,6
Schleswig-Holstein	8 718	10 691	10 421	1,6	+19,5	-2,5
Thüringen	3 095	4 804	4 815	0,7	+55,6	+0,2
Deutschland ¹⁾	454 342	637 307	648 246	100,0	+42,7	+1,7
Westdeutschland	362 421	466 630	461 274	71,2	+27,3	-1,1
Ostdeutschland	22 366	37 857	38 148	5,9	+70,6	+0,8

¹⁾ Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte

25. Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und im Versicherungsgewerbe

Land	je Arbeitnehmer(in) im Januar			Veränderung	
	1998	2002	2003	03/98	03/02
	€			%	
Baden-Württemberg	2 689	2 905	2 999	+ 11,5	+ 3,2
Bayern	2 534	2 853	2 969	+ 17,2	+ 4,1
Berlin	2 544	.	2 887	+ 13,5	.
Brandenburg	1 916	2 092	2 184	+ 14,0	+ 4,4
Bremen	2 713	2 972	3 004	+ 10,7	+ 1,1
Hamburg	2 877	.	3 369	+ 17,1	.
Hessen	2 661	3 055	3 131	+ 17,7	+ 2,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 876	1 966	2 007	+ 7,0	+ 2,1
Niedersachsen	2 492	2 689	2 755	+ 10,6	+ 2,5
Nordrhein-Westfalen	2 565	2 805	2 916	+ 13,7	+ 4,0
Rheinland-Pfalz	2 496	2 729	2 816	+ 12,8	+ 3,2
Saarland	2 427	2 686	2 740	+ 12,9	+ 2,0
Sachsen	1 886	2 038	2 091	+ 10,9	+ 2,6
Sachsen-Anhalt	1 894	2 032	2 108	+ 11,3	+ 3,7
Schleswig-Holstein	2 416	.	2 730	+ 13,0	.
Thüringen	1 820	1 966	2 016	+ 10,8	+ 2,5
Deutschland	2 531	2 751	2 855	+ 12,8	+ 3,8
Westdeutschland	.	.	2 924	.	.
Ostdeutschland	.	.	2 213	.	.

26. Bruttomonatsverdienste der weiblichen Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und im Versicherungsgewerbe

Land	je Arbeitnehmerin im Januar			Veränderung		Abstand zum Gesamtdurchschnitt (Männer und Frauen) in %
	1998	2002	2003	03/98	03/02	
	€			%		
Baden-Württemberg	2 138	2 339	2 423	+ 13,3	+ 3,6	- 19,2
Bayern	2 042	2 346	2 442	+ 19,6	+ 4,1	- 17,8
Berlin	2 254	.	2 564	.	.	- 11,2
Brandenburg	1 792	1 974	2 046	+ 14,2	+ 3,6	- 6,3
Bremen	2 156	2 380	2 454	+ 13,8	+ 3,1	- 18,3
Hamburg	2 449	.	2 887	+ 17,9	.	- 14,3
Hessen	2 272	2 655	2 727	+ 20,0	+ 2,7	- 12,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 728	1 820	1 874	+ 8,4	+ 3,0	- 6,6
Niedersachsen	1 999	2 210	2 281	+14,1	+ 3,2	- 17,2
Nordrhein-Westfalen	2 138	2 366	2 448	+ 14,5	+ 3,5	- 16,0
Rheinland-Pfalz	2 034	2 302	2 382	+ 17,1	+ 3,5	- 15,4
Saarland	1 918	2 143	2 201	+ 14,8	+ 2,7	- 19,7
Sachsen	1 755	1 840	1 885	+ 7,4	+ 2,4	- 9,9
Sachsen-Anhalt	1 759	1 895	1 963	+ 11,6	+ 3,6	- 6,9
Schleswig-Holstein	1 980	.	2 311	+ 16,7	.	- 15,3
Thüringen	1 638	1 750	1 804	+ 10,1	+ 3,1	- 10,5
Deutschland	2 085	2 293	2 390	+ 14,6	+ 4,2	- 16,3
Westdeutschland	.	.	2 432	.	.	- 16,8
Ostdeutschland	.	.	2 010	.	.	- 9,2

Innovation

27. Gewerbeanmeldungen

Land	Anmeldungen			darunter Neuerrichtung			Veränderung der Zahl der Anmeldungen		
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01	
	Anzahl								je 1 000 Einw.
Baden-Württemberg	99 755	91 341	91 310	76 876	71 993	72 125	6,8	- 8,5	- 0,0
Bayern	129 083	121 289	120 573	98 616	94 421	94 107	7,6	- 6,6	- 0,6
Berlin	41 360	31 414	33 875	32 858	25 938	27 467	8,1	- 18,1	+ 7,8
Brandenburg	25 480	21 394	20 275	21 429	18 126	16 953	6,6	- 20,4	- 5,2
Bremen	5 524	5 094	5 025	4 630	4 238	4 147	6,3	- 9,0	- 1,4
Hamburg	19 386	17 694	19 416	15 269	14 323	15 755	9,1	+ 0,2	+ 9,7
Hessen	67 552	63 641	61 113	55 217	49 293	47 763	7,9	- 9,5	- 4,0
Mecklenburg-Vorpommern	16 174	14 072	13 914	13 460	11 929	11 880	6,8	- 14,0	- 1,1
Niedersachsen	62 315	62 214	62 032	48 533	49 484	49 155	6,2	- 0,5	- 0,3
Nordrhein-Westfalen	166 413	150 943	151 693	137 736	122 036	124 656	6,9	- 8,8	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	38 751	37 270	36 778	32 808	29 704	29 952	7,4	- 5,1	- 1,3
Saarland	9 238	8 465	7 853	7 472	6 923	6 487	6,1	- 15,0	- 7,2
Sachsen	45 484	37 926	35 681	36 220	31 720	30 272	6,9	- 21,6	- 5,9
Sachsen-Anhalt	23 103	19 149	17 258	18 752	15 544	14 333	5,6	- 25,3	- 9,9
Schleswig-Holstein	29 627	27 056	27 771	23 285	22 133	22 491	8,0	- 6,3	+ 2,6
Thüringen	23 690	20 016	18 766	19 435	16 091	15 285	6,4	- 20,8	- 6,2
Deutschland	802 935	728 978	723 333	642 596	583 896	582 828	7,1	- 9,9	- 0,8
Westdeutschland	627 644	585 007	583 564	500 442	464 548	466 638	7,1	- 7,0	- 0,2
Ostdeutschland	175 291	143 971	139 769	142 154	119 348	116 190	6,8	- 20,3	- 2,9

28. Gewerbeabmeldungen

Land	Abmeldungen			darunter vollständige Aufgabe			Veränderung der Zahl der Abmeldungen		
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01	
	Anzahl								je 1 000 Einw.
Baden-Württemberg	88 160	81 576	84 108	61 376	60 948	63 813	6,0	- 4,6	+ 3,1
Bayern	106 155	100 008	99 972	66 677	67 925	68 972	5,6	- 5,8	- 0,0
Berlin	36 913	26 893	29 887	26 651	21 386	23 812	7,0	- 19,0	+ 11,1
Brandenburg	21 074	19 793	18 194	15 904	15 869	14 448	5,6	- 13,7	- 8,1
Bremen	4 618	4 467	4 568	3 748	3 756	3 857	5,8	- 1,1	+ 2,3
Hamburg	15 644	13 398	14 158	11 603	10 187	10 953	6,3	- 9,5	+ 5,7
Hessen	59 307	57 146	55 965	44 827	43 747	43 458	7,1	- 5,6	- 2,1
Mecklenburg-Vorpommern	13 053	14 677	14 847	9 590	12 355	12 862	7,3	+ 13,7	+ 1,2
Niedersachsen	50 799	54 898	54 457	35 583	42 433	41 911	5,3	+ 7,2	- 0,8
Nordrhein-Westfalen	143 424	132 746	134 664	111 248	103 267	107 778	6,0	- 6,1	+ 1,4
Rheinland-Pfalz	31 367	31 509	31 558	23 790	24 038	24 988	6,2	+ 0,6	+ 0,2
Saarland	7 466	7 425	7 543	5 293	5 721	5 990	5,6	+ 1,0	+ 1,6
Sachsen	36 995	36 090	34 931	23 599	30 186	29 577	6,8	- 5,6	- 3,2
Sachsen-Anhalt	20 661	20 589	18 149	14 858	17 257	15 472	6,0	- 12,2	- 11,9
Schleswig-Holstein	24 153	23 688	23 928	16 896	17 815	18 259	6,5	- 0,9	+ 1,0
Thüringen	22 075	20 258	18 761	15 724	16 399	15 090	6,3	- 15,0	- 7,4
Deutschland	681 864	645 161	645 690	487 367	493 289	501 240	6,1	- 5,3	+ 0,1
Westdeutschland	531 093	506 861	510 921	381 041	379 837	389 979	6,0	- 3,8	+ 0,8
Ostdeutschland	150 771	138 300	134 769	106 326	113 452	111 261	6,5	- 10,6	- 2,6

29. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Bruttoausgaben			je Beschäft.	Veränderung der Investitionen insgesamt	
	insgesamt		2001		01/96	01/00
	1996	2000		€	%	
	Mio. €					
Baden-Württemberg	7 564,3	9 004,0	9 912,9	7 783	+31,0	+10,1
Bayern	7 596,3	10 622,2	11 374,3	9 332	+49,7	+7,1
Berlin	882,5	925,4	953,0	8 517	+8,0	+3,0
Brandenburg	1 403,3	1 127,5	1 138,2	12 714	-18,9	+0,9
Bremen	374,3	660,8	572,0	8 782	+52,8	-13,4
Hamburg	686,2	822,7	1 026,0	10 217	+49,5	+24,7
Hessen	3 477,7	3 554,7	3 676,6	8 020	+5,7	+3,4
Mecklenburg-Vorpommern	576,0	531,5	471,4	9 705	-18,2	-11,3
Niedersachsen	4 404,1	4 570,6	4 358,8	7 807	- 1,0	- 4,6
Nordrhein-Westfalen	9 828,3	10 901,8	11 318,9	7 790	+15,2	+3,8
Rheinland-Pfalz	2 286,6	2 582,7	2 522,8	8 368	+10,3	-2,3
Saarland	606,8	835,2	842,6	8 050	+38,9	+0,9
Sachsen	2 761,7	2 716,8	3 478,9	15 483	+26,0	+28,1
Sachsen-Anhalt	2 109,5	1 351,5	1 255,7	11 763	-40,5	-7,1
Schleswig-Holstein	770,8	1 016,6	946,0	6 789	+22,7	-6,9
Thüringen	907,8	1 254,4	1 943,3	14 090	+114,1	+54,9
Deutschland	46 236,3	52 478,5	55 791,4	8 727	+ 20,7	+ 6,3
Westdeutschland	37 595,4	44 571,2	46 550,9	8 205	+23,8	+4,4
Ostdeutschland	8 640,9	7 907,2	9 240,5	12 846	+6,9	+16,9

30. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland

Land	Bestand (31.12.)			Veränderung	
	1996	2000	2001	01/96	01/00
	Mio. €			%	
Baden-Württemberg	20 770	52 925	55 780	+ 168,6	+ 5,4
Bayern	17 175	38 143	57 602	+ 235,4	+ 51,0
Berlin	5 617	14 423	13 327	+ 137,3	- 7,6
Brandenburg	588	1 229	1 072	+ 82,3	- 12,8
Bremen	1 504	1 619	1 432	- 4,8	- 11,6
Hamburg	12 940	35 276	39 739	+ 207,1	+ 12,7
Hessen	36 358	95 138	93 528	+ 157,2	- 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	477	756	814	+ 70,8	+ 7,7
Niedersachsen	7 963	11 632	11 617	+ 45,9	- 0,1
Nordrhein-Westfalen	44 309	230 695	170 173	+ 284,1	- 26,2
Rheinland-Pfalz	3 181	10 191	9 891	+ 211,0	- 2,9
Saarland	745	1 105	1 102	+ 47,8	- 0,3
Sachsen	413	1 334	1 489	+ 260,4	+ 11,6
Sachsen-Anhalt	1 061	3 449	3 276	+ 208,8	- 5,0
Schleswig-Holstein	3 077	6 803	7 064	+ 129,5	+ 3,8
Thüringen	816	1 395	1 353	+ 65,9	-3,0
Deutschland	156 993	506 112	469 258	+ 198,9	- 7,3
Westdeutschland	148 022	483 527	447 928	+ 202,6	- 7,4
Ostdeutschland	8 971	22 586	21 331	+ 137,8	- 5,6

31. Patentanmeldungen

Land	Insgesamt			Anmeldungen je 100 000 Einwohner			Veränderung der Anmeldungen	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	10 156	11 884	12 822	98	113	121	+ 26,3	+ 7,9
Bayern	11 132	14 511	14 144	92	118	114	+ 27,1	- 2,5
Berlin	1 313	1 197	1 146	38	35	34	- 12,7	- 4,3
Brandenburg	370	384	367	14	15	14	- 0,8	- 4,4
Bremen	168	197	150	25	30	23	- 10,7	- 23,9
Hamburg	892	1 459	1 213	52	85	70	+ 36,0	- 16,9
Hessen	3 874	4 176	4 133	64	69	68	+ 6,7	- 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	208	179	190	11	10	11	- 8,7	6,1
Niedersachsen	2 877	3 234	2 959	37	41	37	+ 2,9	- 8,5
Nordrhein-Westfalen	9 499	9 880	9 025	53	55	50	- 5,0	- 8,7
Rheinland-Pfalz	1 924	2 440	2 459	48	60	61	+ 27,8	+ 0,8
Saarland	243	357	340	22	33	32	+ 39,9	- 4,8
Sachsen	982	902	848	22	20	19	- 13,6	- 6,0
Sachsen-Anhalt	444	397	361	16	15	14	- 18,7	- 9,1
Schleswig-Holstein	646	661	629	23	24	22	- 2,6	- 4,8
Thüringen	617	792	727	25	33	30	+ 17,8	- 8,2
Deutschland	45 345	52 650	51 513	55	64	62	+ 13,6	- 2,2
Westdeutschland	41 411	48 799	47 874	64	75	73	+ 15,6	- 1,9
Ostdeutschland	3 934	3 851	3 639	22	22	21	- 7,5	- 5,5

Humanpotenzial

32. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss und Anteil an den Absolventen der allgemein bildenden Schulen

Land	Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss			Anteil an den Absolventen der allgemein bildenden Schulen			Veränderung der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	1997	2001 ¹⁾	2002 ²⁾	1997	2001 ¹⁾	2002 ²⁾	02/97	02/01
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	8 875	9 152	9 146	8,1	8,0	7,8	+ 3,1	- 0,1
Bayern	11 574	13 666	12 717	9,0	10,1	9,5	+ 9,9	- 6,9
Berlin	4 455	4 280	4 211	11,9	10,7	10,8	- 5,5	- 1,6
Brandenburg	3 104	3 359	3 283	8,5	8,9	8,9	+ 5,8	- 2,3
Bremen	578	678	607	8,9	9,3	8,6	+ 5,0	- 10,5
Hamburg	1 767	1 867	1 747	11,3	12,5	11,6	- 1,1	- 6,4
Hessen	5 620	6 012	5 419	8,9	9,6	8,8	- 3,6	- 9,9
Mecklenburg-Vorpommern	2 697	3 076	2 886	9,1	13,6	10,7	+ 7,0	- 6,2
Niedersachsen	8 442	8 512	8 675	10,1	10,1	9,7	+ 2,8	+ 1,9
Nordrhein-Westfalen	11 456	13 418	13 685	6,1	6,8	7,0	+ 19,5	+ 2,0
Rheinland-Pfalz	3 908	4 129	3 752	9,4	9,3	8,4	- 4,0	- 9,1
Saarland	1 141	814	1 020	10,9	7,7	9,2	- 10,6	+ 25,3
Sachsen	6 016	6 801	5 951	9,7	11,0	10,1	- 1,1	- 12,5
Sachsen-Anhalt	3 982	5 207	4 893	10,1	17,9	14,2	+ 22,9	- 6,0
Schleswig-Holstein	2 813	3 072	3 144	10,3	11,0	10,9	+ 11,8	+ 2,3
Thüringen	4 189	4 413	3 881	12,3	12,4	11,7	- 7,4	- 12,1
Deutschland	80 617	88 456	85 017	8,8	9,5	9,1	+ 5,5	- 3,9
Westdeutschland	56 174	61 320	59 912	8,3	8,8	8,5	+ 6,7	- 2,3
Ostdeutschland	24 443	27 136	25 105	10,2	12,0	10,9	+ 2,7	- 7,5

33. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife				Veränderung der Quoten	
	Absolventen	Abiturientenquote ¹⁾			02/97	02/01
	2002 ²⁾	1997	2001	2002 ²⁾		
Anzahl	%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	36 705	27,4	29,8	30,6	+ 1,9	+ 0,7
Bayern	27 573	19,6	19,5	20,2	+ 0,3	+ 0,6
Berlin	12 418	33,6	32,3	31,9	- 1,5	- 0,3
Brandenburg	11 607	34,2	30,8	30,8	- 3,9	+ 0,0
Bremen	2 174	29,8	31,6	30,9	- 0,3	- 0,8
Hamburg	5 353	33,5	31,1	30,9	- 3,7	- 0,1
Hessen	18 674	30,4	29,5	28,8	- 1,8	- 0,7
Mecklenburg-Vorpommern	6 453	28,0	4,0	23,5	- 3,9	+ 19,6
Niedersachsen	21 568	25,9	24,3	24,6	- 1,2	+ 0,3
Nordrhein-Westfalen	54 811	28,6	29,4	27,9	- 1,3	- 1,6
Rheinland-Pfalz	11 191	24,6	24,3	24,8	- 0,2	+ 0,5
Saarland	2 426	21,9	22,6	20,9	- 1,2	- 1,7
Sachsen	16 075	32,9	29,1	27,0	- 4,8	- 2,1
Sachsen-Anhalt	9 472	31,0	3,2	26,4	- 2,6	+ 23,3
Schleswig-Holstein	7 415	25,6	25,2	25,5	- 0,3	+ 0,4
Thüringen	9 397	31,5	28,7	27,0	- 2,8	- 1,7
Deutschland	253 312	27,6	25,6	26,7	- 1,2	+ 1,1
Westdeutschland	187 890	26,2	26,4	26,2	- 0,5	- 0,2
Ostdeutschland	65 422	32,1	22,9	27,9	- 3,3	+ 5,0

¹⁾ Prozentanteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung. - ²⁾ Die Angaben für 2002 sind vorläufig. In Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt wurde 2001 der 13. Schuljahrgang eingeführt, daher ist die Zahl der Abiturienten dort außergewöhnlich niedrig.

34. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss

Land	Insgesamt (30.6.)			Anteil an allen Beschäftigten (30.6.)			Veränderung insgesamt	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	292 672	343 220	353 764	8,0	8,9	9,2	+ 20,9	+ 3,1
Bayern	309 346	371 774	383 863	7,4	8,4	8,7	+ 24,1	+ 3,3
Berlin	138 534	138 602	140 438	12,0	12,3	12,7	+ 1,4	+ 1,3
Brandenburg	81 656	72 155	71 630	9,6	9,3	9,4	- 12,3	- 0,7
Bremen	24 670	27 433	28 085	8,7	9,6	9,9	+ 13,8	+ 2,4
Hamburg	71 882	84 459	86 302	9,8	10,9	11,2	+ 20,1	+ 2,2
Hessen	200 174	225 873	230 485	9,5	10,3	10,5	+ 15,1	+ 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	53 064	48 431	47 529	8,6	8,6	8,7	- 10,4	- 1,9
Niedersachsen	136 054	151 760	158 768	5,8	6,3	6,6	+16,7	+4,6
Nordrhein-Westfalen	420 534	477 583	488 789	7,3	8,1	8,3	+ 16,2	+ 2,3
Rheinland-Pfalz	67 449	78 057	79 466	5,8	6,5	6,6	+ 17,8	+ 1,8
Saarland	21 722	23 925	24 729	6,4	6,7	7,0	+ 13,8	+ 3,4
Sachsen	188 149	179 067	177 199	11,8	12,1	12,5	- 5,8	- 1,0
Sachsen-Anhalt	74 502	66 067	65 666	8,3	8,2	8,4	- 11,9	- 0,6
Schleswig-Holstein	40 897	44 293	44 874	5,1	5,4	5,5	+ 9,7	+ 1,3
Thüringen	90 877	83 152	80 458	10,8	10,5	10,4	- 11,5	- 3,2
Deutschland	2 212 182	2 415 851	2 462 045	8,1	8,7	8,9	+11,3	+1,9
Westdeutschland	1 585 400	1 828 377	1 879 125	7,4	8,2	8,5	+ 18,5	+ 2,8
Ostdeutschland	626 782	587 474	582 920	10,5	10,6	10,8	- 7,0	- 0,8

Finanzen

35. Gesamtausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Ausgaben insgesamt ¹⁾			Bereinigte Ausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	38 682	44 906	44 341	3 722	4 252	4 171	+14,6	-1,3
Bayern	46 826	50 650	51 473	3 884	4 125	4 166	+9,9	+1,6
Berlin	21 423	22 576	21 047	6 216	6 671	6 210	-1,8	-6,8
Brandenburg	11 880	12 093	12 326	4 638	4 656	4 765	+3,8	+1,9
Bremen	4 024	4 189	4 215	5 952	6 341	6 379	+4,7	+0,6
Hamburg	9 386	9 568	8 786	5 499	5 565	5 090	-6,4	-8,2
Hessen	25 539	28 055	27 669	4 234	4 620	4 548	+8,3	-1,4
Mecklenburg-Vorpommern	8 903	8 579	8 760	4 903	4 850	4 997	-1,6	+2,1
Niedersachsen	28 385	31 391	31 624	3 624	3 954	3 968	+11,4	+0,7
Nordrhein-Westfalen	71 521	75 010	75 979	3 982	4 162	4 207	+6,2	+1,3
Rheinland-Pfalz	14 735	15 976	15 920	3 675	3 953	3 931	+8,0	-0,3
Saarland	4 214	4 292	4 329	3 892	4 023	4 064	+2,7	+0,9
Sachsen	19 892	18 944	19 177	4 384	4 300	4 392	-3,6	+1,2
Sachsen-Anhalt	12 956	12 369	12 313	4 773	4 757	4 800	-5,0	-0,5
Schleswig-Holstein	10 538	10 856	11 136	3 833	3 884	3 964	+5,7	+2,6
Thüringen	11 369	11 189	10 856	4 575	4 620	4 519	-4,5	-3,0
Deutschland	333 708	351 239	352 104	4 067	4 266	4 269	+5,5	+0,2
Westdeutschland	253 850	274 894	275 472	3 936	4 219	4 211	+8,5	+0,2
Ostdeutschland	86 424	85 749	84 479	4 921	4 992	4 951	-2,3	-1,5

¹⁾ Bei den bereinigten Gesamtausgaben werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

36. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Personalausgaben insgesamt			Personalausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	16 300	17 700	18 286	1 568	1 676	1 720	+12,2	+3,3
Bayern	18 189	19 663	20 255	1 509	1 601	1 639	+11,4	+3,0
Berlin	7 190	7 188	7 270	2 086	2 124	2 145	+1,1	+1,1
Brandenburg	4 071	3 941	3 847	1 589	1 517	1 487	-5,5	-2,4
Bremen	1 328	1 329	1 322	1 964	2 012	2 001	-0,4	-0,5
Hamburg	3 222	3 275	3 319	1 888	1 905	1 923	+3,0	+1,3
Hessen	9 852	9 872	10 168	1 634	1 626	1 671	+3,2	+3,0
Mecklenburg-Vorpommern	2 828	2 846	2 865	1 558	1 609	1 634	+1,3	+0,7
Niedersachsen	12 000	12 027	12 387	1 532	1 515	1 554	+3,2	+3,0
Nordrhein-Westfalen	27 949	28 944	29 887	1 556	1 606	1 655	+6,9	+3,3
Rheinland-Pfalz	6 108	6 552	6 550	1 523	1 621	1 617	+7,2	-0,0
Saarland	1 707	1 814	1 858	1 576	1 700	1 744	+8,9	+2,5
Sachsen	6 384	6 231	6 325	1 407	1 414	1 449	-0,9	+1,5
Sachsen-Anhalt	4 457	4 400	4 404	1 642	1 692	1 717	-1,2	+0,1
Schleswig-Holstein	4 228	4 338	4 507	1 538	1 552	1 604	+6,6	+3,9
Thüringen	3 744	3 691	3 699	1 507	1 524	1 540	-1,2	+0,2
Deutschland	129 558	133 810	136 950	1 579	1 625	1 661	+5,7	+2,3
Westdeutschland	100 883	105 513	108 539	1 564	1 619	1 659	+7,6	+2,9
Ostdeutschland	28 674	28 297	28 410	1 633	1 647	1 665	-0,9	+0,4

37. Sachinvestitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Sachinvestitionen insgesamt			Sachinvestitionen je Einwohner			Veränderung insgesamt	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	4 127	4 876	5 172	397	462	487	+25,3	+6,1
Bayern	6 225	6 495	6 151	516	529	498	-1,2	-5,3
Berlin	617	372	323	179	110	95	-47,6	-13,1
Brandenburg	1 742	1 554	1 491	680	598	576	-14,4	-4,1
Bremen	230	271	231	340	410	350	+0,4	-14,8
Hamburg	625	575	427	366	335	247	-31,7	-25,8
Hessen	2 054	2 264	2 321	341	373	382	+13,0	+2,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 263	961	888	696	543	507	-29,7	-7,6
Niedersachsen	2 357	2 440	2 272	301	307	285	-3,6	-6,9
Nordrhein-Westfalen	5 066	4 530	4 410	282	251	244	-12,9	-2,6
Rheinland-Pfalz	1 527	1 674	1 375	381	414	340	-9,9	-17,9
Saarland	248	268	225	230	252	211	-9,5	-16,2
Sachsen	2 743	2 204	2 093	605	500	479	-23,7	-5,0
Sachsen-Anhalt	1 716	1 422	1 233	632	547	481	-28,2	-13,3
Schleswig-Holstein	1 003	929	881	365	332	314	-12,2	-5,1
Thüringen	1 459	1 329	1 256	587	549	523	-13,9	-5,5
Deutschland	33 002	32 164	30 749	402	391	373	-6,8	-4,4
Westdeutschland	23 462	24 322	23 465	364	373	359	+0,0	-3,5
Ostdeutschland	9 541	7 843	7 284	543	457	427	-23,7	-7,1

38. Gesamteinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Einnahmen insgesamt ¹⁾			Bereinigte Einnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	37 535	41 422	41 801	3 612	3 922	3 932	+11,4	+0,9
Bayern	44 516	49 071	48 115	3 692	3 997	3 894	+8,1	-1,9
Berlin	19 314	17 339	16 104	5 604	5 124	4 751	-16,6	-7,1
Brandenburg	10 888	11 378	10 711	4 250	4 381	4 141	-1,6	-5,9
Bremen	4 073	3 883	3 620	6 024	5 879	5 479	-11,1	-6,8
Hamburg	8 562	8 141	7 840	5 016	4 735	4 542	-8,4	-3,7
Hessen	24 108	26 962	24 974	3 997	4 440	4 105	+3,6	-7,4
Mecklenburg-Vorpommern	8 029	7 931	10 711	4 422	4 483	6 110	+33,4	+35,1
Niedersachsen	26 671	27 170	27 598	3 405	3 422	3 463	+3,5	+1,6
Nordrhein-Westfalen	65 824	67 149	69 340	3 665	3 726	3 839	+5,3	+3,3
Rheinland-Pfalz	13 404	14 413	13 932	3 343	3 567	3 440	+3,9	-3,3
Saarland	4 438	4 190	3 986	4 099	3 926	3 742	-10,2	-4,9
Sachsen	18 830	18 775	18 231	4 150	4 261	4 175	-3,2	-2,9
Sachsen-Anhalt	11 195	11 198	10 606	4 124	4 307	4 135	-5,3	-5,3
Schleswig-Holstein	9 852	10 442	9 881	3 583	3 736	3 517	+0,3	-5,4
Thüringen	10 099	10 412	9 722	4 064	4 299	4 047	-3,7	-6,6
Deutschland	310 773	320 472	316 195	3 787	3 892	3 834	+1,7	-1,3
Westdeutschland	238 981	252 843	251 087	3 705	3 881	3 839	+5,1	-0,7
Ostdeutschland	78 355	77 032	76 085	4 462	4 484	4 459	-2,9	-1,2

¹⁾ Bei den bereinigten Gesamteinnahmen werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

39. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Steuereinnahmen insgesamt			Steuereinnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	26 598	30 342	29 266	2 559	2 873	2 753	+10,0	-3,5
Bayern	30 924	34 623	34 098	2 565	2 820	2 760	+10,3	-1,5
Berlin	8 001	8 035	7 667	2 321	2 374	2 262	-4,2	-4,6
Brandenburg	4 959	5 436	5 064	1 936	2 093	1 958	+2,1	-6,8
Bremen	1 921	1 765	1 775	2 841	2 672	2 686	-7,6	+0,6
Hamburg	6 103	6 724	6 878	3 576	3 911	3 985	+12,7	+2,3
Hessen	16 996	19 636	18 218	2 818	3 234	2 995	+7,2	-7,2
Mecklenburg-Vorpommern	3 446	3 671	3 384	1 898	2 075	1 930	-1,8	-7,8
Niedersachsen	17 814	18 925	18 120	2 274	2 384	2 274	+1,7	-4,3
Nordrhein-Westfalen	46 359	47 379	49 121	2 581	2 629	2 720	+6,0	+3,7
Rheinland-Pfalz	8 958	9 301	9 091	2 234	2 302	2 245	+1,5	-2,3
Saarland	2 364	2 470	2 312	2 183	2 315	2 171	-2,2	-6,4
Sachsen	8 748	9 365	8 608	1 928	2 126	1 971	-1,6	-8,1
Sachsen-Anhalt	5 099	5 465	5 050	1 878	2 102	1 969	-1,0	-7,6
Schleswig-Holstein	6 555	6 844	6 587	2 384	2 449	2 345	+0,5	-3,8
Thüringen	4 625	5 024	4 608	1 861	2 075	1 918	-0,4	-8,3
Deutschland	199 470	215 006	209 847	2 431	2 611	2 544	+5,2	-2,4
Westdeutschland	164 593	178 009	175 466	2 552	2 732	2 682	+6,6	-1,4
Ostdeutschland	34 878	36 997	34 381	1 986	2 154	2 015	-1,4	-7,1

40. Kreditmarktschulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Schulden insgesamt (31.12.)			Schulden je Einwohner (31.12.)			Veränderung insgesamt	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	34 702	39 060	39 897	3 339	3 699	3 753	+15,0	+2,1
Bayern	29 766	30 604	32 359	2 469	2 493	2 619	+8,7	+5,7
Berlin	27 120	38 350	44 647	7 869	11 332	13 172	+64,6	+16,4
Brandenburg	12 612	15 312	16 447	4 923	5 895	6 358	+30,4	+7,4
Bremen	8 666	8 894	9 584	12 817	13 465	14 505	+10,6	+7,8
Hamburg	14 629	17 624	18 183	8 571	10 251	10 535	+24,3	+3,2
Hessen	29 378	30 582	32 553	4 871	5 036	5 351	+10,8	+6,4
Mecklenburg-Vorpommern	7 836	10 248	10 807	4 316	5 793	6 165	+37,9	+5,5
Niedersachsen	40 806	44 663	47 857	5 210	5 626	6 005	+17,3	+7,2
Nordrhein-Westfalen	95 820	107 599	112 770	5 335	5 970	6 244	+17,7	+4,8
Rheinland-Pfalz	20 387	23 889	25 278	5 084	5 912	6 242	+24,0	+5,8
Saarland	7 740	7 099	7 465	7 149	6 653	7 009	-3,6	+5,2
Sachsen	14 676	15 725	16 022	3 234	3 569	3 669	+9,2	+1,9
Sachsen-Anhalt	13 654	17 712	18 981	5 030	6 813	7 399	+39,0	+7,2
Schleswig-Holstein	16 384	18 436	19 462	5 959	6 597	6 927	+18,8	+5,6
Thüringen	11 167	14 556	15 124	4 494	6 010	6 296	+35,4	+3,9
Deutschland	385 342	440 353	467 436	4 696	5 348	5 668	+21,3	+6,2
Westdeutschland	298 278	328 450	345 408	4 624	5 041	5 281	+15,8	+5,2
Ostdeutschland	87 064	111 903	122 028	4 958	6 514	7 152	+40,2	+9,0

Soziale Probleme, Sicherheit

41. Reine Ausgaben der Sozialhilfe

Land	Ausgaben absolut			Ausgaben je Einwohner			Veränderung der Ausgaben	
	1997	2000	2001	1997	2000	2001	01/97	01/00
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	1 857	1 850	1 869	179	176	177	+ 0,6	+ 1,0
Bayern	2 043	2 286	2 353	169	188	192	+ 15,2	+ 2,9
Berlin	1 543	1 686	1 739	448	498	514	+ 12,7	+ 3,1
Brandenburg	381	438	457	149	169	176	+ 19,8	+ 4,3
Bremen	381	389	393	564	588	595	+ 3,0	+ 1,0
Hamburg	877	918	905	514	537	527	+ 3,2	- 1,4
Hessen	1 751	1 795	1 885	290	296	310	+ 7,6	+ 5,0
Mecklenburg-Vorpommern	300	333	356	165	187	202	+ 18,7	+ 6,9
Niedersachsen	2 145	2 234	2 282	274	282	287	+ 6,4	+ 2,1
Nordrhein-Westfalen	5 193	5 426	5 366	289	302	298	+ 3,3	- 1,1
Rheinland-Pfalz	920	910	913	229	226	226	- 0,8	+ 0,2
Saarland	305	308	308	282	288	288	+ 0,7	- 0,0
Sachsen	493	551	614	109	124	139	+ 24,5	+ 11,5
Sachsen-Anhalt	435	497	513	160	189	197	+ 18,1	+ 3,2
Schleswig-Holstein	835	892	909	304	321	325	+ 8,9	+ 1,9
Thüringen	315	349	351	127	143	145	+ 11,2	+ 0,5
Deutschland	19 775	20 863	21 213	241	254	258	+ 7,3	+ 1,7
Westdeutschland	16 308	17 008	17 183	253	262	264	+ 5,4	+ 1,0
Ostdeutschland	3 468	3 855	4 030	197	223	235	+ 16,2	+ 4,5

42. Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger (HLU) außerhalb von Einrichtungen

Land	Empfänger insgesamt (31.12.)			Empfänger je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Empfänger	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Anzahl			Anzahl			%	
Baden-Württemberg	253 891	209 488	222 670	24	20	21	- 12,3	+ 6,3
Bayern	246 643	211 787	224 263	20	17	18	- 9,1	+ 5,9
Berlin	268 393	261 733	251 747	78	77	74	- 6,2	- 3,8
Brandenburg	55 230	65 861	71 227	21	25	28	+ 29,0	+ 8,1
Bremen	71 348	60 678	58 888	106	92	89	- 17,5	- 2,9
Hamburg	143 954	117 431	120 884	84	68	70	- 16,0	+ 2,9
Hessen	262 196	229 344	239 189	43	38	39	- 8,8	+ 4,3
Mecklenburg-Vorpommern	46 562	56 863	61 972	26	32	36	+ 33,1	+ 9,0
Niedersachsen	337 340	306 767	312 782	43	39	39	- 7,3	+ 2,0
Nordrhein-Westfalen	695 116	659 367	653 743	39	37	36	- 6,0	- 0,9
Rheinland-Pfalz	123 277	100 067	102 399	31	25	25	- 16,9	+ 2,3
Saarland	53 886	45 748	44 865	50	43	42	- 16,7	- 1,9
Sachsen	89 558	118 415	126 310	20	27	29	+ 41,0	+ 6,7
Sachsen-Anhalt	73 165	87 987	93 492	27	34	37	+ 27,8	+ 6,3
Schleswig-Holstein	123 780	117 086	119 818	45	42	43	- 3,2	+ 2,3
Thüringen	48 839	50 240	52 963	20	21	22	+ 8,4	+ 5,4
Deutschland	2 893 178	2 698 862	2 757 212	35	33	33	- 4,7	+ 2,2
Westdeutschland	2 311 431	2 057 763	2 099 501	36	32	32	- 9,2	+ 2,0
Ostdeutschland	581 747	641 099	657 711	33	37	39	+ 13,1	+ 2,6

43. Sozialhilfeempfängerinnen (HLU) außerhalb von Einrichtungen

Land	Empfängerinnen insgesamt (31.12.)			Empfängerinnen je 1 000 weibliche Einwohner			Veränderung der Zahl der Empfängerinnen	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Anzahl			Anzahl			%	
Baden-Württemberg	142 801	119 406	125 673	27	22	23	- 12,0	+ 5,2
Bayern	141 071	121 468	127 263	23	19	20	- 9,8	+ 4,8
Berlin	141 653	136 579	132 185	80	79	76	- 6,7	- 3,2
Brandenburg	29 888	35 749	38 542	23	27	30	+ 29,0	+ 7,8
Bremen	40 362	34 051	33 068	116	100	97	- 18,1	- 2,9
Hamburg	77 301	63 432	64 904	88	72	73	- 16,0	+ 2,3
Hessen	144 499	128 122	132 860	47	41	43	- 8,1	+ 3,7
Mecklenburg-Vorpommern	25 029	30 734	33 132	27	34	38	+ 32,4	+ 7,8
Niedersachsen	188 258	172 311	175 258	47	42	43	- 6,9	+ 1,7
Nordrhein-Westfalen	402 681	382 604	376 378	44	41	41	- 6,5	- 1,6
Rheinland-Pfalz	70 735	58 442	59 270	35	28	29	- 16,2	+ 1,4
Saarland	30 952	26 442	25 928	56	48	47	- 16,2	- 1,9
Sachsen	49 765	66 289	70 187	21	29	31	+ 41,0	+ 5,9
Sachsen-Anhalt	39 084	47 681	50 224	28	36	38	+ 28,5	+ 5,3
Schleswig-Holstein	69 915	65 932	66 876	50	46	46	- 4,3	+ 1,4
Thüringen	26 902	28 004	29 223	21	23	24	+ 8,6	+ 4,4
Deutschland	1 620 896	1 517 246	1 540 971	39	36	37	- 4,9	+ 1,6
Westdeutschland	1 308 575	1 172 210	1 187 478	40	35	35	- 9,3	+ 1,3
Ostdeutschland	312 321	345 036	353 493	35	39	41	+ 13,2	+ 2,5

44. Alleinerziehende

Land	Zahl der Alleinerziehenden			Alleinerziehende je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Anzahl (1 000)						%	
Baden-Württemberg	301	338	347	29	32	33	+ 15,3	+ 2,7
Bayern	368	409	422	31	33	34	+ 14,7	+ 3,2
Berlin	176	190	202	51	56	60	+ 14,8	+ 6,4
Brandenburg	132	157	158	52	61	61	+ 19,7	+ 0,6
Bremen	28	30	29	41	46	44	+ 3,6	- 4,3
Hamburg	71	67	70	42	39	41	- 1,4	+ 4,5
Hessen	189	207	221	31	34	36	+ 16,9	+ 6,8
Mecklenburg-Vorpommern	94	96	98	52	55	56	+ 4,3	+ 1,9
Niedersachsen	232	251	259	30	31	32	+11,6	+3,2
Nordrhein-Westfalen	511	550	578	28	30	32	+ 13,1	+ 5,1
Rheinland-Pfalz	124	134	137	31	33	34	+ 10,5	+ 2,2
Saarland	35	35	37	32	33	35	+ 5,7	+ 5,7
Sachsen	200	229	223	44	52	51	+ 11,5	- 2,6
Sachsen-Anhalt	130	132	134	48	51	52	+ 3,1	+ 1,5
Schleswig-Holstein	96	108	113	35	38	40	+ 17,7	+ 4,6
Thüringen	112	116	121	45	48	50	+ 8,0	+ 4,3
Deutschland	2 797	3 051	3 149	34	37	38	+12,6	+3,2
Westdeutschland	1 955	2 129	2 213	30	33	34	+ 13,2	+ 3,9
Ostdeutschland	844	920	936	48	54	55	+ 10,9	+ 1,7

45. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten je 100 000 Einwohner und Aufklärungsquote

Land	Straftaten insgesamt	Häufigkeitszahl (Straftaten je 100 000 Einwohner)			Aufklärungsquote		Veränderung der Häufigkeitszahl	
		1997	2001	2002	2001	2002	02/97	02/01
	2002	Anzahl			%		%	
Baden-Württemberg	598 247	5 770	5 473	5 643	57,8	57,9	- 2,2	+ 3,1
Bayern	694 186	5 816	5 751	5 630	64,1	63,8	- 3,2	- 2,1
Berlin	584 020	17 134	16 920	17 236	49,8	51,0	+ 0,6	+ 1,9
Brandenburg	244 328	11 257	9 475	9 422	56,9	55,1	- 16,3	- 0,6
Bremen	95 279	14 386	14 119	14 444	45,9	45,2	+ 0,4	+ 2,3
Hamburg	269 121	17 420	18 569	15 589	46,5	42,8	- 10,5	- 16,0
Hessen	427 932	7 589	6 746	7 041	47,9	48,6	- 7,2	+ 4,4
Mecklenburg-Vorpommern	174 534	11 617	10 370	9 917	53,8	53,7	- 14,6	- 4,4
Niedersachsen	608 467	7 382	7 152	7 648	52,7	53,3	+ 3,6	+ 6,9
Nordrhein-Westfalen	1 462 015	7 538	7 642	8 099	48,2	46,6	+ 7,4	+ 6,0
Rheinland-Pfalz	280 795	6 662	6 501	6 935	56,6	56,7	+ 4,1	+ 6,7
Saarland	72 601	6 243	5 675	6 808	50,9	52,5	+ 9,0	+ 20,0
Sachsen	336 632	8 041	7 952	7 678	56,9	57,1	- 4,5	- 3,4
Sachsen-Anhalt	236 356	10 802	9 025	9 159	55,2	55,0	- 15,2	+ 1,5
Schleswig-Holstein	256 760	9 011	8 808	9 156	47,6	46,7	+ 1,6	+ 4,0
Thüringen	166 121	6 926	6 610	6 889	59,5	59,6	- 0,5	+ 4,2
Deutschland	6 507 394	8 031	7 736	7 893	53,1	52,6	- 1,7	+ 2,0
Westdeutschland	4 765 403	7 238	7 093	7 295	52,7	52,0	+ 0,8	+ 2,9
Ostdeutschland	1 741 991	10 935	10 165	10 177	54,3	54,4	- 6,9	+ 0,1

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik.

46. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner			Veränd. d. Zahl d. Verunglückten	
	1997	2001	2002	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	54 528	59 200	57 817	524,7	560,6	543,9	+ 6,0	- 2,3
Bayern	83 918	89 733	84 925	696,0	730,8	687,3	+ 1,2	- 5,4
Berlin	20 366	17 913	17 604	590,9	529,3	519,4	- 13,6	- 1,7
Brandenburg	20 601	17 209	15 254	804,2	662,6	589,7	- 26,0	- 11,4
Bremen	4 146	4 060	4 106	613,2	614,6	621,4	- 1,0	+ 1,1
Hamburg	12 181	12 304	12 225	713,7	715,7	708,3	+ 0,4	- 0,6
Hessen	35 874	36 866	36 285	594,8	607,1	596,4	+ 1,1	- 1,6
Mecklenburg-Vorpommern	14 514	12 345	11 341	799,3	697,8	646,9	- 21,9	- 8,1
Niedersachsen	53 677	52 659	51 461	685,3	663,3	645,7	- 4,1	- 2,3
Nordrhein-Westfalen	97 419	94 051	90 508	542,4	521,8	501,1	- 7,1	- 3,8
Rheinland-Pfalz	24 301	25 216	24 875	606,0	624,0	614,2	+ 2,4	- 1,4
Saarland	6 719	6 871	6 726	620,6	643,9	631,5	+ 0,1	- 2,1
Sachsen	26 380	24 537	23 000	581,4	556,9	526,8	- 12,8	- 6,3
Sachsen-Anhalt	18 748	15 308	14 574	690,6	588,8	568,1	- 22,3	- 4,8
Schleswig-Holstein	19 505	18 551	18 840	709,4	663,8	670,6	- 3,4	+ 1,6
Thüringen	16 766	14 929	13 714	674,7	616,4	570,9	- 18,2	- 8,1
Deutschland	509 643	501 752	483 255	621,1	609,4	585,9	- 5,2	- 3,7
Westdeutschland	392 268	399 511	387 768	608,2	613,2	592,8	- 1,1	- 2,9
Ostdeutschland	117 375	102 241	95 487	668,4	595,2	559,6	- 18,6	- 6,6



Textteil II



Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für Niedersachsens Gemeinden

1. Einleitung

Anfang September 2003 stellte ein großes deutsches Magazin die provokante Frage nach der „Vergreisung der Republik“. Nicht erst dieser Artikel, sondern auch die Feststellungen im Abschlussbericht der Bundestags-Enquête-Kommission "Demographischer Wandel" (Bundestagsdrucksache 14/8800) machen deutlich, dass die Deutschen aufgrund der Alterung und der Schrumpfung der Gesellschaft sich künftig von lieb gewordenen und als selbstverständlich erachteten Standards im Erwerbsleben und der sozialen Sicherung verabschieden müssen. Ähnliche Folgerungen können auch aus der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ¹⁾ des Bundesamtes für Statistik abgeleitet werden (www.destatis.de). Die Gesamtbevölkerung wird bis zum Jahre 2050 deutlich abnehmen. Dabei verschiebt sich die Altersverteilung zu Ungunsten des jungen und erwerbstätigen Teiles der Bevölkerung. Der Anteil der über 60-Jährigen wird sich gegenüber dem heutigen Stand um ca. 45 %, derjenige der über 80-Jährigen um 200 % erhöhen. Der Altenquotient (d.h., die Zahl der Personen im Rentenalter auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter; derzeit 44) wird voraussichtlich auf 78 ansteigen.

Dieser sich deutlich abzeichnende Prozess wird jedoch auch schon in der nahen Zukunft erhebliche Auswirkungen auf die kommunale Infrastruktur, auf die Leistungsangebote der Kommunen für ihre Bürger haben müssen. Die Verschiebung im Altersaufbau und der prognostizierte Rückgang der Gesamtbevölkerung wird sich dabei regional und zeitlich sehr unterschiedlich vollziehen. Einige Gemeinden werden auch in den nächsten Jahren noch wachsen und einen im Landesvergleich sehr jungen Bevölkerungsaufbau haben. Andere Gemeinden beginnen bereits heute unter einer ungünstigen Altersstruktur und unter zurückgehenden Bevölkerungszahlen zu leiden.

Für die örtliche kommunale Entwicklungsplanung ist es unumgänglich, sich dieser Problematik, gerade bei anstehenden Infrastrukturentscheidungen, auf einer hinreichend gesicherten Datenbasis zu stellen. Eine Arbeitsgruppe von Statistikern und kommunalen Praktikern aus

¹⁾ Für alle kreisfreien Städte und Landkreise sowie für Städte ab 50 000 Einwohner wird voraussichtlich zum Ende des Jahres die regionale Vorausschätzung der Bevölkerung Niedersachsens in Anlehnung an die 10. koordinierte Vorausschätzung vorliegen.

dem Nds. Städte- und Gemeindebund hat sich dieser Herausforderung gestellt und für die kommunale Praxis Anforderungen für ein Modell „Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für Niedersachsens Gemeinden“ definiert, das von den Fachleuten des NLS mit verlässlichen Prognosedaten gefüllt wird. Für den überschaubaren, für die kommunale Planung wichtigen Zeitraum 2007 und 2012 wurde eine einfache, aber plausible Methode zur Abschätzung der zukünftigen örtlichen Bevölkerungsentwicklung als Instrument der Politikberatung entwickelt.

Im Rahmen des Internet-Angebots des NLS (www.nls.niedersachsen.de) werden unter dem Menüpunkt *Kommunen im Blick* ab sofort unter anderem Ergebnisse dieser Berechnung zur Verfügung gestellt. In Form interaktiver Karten (Beispiele auf S. 60 bis 63) kann man die nach Altersgruppen differenzierten Ergebnisse für 2007 und 2012 für jede Kommune, jeden Landkreis und das Land insgesamt abrufen.

Kommunen im Blick enthält aber nicht nur Prognoseergebnisse, sondern – immer visualisiert mittels interaktiver Landkarten – auch weitere zukunftsrelevante Eckdaten für die Einheits- und Samtgemeinden des Landes. Das Programm befindet sich im Aufbau und wird im Laufe der nächsten Zeit ergänzt werden. Geplant ist beispielsweise die Erweiterung um Indikatoren für Qualifikation, soziale Problemlagen sowie Wirtschaft und Beschäftigung.

2. Darstellung des Verfahrens

Um die Entwicklung der Zahl der Einwohner in den niedersächsischen Gemeinden abschätzen zu können, wird eine Projektion der Entwicklung der vergangenen fünf Jahre in die Zukunft vorgenommen; es wird also angenommen, dass sich Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Wanderungsbewegungen in den folgenden fünf bzw. zehn Jahren genauso entwickeln werden wie in den vergangenen fünf Jahren. Dies ist ein vereinfachtes Vorgehen gegenüber den „koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen“ der Statistischen Ämter in Deutschland. Dort werden explizit die Annahmen über die Bevölkerungsbewegungen getroffen, die für die Zukunft am wahrscheinlichsten angesehen werden. So ergibt sich

eine „bedingte Prognose“: Wenn die Annahmen in der Zukunft so eintreten, dann kommt es zur vorhergesagten Entwicklung. Bei dem hier vorgestellten Vorgehen stimmt diese Wenn-dann-Aussage zwar auch, aber eben nur für den Fall, dass sich der Umfang der Bevölkerungsbewegungen in der Zukunft tatsächlich nicht verändert. Beiden Vorgehensweisen ist gemeinsam, dass es sich nicht um „Prophezeiungen“ handelt: Es wird nicht behauptet, dass das prognostizierte Ereignis auf jeden Fall eintreten wird, unabhängig von der Entwicklung der Rahmenbedingungen. Häufig werden bedingte Prognosen oder Projektionen erstellt, um Fehlentwicklungen frühzeitig erkennen und ggf. vermeiden zu können. Ziel wäre dann gerade, dass die prognostizierten Ergebnisse nicht eintreten.

Annahmen

Im Grunde ist eine Bevölkerungsvorausberechnung recht einfach: Gegeben die Geburtenhäufigkeit, die Sterbewahrscheinlichkeit sowie die Zu- und Abwanderungsbewegungen ergibt sich die Bevölkerung zum Zeitpunkt t als die Bevölkerung zum Zeitpunkt $t-1$ zuzüglich Geburten und Zuwanderung abzüglich Sterbefälle und Abwanderung. Dabei werden in der Regel die einzelnen Altersjahrgänge und nicht die Bevölkerung insgesamt betrachtet.

Die Schwierigkeit besteht nun darin, plausible Annahmen über die Bevölkerungsbewegungen zu entwickeln. Vom 31.12.1996 bis zum 31.12.2001 ist die Zahl der Einwohner in Niedersachsen um 141 266 Personen gestiegen. Davon entfielen 153 698 auf den Wanderungssaldo (= Zuzüge abzgl. Fortzüge) und -12 432 auf den Geburten-/Sterbesaldo. Der Bevölkerungszuwachs beruht also auf einem Wanderungsgewinn, der zudem noch eine ganz andere Größenordnung als das Geburtendefizit hat. Die natürlichen Bevölkerungsbewegungen verändern sich im Zeitablauf stetig und langsam, die Annahme, dass sie in den nächsten fünf bzw. zehn Jahren dieselben Werte wie in den vergangenen fünf Jahren aufweisen, ist daher nicht unplausibel. Problematischer und wegen der Größenordnung zurzeit auch bedeutsamer sind die Annahmen bzgl. der Wanderungsbewegungen, insbesondere bzgl. der Wanderungen über die Bundesgrenze. Hierauf haben nicht zuletzt gesetzliche Regelungen der Zuwanderung sowie Krisen im Ausland, die zur Zuwanderung führen, einen großen Einfluss. Vor diesem Hintergrund ist es schwierig, sinnvolle Annahmen für die Zukunft zu finden. Um diese Probleme in den Griff zu bekommen, werden häufig Berechnungen mit unterschiedlichen Annahmen – genannt Szenarien – durchgeführt.

Letztlich würden differenziertere Annahmen einen deutlich höheren Aufwand bedeuten, ohne dass es zu einer

Verbesserung der Ergebnisse kommen muss. Sollte sich der Wanderungsgewinn in den nächsten Jahren spürbar erhöhen (oder auch abschwächen), sind die Ergebnisse der Vorausberechnung weniger genau. Nur ist eben derzeit nicht absehbar, ob sich der Wanderungssaldo stark verändern wird. Wenn einzelne Gemeinden wissen, dass sie beispielsweise aufgrund der Neuansiedlung von Gewerbebetrieben einen stärkeren Bevölkerungszuwachs haben, müssen sie die Ergebnisse für ihre Gemeinde anpassen. Das hier vorgestellte Verfahren zeigt, was passiert, wenn nichts passiert.

Vorgehen

Die Bevölkerung wird in Größenklassen von je fünf Altersjahrgängen zusammengefasst. Berechnet wird jeweils die Bevölkerung fünf bzw. zehn Jahre voraus, die einzelnen Größenklassen altern also jeweils um eine Klasse. Diese Aggregation wurde bewusst so gewählt: Es handelt sich hier um eine kleinräumige Vorausberechnung. Nach dem „Gesetz der großen Zahlen“ wirken sich Zufälligkeiten um so weniger aus, je größer die Zahl der Beobachtungen ist. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass eine zufällige Häufung, beispielsweise von Geburten oder Sterbefällen, um so wahrscheinlicher ist, je kleiner die betrachtete Einheit ist. Am 31.12.2002 hatte die kleinste Verwaltungseinheit in Niedersachsen, die Insel Baltrum, 554 Einwohner; insgesamt haben 157 Verwaltungseinheiten (von 429) weniger als 10 000 Einwohner. Diese Probleme würden sich bei einem differenzierteren Vorgehen – also bei einer Aufteilung der Bevölkerung in noch verschärften, es würde sich in diesem Fall nur um eine Scheingenaugkeit handeln.

Um eine Bevölkerungsvorausberechnung für den 31.12.2007 durchzuführen, wurde wie folgt vorgegangen:

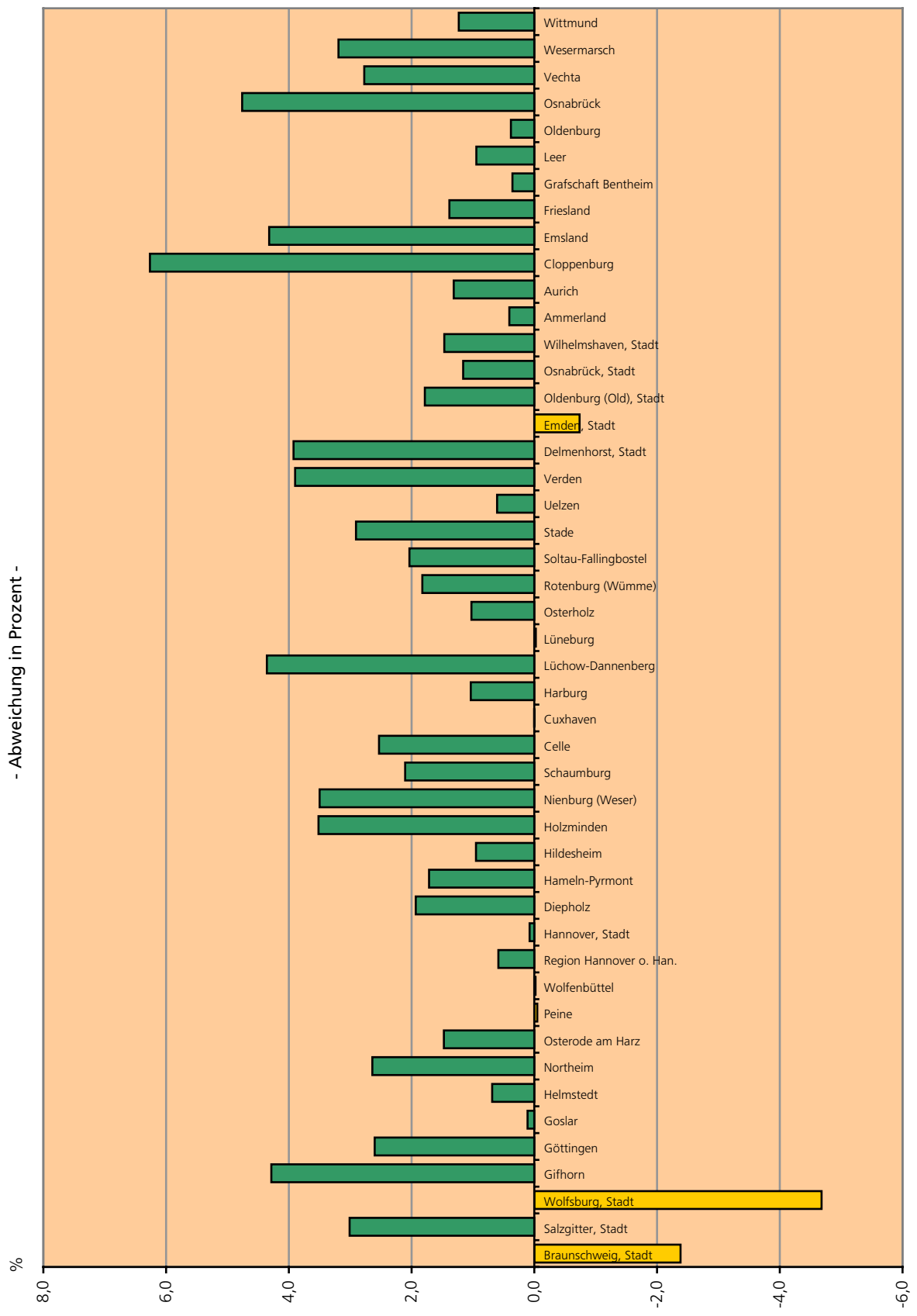
- Die Bevölkerung des Ausgangsbestands am 31.12.2002, gegliedert nach Fünfer-Altersgruppen, wird rechnerisch um 5 Jahre „gealtert“. Beispielsweise kommen alle 50- bis 55-Jährigen in die Altersgruppe 55 bis unter 60 Jahre. Zu dem Ausgangsbestand werden alle Lebendgeborenen der Jahre 1998, 1999, 2000, 2001 und 2002 addiert; sie bilden die neue Altersklasse 0 bis unter 5 Jahre.
- Von jeder Altersgruppe wird die Summe der Gestorbenen der Jahre 1998 bis 2002 in den einzelnen Altersklassen subtrahiert.
- Zu jeder Altersklasse wird die Summe der Wanderungssalden der betreffenden Altersklasse der Jahre 1998 bis 2002 addiert.

1. Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung

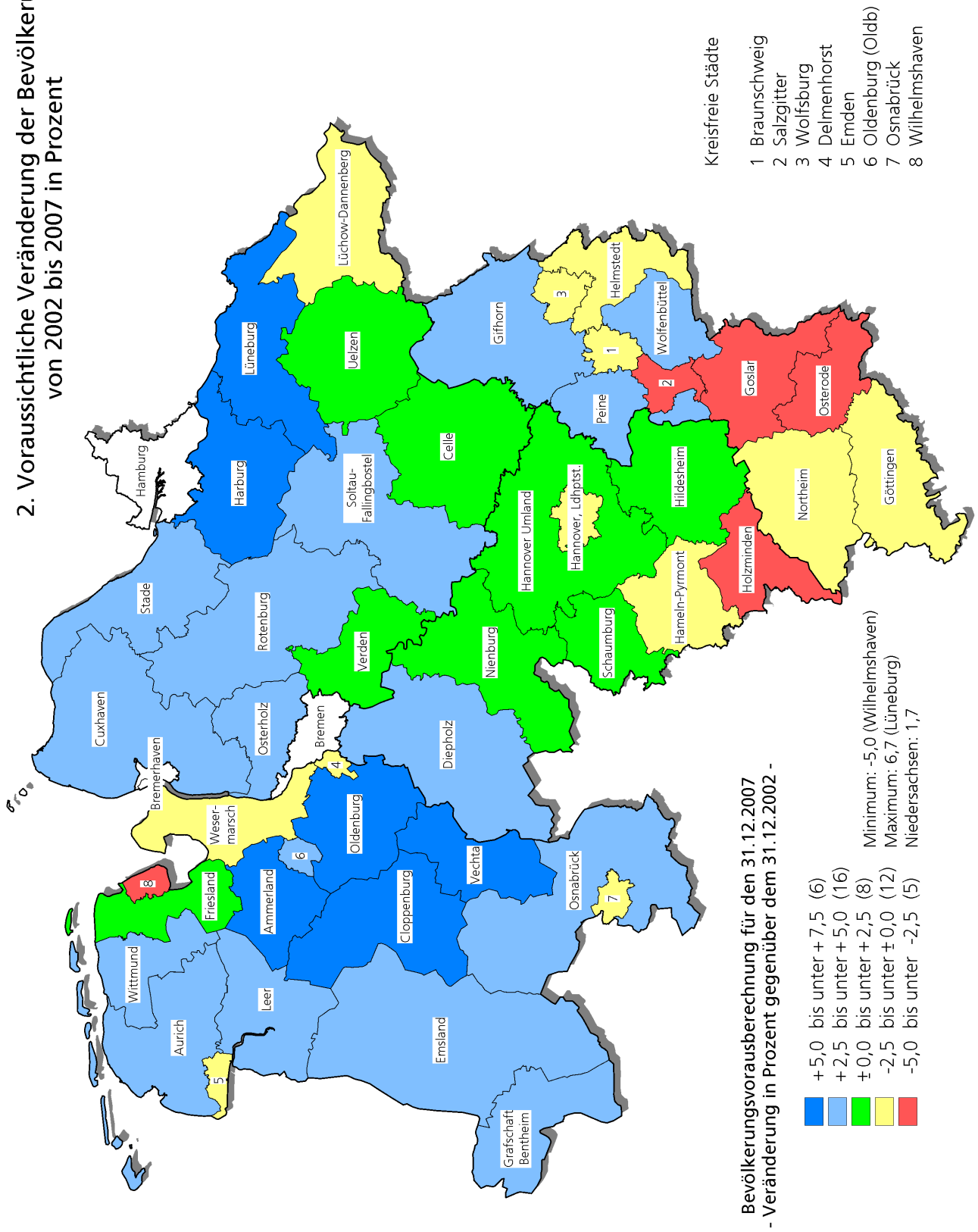
Kreisfreie Stadt Landkreis Regierungsbezirk Land	Bevölkerung am 31.12.				Abweichung/Veränderung gegenüber Ist 31.12.2002					
	Ist	Vorausberechnung			absolut			%		
		2002	2002	2007	2012	2002	2007	2012	2002	2007
101 Braunschweig, Stadt	245 392	239 546	241 840	238 288	- 5 846	- 3 552	- 7 104	-2,4	-1,4	-2,9
102 Salzgitter, Stadt	110 817	114 152	106 181	101 545	3 335	- 4 636	- 9 272	+3,0	-4,2	-8,4
103 Wolfsburg, Stadt	122 331	116 605	121 864	121 397	- 5 726	- 467	- 934	-4,7	-0,4	-0,8
151 Gifhorn	173 863	181 314	181 836	189 809	7 451	7 973	15 946	+4,3	+4,6	+9,2
152 Göttingen	264 952	271 844	261 805	258 774	6 892	- 3 147	- 6 178	+2,6	-1,2	-2,3
153 Goslar	154 638	154 809	150 297	145 956	171	- 4 341	- 8 682	+0,1	-2,8	-5,6
154 Helmstedt	99 140	99 821	97 380	95 620	681	- 1 760	- 3 520	+0,7	-1,8	-3,6
155 Northeim	149 345	153 287	145 702	142 059	3 942	- 3 643	- 7 286	+2,6	-2,4	-4,9
156 Osterode am Harz	83 997	85 235	80 463	76 929	1 238	- 3 534	- 7 068	+1,5	-4,2	-8,4
157 Peine	133 834	133 770	139 005	144 176	- 64	5 171	10 342	-0,0	+3,9	+7,7
158 Wolfenbüttel	127 059	127 034	130 536	134 013	- 25	3 477	6 954	-0,0	+2,7	+5,5
1 Braunschweig	1 665 368	1 677 417	1 656 909	1 648 566	12 049	- 8 459	- 16 802	+0,7	-0,5	-1,0
241 Region Hannover	1 125 878	1 129 840	1 137 020	1 148 162	3 962	11 142	22 284	+0,4	+1,0	+2,0
dav. Umland	608 568	612 132	623 070	637 572	3 564	14 502	29 004	+0,6	+2,4	+4,8
Hannover, Landeshauptstadt	517 310	517 708	513 950	510 590	398	- 3 360	- 6 720	+0,1	-0,6	-1,3
251 Diepholz	213 963	218 097	220 989	228 015	4 134	7 026	14 052	+1,9	+3,3	+6,6
252 Hameln-Pyrmont	161 871	164 647	160 019	158 167	2 776	- 1 852	- 3 704	+1,7	-1,1	-2,3
254 Hildesheim	292 908	295 693	293 090	293 272	2 785	182	364	+1,0	+0,1	+0,1
255 Holzminden	80 338	83 163	77 668	74 998	2 825	- 2 670	- 5 340	+3,5	-3,3	-6,6
256 Nienburg (Weser)	126 167	130 581	127 334	128 501	4 414	1 167	2 334	+3,5	+0,9	+1,8
257 Schaumburg	166 751	170 260	169 182	171 613	3 509	2 431	4 862	+2,1	+1,5	+2,9
2 Hannover	2 167 876	2 192 281	2 185 302	2 202 728	24 405	17 426	34 852	+1,1	+0,8	+1,6
351 Celle	182 421	187 037	184 573	186 725	4 616	2 152	4 304	+2,5	+1,2	+2,4
352 Cuxhaven	206 304	206 308	211 970	217 636	4	5 666	11 332	+0,0	+2,7	+5,5
353 Harburg	237 204	239 660	251 586	265 968	2 456	14 382	28 764	+1,0	+6,1	+12,1
354 Lüchow-Dannenberg	51 766	54 022	51 403	51 040	2 256	- 363	- 726	+4,4	-0,7	-1,4
355 Lüneburg	171 563	171 521	182 986	194 409	- 42	11 423	22 846	-0,0	+6,7	+13,3
356 Osterholz	111 992	113 140	117 085	122 178	1 148	5 093	10 186	+1,0	+4,5	+9,1
357 Rotenburg (Wümme)	163 565	166 550	170 993	178 421	2 985	7 428	14 856	+1,8	+4,5	+9,1
358 Soltau-Fallingb.ostel	142 264	145 159	147 147	152 030	2 895	4 883	9 766	+2,0	+3,4	+6,9
359 Stade	193 956	199 591	200 574	207 192	5 635	6 618	13 236	+2,9	+3,4	+6,8
360 Uelzen	97 464	98 055	98 387	99 310	591	923	1 846	+0,6	+0,9	+1,9
361 Verden	133 693	138 904	136 903	140 113	5 211	3 210	6 420	+3,9	+2,4	+4,8
3 Lüneburg	1 692 192	1 719 947	1 753 607	1 815 022	27 755	61 415	122 830	+1,6	+3,6	+7,3
401 Delmenhorst, Stadt	76 083	79 068	74 208	72 333	2 985	- 1 875	- 3 750	+3,9	-2,5	-4,9
402 Emden, Stadt	51 351	50 972	51 156	50 961	- 379	- 195	- 390	-0,7	-0,4	-0,8
403 Oldenburg (Old), Stadt	157 437	160 246	161 343	165 249	2 809	3 906	7 812	+1,8	+2,5	+5,0
404 Osnabrück, Stadt	164 561	166 469	162 469	160 377	1 908	- 2 092	- 4 184	+1,2	-1,3	-2,5
405 Wilhelmshaven, Stadt	84 751	85 994	80 552	76 353	1 243	- 4 199	- 8 398	+1,5	-5,0	-9,9
451 Ammerland	113 164	113 625	119 640	126 116	461	6 476	12 952	+0,4	+5,7	+11,4
452 Aurich	188 979	191 461	194 967	200 955	2 482	5 988	11 976	+1,3	+3,2	+6,3
453 Cloppenburg	152 299	161 838	160 072	167 845	9 539	7 773	15 546	+6,3	+5,1	+10,2
454 Emsland	306 685	319 935	315 874	325 063	13 250	9 189	18 378	+4,3	+3,0	+6,0
455 Friesland	101 653	103 060	103 887	106 121	1 407	2 234	4 468	+1,4	+2,2	+4,4
456 Grafschaft Bentheim	132 254	132 725	137 038	141 822	471	4 784	9 568	+0,4	+3,6	+7,2
457 Leer	163 789	165 336	170 527	177 265	1 547	6 738	13 476	+0,9	+4,1	+8,2
458 Oldenburg	123 704	124 176	131 423	139 142	472	7 719	15 438	+0,4	+6,2	+12,5
459 Osnabrück	356 873	373 862	365 871	374 869	16 989	8 998	17 996	+4,8	+2,5	+5,0
460 Vechta	129 533	133 122	137 469	145 405	3 589	7 936	15 872	+2,8	+6,1	+12,3
461 Wesermarsch	94 333	97 343	94 115	93 897	3 010	- 218	- 436	+3,2	-0,2	-0,5
462 Wittmund	57 587	58 296	59 117	60 647	709	1 530	3 060	+1,2	+2,7	+5,3
4 Weser-Ems	2 455 036	2 517 528	2 519 728	2 584 420	62 492	64 692	129 384	+2,5	+2,6	+5,3
Land Niedersachsen	7 980 472	8 107 173	8 115 546	8 250 736	126 701	135 074	270 264	+1,6	+1,7	+3,4

1. Vergleich der Vorausberechnung für 2002 mit den Istwerten von 2002

- Abweichung in Prozent -



2. Voraussichtliche Veränderung der Bevölkerung von 2002 bis 2007 in Prozent



Die Ergebnisse werden in sechs Altersklassen dargestellt. Diese sind so gewählt, dass sie annähernd die Lebensphasen (Kindergarten, Schule, Berufsausbildung, Familiengründung, Etablierung, Seniorenalter) abbilden.

3. Ergebnisse der Vorausberechnung

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für den 31. Dezember der Jahre 2007 und 2012 auf Kreisebene dargestellt und kommentiert. Die Zahlen sind in Tabelle 1 zu finden. Dort sind zu Vergleichszwecken auch eine Vorausberechnung für den 31.12.2002 sowie die Istdaten dieses Zeitpunktes zu finden.

Vorausberechnung für das Jahr 2002

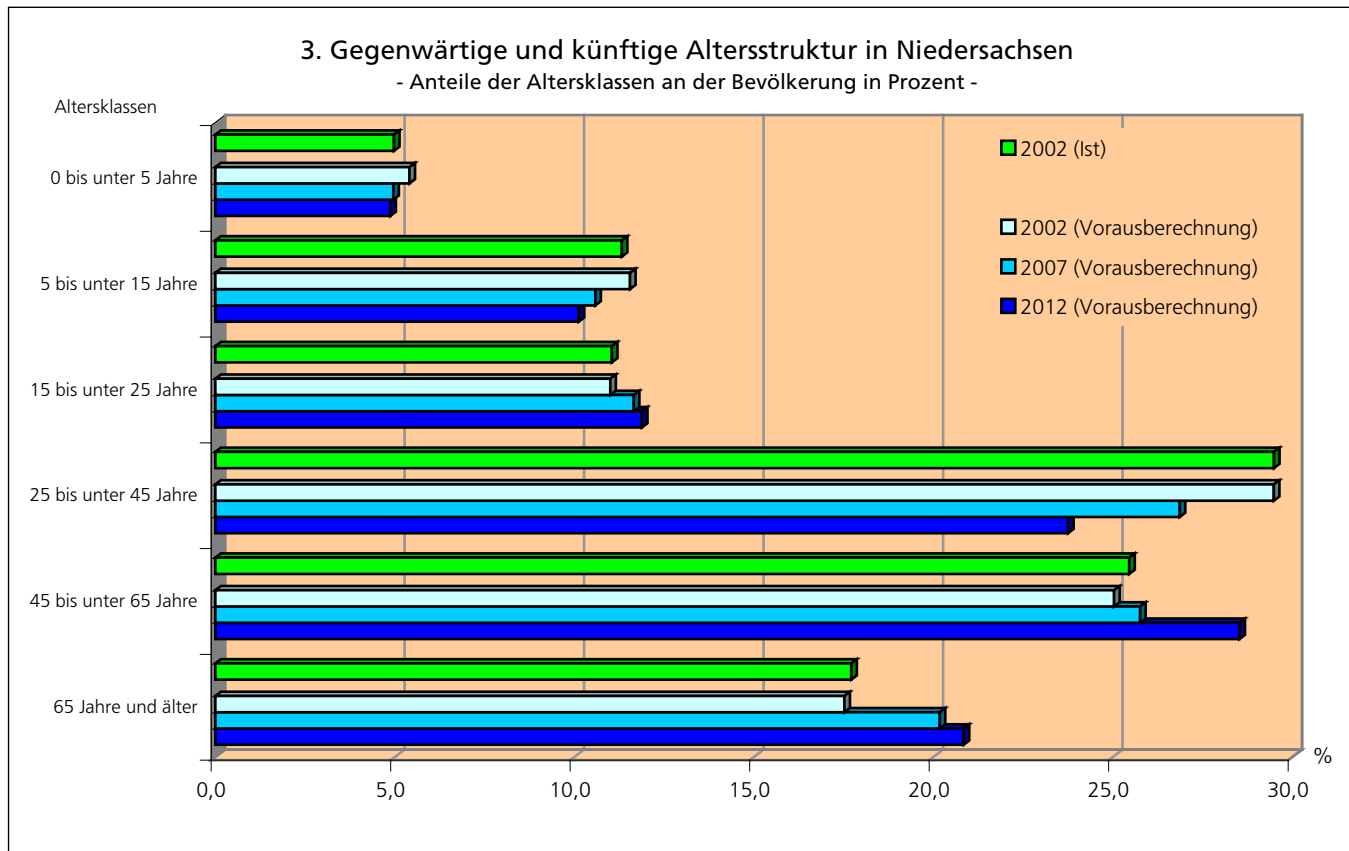
Um die Zuverlässigkeit der dargestellten Vorgehensweise zu testen, wurden die Ergebnisse für das Jahr 2002 – also für Daten, die bereits vorliegen – berechnet. Grundlage ist der Bevölkerungsstand vom 31.12.1997, der aufgrund der Bevölkerungsbewegungen von 1993 bis 1997 fortgeschrieben wird. Es zeigt sich, dass die Vorausberechnung die Bevölkerungszahl Niedersachsens um 126 701 Personen bzw. um + 1,6 % überschätzt. Ursache ist vor allem

der hohe Wanderungsgewinn in der ersten Hälfte der 90er Jahre, der sich später spürbar verringerte und so zu der Überschätzung führt; allerdings wirkt sich der Rückgang nicht gleichmäßig in allen Gemeinden aus. Das Geburtendefizit dagegen hat weit geringere Auswirkungen. Abbildung 1 zeigt die relativen Abweichungen für alle Landkreise und kreisfreien Städte ²⁾. In sechs Landkreisen und kreisfreien Städten wird die Bevölkerung unterschätzt (am stärksten in Wolfsburg mit - 4,7 % bzw. - 5 726 Personen). Entsprechend kommt es in 41 Landkreisen und kreisfreien Städten zu einer Überschätzung (am stärksten im Landkreis Cloppenburg mit + 6,3 % bzw. 7 773 Personen). Bei 27 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten liegt der relative Fehler im Intervall von ± 2 %.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse der einzelnen Verwaltungseinheiten zeigt sich tendenziell, dass wegen der Zufälligkeit der Wanderungsbewegung die Vorausberechnung für kleine Gemeinden nicht ganz so präzise ist wie für große ³⁾.

²⁾ Die Landeshauptstadt Hannover und ihr Umland (die Region Hannover ohne die Landeshauptstadt Hannover) werden im Folgenden getrennt ausgewiesen.

³⁾ Die Standardabweichung der relativen Abweichungen als Streuungsmaß ergibt für die Gemeinden bis unter 10 000 Einwohner einen Wert von 8,7, für die Städte über 100 000 Einwohner dagegen nur 2,4.



Vorberechnung für das Jahr 2007

Abbildung 2 zeigt die relative Bevölkerungsveränderung der Landkreise und kreisfreien Städte vom 31.12.2002 bis zum 31.12.2007 nach der Vorberechnung. In Niedersachsen insgesamt kommt es zu einer Zunahme um 135 074 Personen bzw. um + 1,7 %. Ein Bevölkerungswachstum wird vor allem für das westliche und das nördliche Niedersachsen berechnet, ein Rückgang ergibt sich im Süden Niedersachsens. In immerhin 17 Landkreisen und kreisfreien Städten sinkt die Bevölkerung, entsprechend ergibt sich in 30 Landkreisen und kreisfreien Städten eine Zunahme. Die stärksten Rückgänge weisen Wilhelmshaven mit - 5,0 % sowie Osterode am Harz und die Stadt Salzgitter mit jeweils - 4,2 % auf, zum stärksten Anstieg kommt es im Landkreis Lüneburg mit + 6,7 %, gefolgt vom Landkreis Oldenburg mit + 6,2 %. In den kreisfreien Städten ist die Entwicklung schwächer – geringerer Zuwachs oder stärkere Abnahme – als in den jeweils umliegenden Landkreisen. Aufgrund der Annahme, dass sich Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Wanderungsbewegungen nicht ändern, werden für 2012

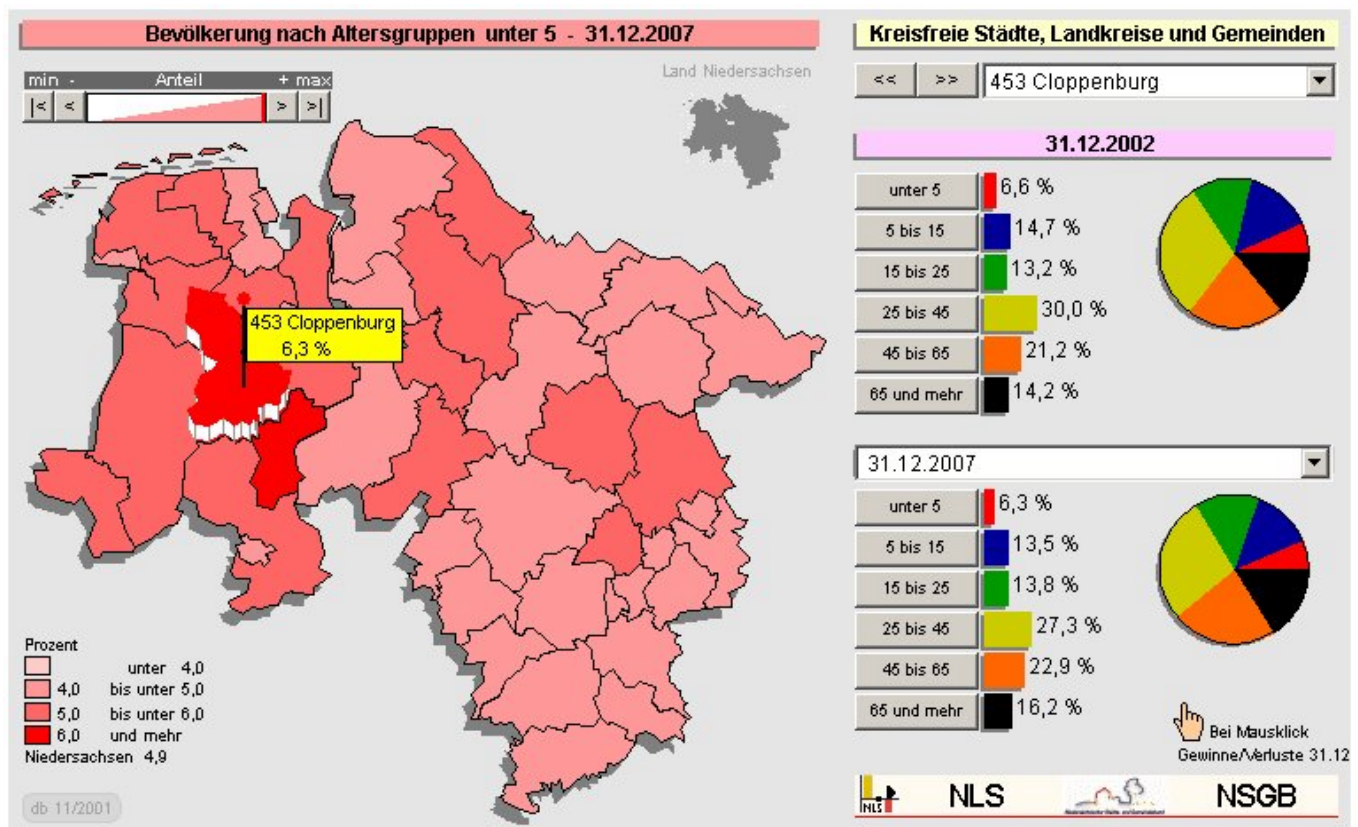
die Ergebnisse von 2007 analog fortgeschrieben; es setzen sich also einfach die Trends fort.

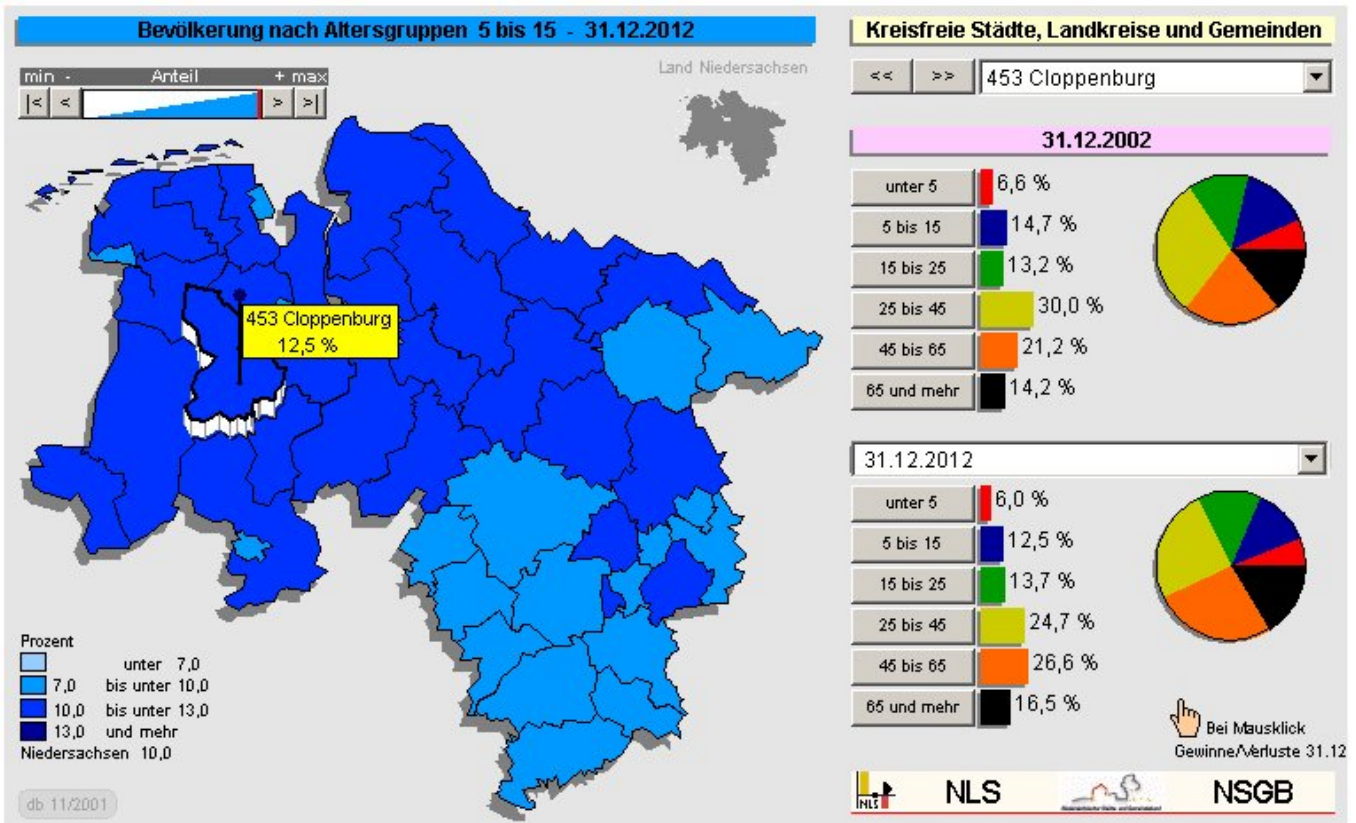
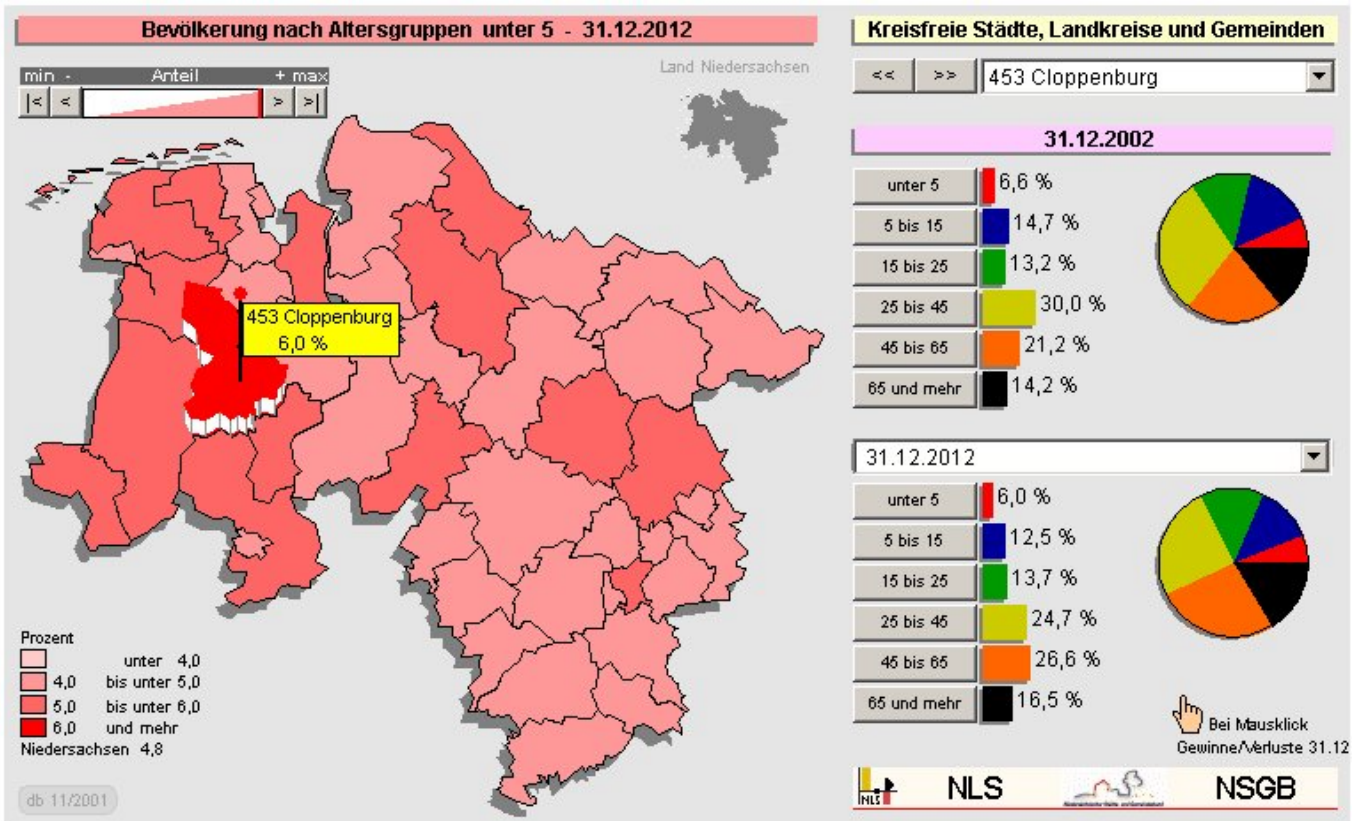
Entwicklung der Altersstruktur

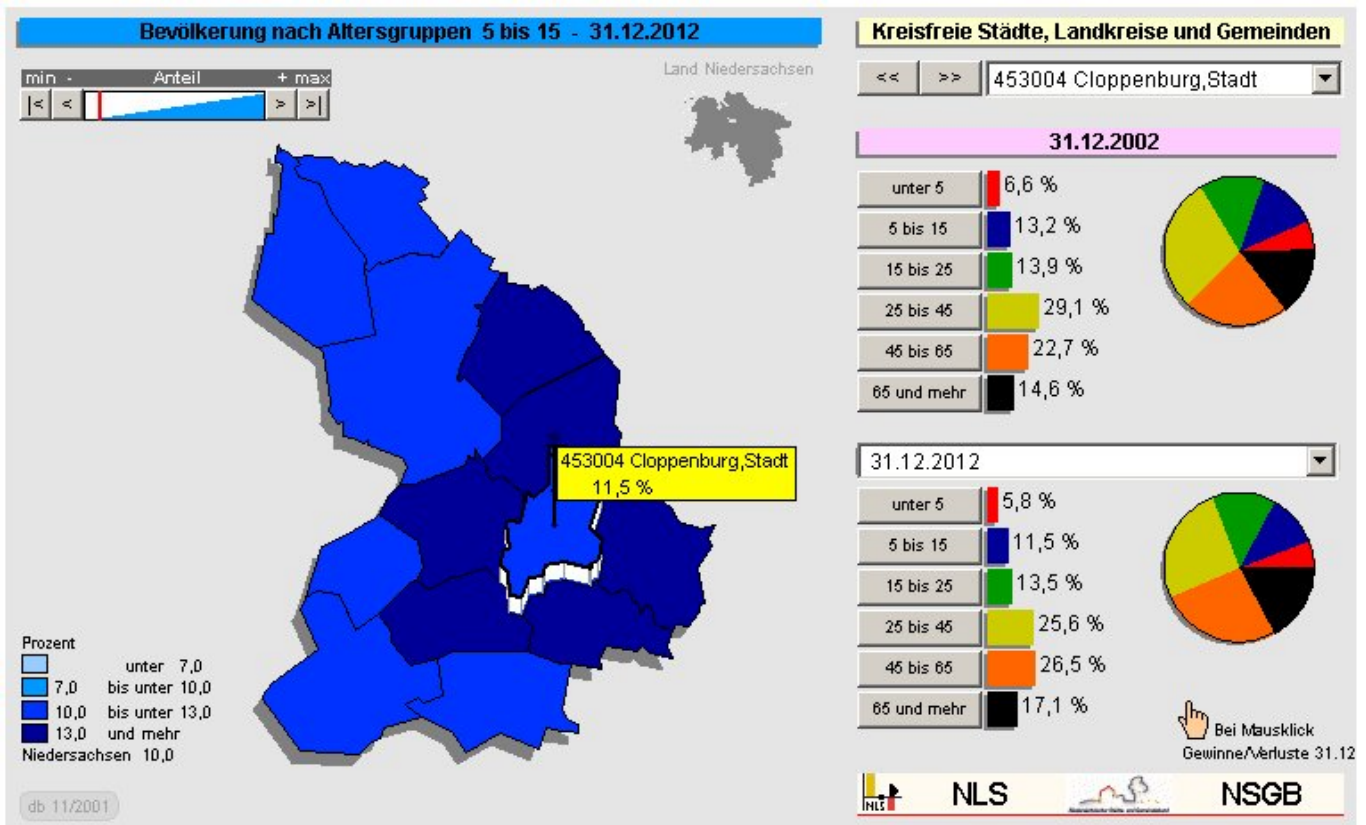
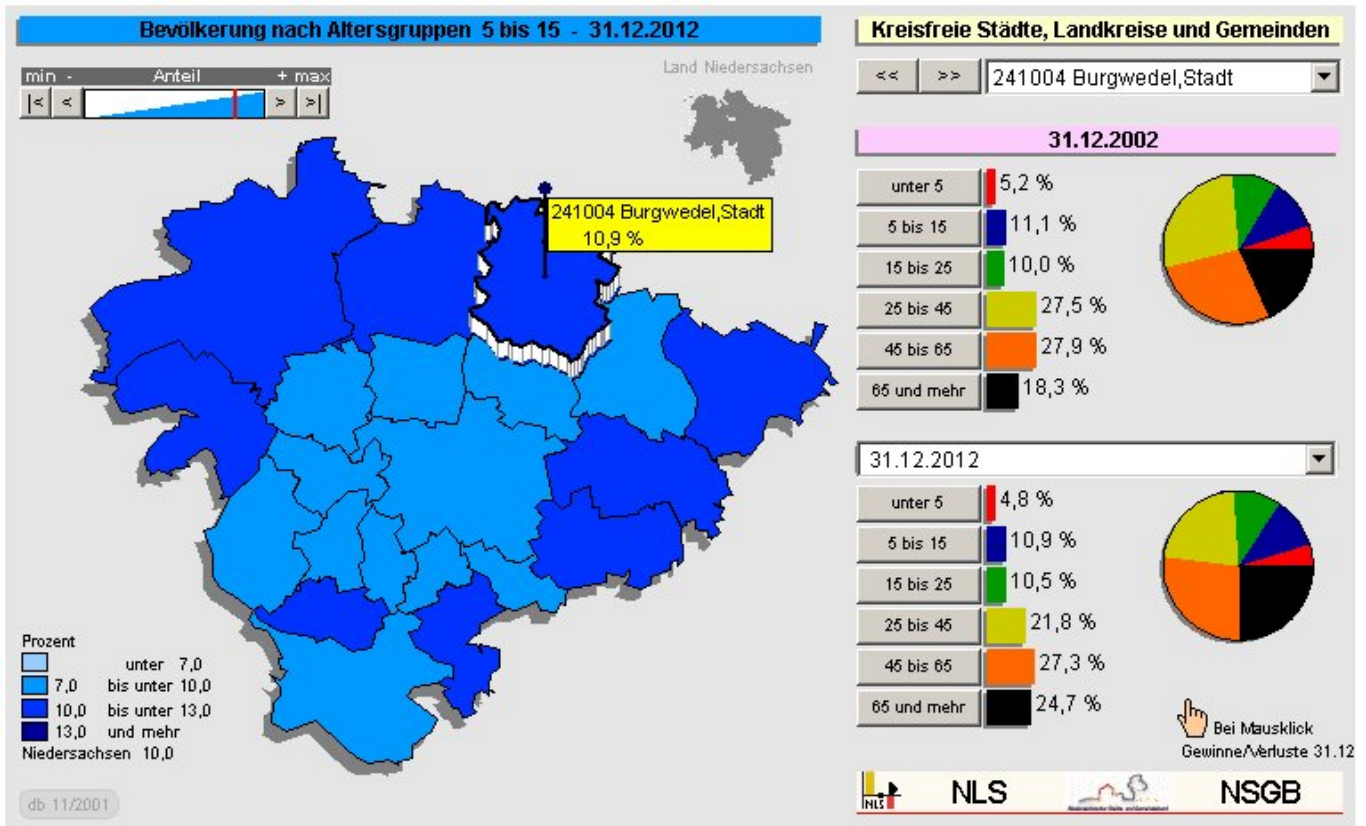
Abbildung 3 zeigt die Altersstruktur – also die Anteile der Altersklassen an der Gesamtbevölkerung – der Bevölkerungsvorberechnung für 2002, 2007 und 2012 sowie der Istzahlen 2002 jeweils für ganz Niedersachsen. Die Altersstruktur der Berechnung 2002 entspricht recht gut der tatsächlichen Struktur: Zwei Klassen werden exakt getroffen, bei den übrigen ist die Abweichung minimal. Die Anteile der Kinder bleiben bis 2012 relativ konstant, die der Jugendlichen sinken leicht. Im Jahr 2002 ist die Gruppe der 25- bis 45-Jährigen noch die größte, 2012 ist es die der 45- bis 65-Jährigen. Die Zahl der Einwohner im Alter von 65 Jahre und älter nimmt bis 2012 von 17,7 % auf 20,8 % zu. Dieser deutliche Anstieg des Anteils der Älteren entspricht dem Ergebnis anderer Bevölkerungsvorberechnungen. Der Anteil der Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahre, also der Bevölkerung im Erwerbsalter, sinkt von 2002 (Ist) bis 2012 von 66,0 % auf 64,2 %.

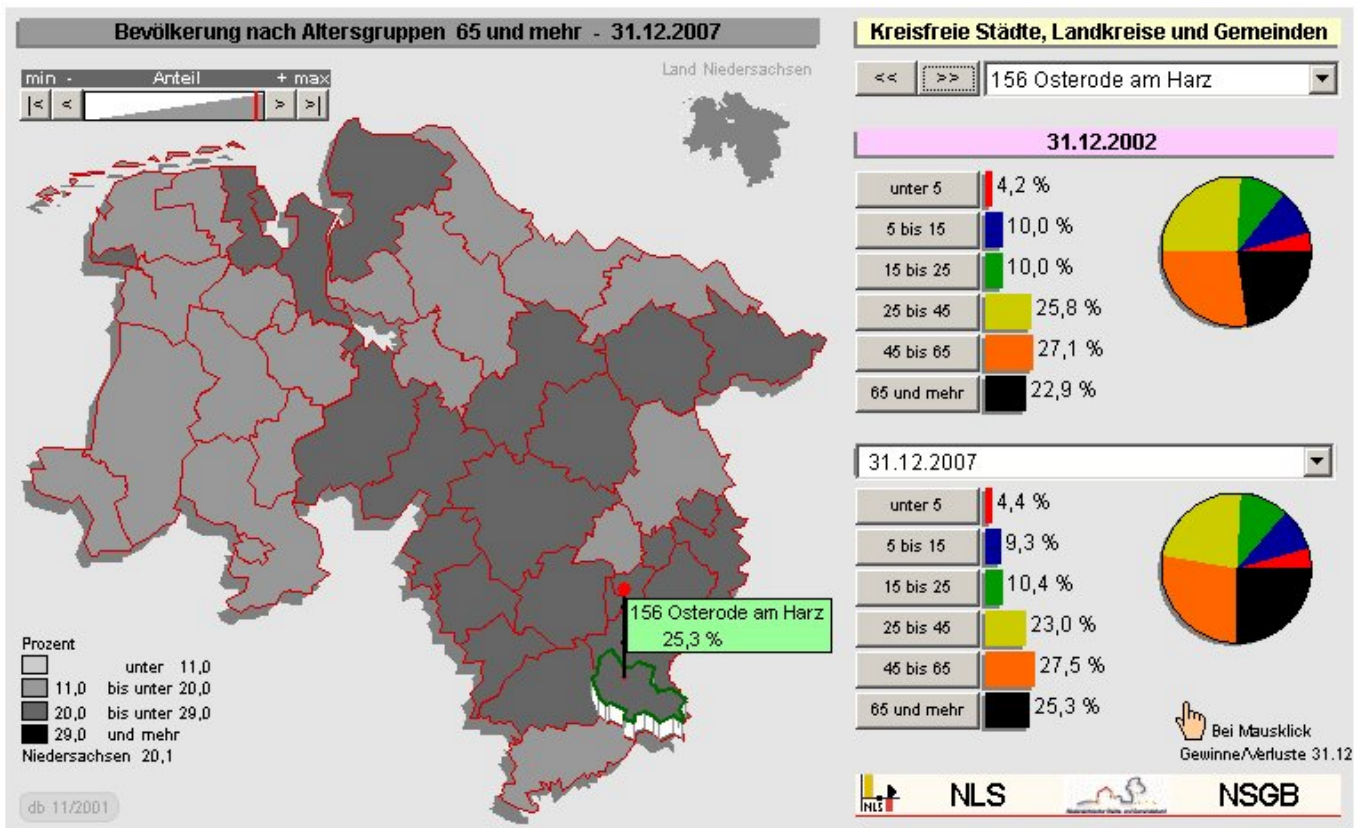
Kommunen im Blick

- Ausgewählte Karten zur kleinräumigen Bevölkerungsvorberechnung -









4. Schlussbemerkungen

Die vorgestellte Vorausberechnung ist eine einfache und zugleich plausible Methode zur Abschätzung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung. Bei der Bewertung des be-

schriebenen Verfahrens geht es weniger um die Frage der Genauigkeit. Das Ziel ist, Hinweise auf die Richtung der Bevölkerungsentwicklung zu geben. Ob die Ergebnisse nützlich für Entscheidungen der einzelnen Gemeinden in Niedersachsen sein können, muss sich im Zeitablauf erweisen.

